

Reader BUKO Gesnat Seminar

5.-7. April 2013 in Meuchefitz, Wendland

INHALTSVERZEICHNIS

Sozial-Ökologische Krise und imperiale Lebensweise

Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse

Ulrich Brand und Markus Wissen 3

Berliner Energietisch kämpft für Demokratisierung der städtischen Stromversorgung

Florian Frey und Hendrik Sander 17

Soziale Bewegungen, ein Sprung in die Logik des Gemeinwohls?

Dorothea Härlin 21

Crisis? What crisis?

Die Linke und die Biokrise.

felS Klima AG 28

Resistance. How people have resisted.

Anonymous 31

Atomkraft als Klimaschutz?

Zu Krise, Herrschaft und Perspektiven Sozialen Wandels.

Philip Bedall 35

Es geht nicht um Eisbären – Soziale und ökologische Kämpfe zusammen führen!

Aufruf zu den Protesten in Frankfurt vom 16. bis 19. Mai 2012 38

„Krise, Grenze, transnationale Kämpfe: Noborder goes Blockupy“

Aufruf antirassistischer Netzwerke zu den Aktionstagen im Mai in Frankfurt 40

„Blockupy Bankfurt“ 43

„Jetzt erst recht ! - Blockupy Bankfurt vom 16. bis 19. Mai“ 47

Mit Blockupy Frankfurt zum „Wendland des Antikapitalismus“?

Bilanz und Perspektiven einer außergewöhnlichen Mobilisierung 53

Drei neue EU-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent

Schutz kritischer Infrastrukturen, Aufstandsund Pirateriebekämpfung

Christoph Marischka 59

Erschöpfung des Sozialen.

Gabriele Winkler 61

Position La Via Campesina on investment in agriculture. 75

Lebensweisen in der Krise

Sozial-ökologische Perspektiven von Protesten und Kämpfen

Wochenendseminar des Arbeitsschwerpunkts Gesellschaftliche Naturverhältnisse (Gesnat) der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

5. – 7. April 2013, Meuchefitz

Die Situation in Deutschland wie international ist von verschiedenen Krisen gekennzeichnet – einer in den letzten Jahren deutlicher werdenden Finanz- und Wirtschaftskrise und einer schon lange vorhandenen ökologischen Krise. Teil der ökologischen Krise ist eine imperiale Lebensweise der Länder des Nordens sowie der globalen Mittel- und Oberschicht, die auf intensivem Rohstoff- und Naturverbrauch ebenso beruht wie der Ausbeutung “billiger” Arbeitskräfte vor allem im globalen Süden. Das Bestreben, den Zugriff auf die dafür nötigen Ressourcen zu sichern, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln, ist Teil offizieller Politik beispielsweise in Deutschland und der EU. Gleichzeitig führen die Finanz- und Wirtschaftskrise und die darauf folgenden Sparprogramme dazu, dass sich auch im globalen Norden immer weniger Leute den Lebensstil der globalen Eliten leisten können. Aus mehreren Gründen liegt es also nahe, die imperiale Lebensweise im Zuge der multiplen Krisen zu hinterfragen und im besten Fall fundamental zu ändern.

In diesem Seminar werden wir diskutieren, ob und wie die Art und Weise, wie wir leben und konsumieren, in den derzeitigen Krisen politisiert und angreifbar ist oder gar schon brüchig wird. Dazu wollen wir uns nicht nur herrschende Strategien zur Absicherung der imperialen Lebensweise ansehen, sondern auch mit verschiedenen Bewegungsakteur_innen aus Bereichen wie Sozialprotesten, Militarisierung, Antirassismus, Gewerkschaften ins Gespräch kommen. Wir wollen diskutieren, inwieweit eine sozial-ökologische Perspektive, die fragt, wie soziale und ökologische Verhältnisse miteinander verschränkt sind, bereits Teil z. B. von Kämpfen von Flüchtlingen oder Protesten z. B. gegen die Abkoppelung von Leuten, die die Stromrechnung nicht bezahlen können, ist. Oder könnte sie für solche Kämpfe und Proteste wichtige Impulse liefern? Und was sind Alternativen zur imperialen Lebensweise, z. B. aus feministischer Sicht oder aktuellen Diskussionen um Commons?

Erschienen in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg., 2011):
VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 78-93.

Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise

Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse

Ulrich Brand und Markus Wissen¹

1. Zum Verhältnis von ökonomischer und ökologischer Krise – Einleitung

In kapitalistischen Gesellschaften sind ökonomische Krisen besonders relevant, da mächtige Gruppen und insbesondere Klassen – das Kapital und seine Fraktionen, aber auch die Lohnabhängigen und ihre Interessenvertretungen – um ihre Reproduktionsgrundlagen bangen müssen. Sie kämpfen um Verwertungsmöglichkeiten oder um Lohnarbeitsplätze sowie um gesellschaftliche Stabilisierung und Planbarkeit, damit die Reproduktion zumindest mittelfristig gesichert ist. Dennoch scheint uns ein Verständnis verkürzt, demzufolge „eine Krise das Gewohnte aus den Halterungen reißt“ und sie eine Aufforderung darstelle, „die Kräfte zu reorganisieren“ (Haug 2010: 2121). Dies trifft für die aktuellen Erscheinungsformen der ökologischen Krise zumindest in den Gesellschaften des globalen Nordens nur begrenzt zu.² Die objektive Dramatik des Klimawandels und die Radikalisierung des ökologischen Protests, wie sie etwa bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) im Dezember 2009 in Kopenhagen oder beim Castor-Transport im November 2010 sichtbar wurde, erreichen im Gegensatz zu den Folgen der ökonomischen Krise und der vorherrschenden Formen ihrer Bearbeitung kaum die Alltagsebene der Menschen im globalen Norden. Trotz des Zusammenhangs der verschiedenen Krisenphänomene, auf den die Rede von der „multiplen Krise“ verweist, und trotz des Klassen- und vergeschlechtlichten Charakters der ökologischen Krise weist deren Verlauf offensichtlich eine spezifische Dynamik auf, die sie von anderen Krisenphänomenen unterscheidet. Gleichzeitig wirkt die Spezifik der ökologischen Krise auf den Verlauf und die Bearbeitung der Wirtschafts- oder der Energiekrise zurück.

Im Folgenden wollen wir versuchen, das Verhältnis von Kontinuität und Bruch in der aktuellen multiplen Krise aus einer sozial-ökologischen Perspektive näher zu bestimmen.

¹ Wir danken den vier HerausgeberInnen des Sammelbandes herzlich für ihre sehr detaillierten Kommentare und Nachfragen. Einige unserer Argumente haben wir dadurch geschärft, andere müssen wir noch weiter durchdenken und, gemeinsam mit anderen, diskutieren.

² Die Begriffe „globaler Norden“ und „globaler Süden“ sind keine geographischen Bezeichnungen (China und Russland liegen ja auch im geographischen Norden), sondern deuten die weltpolitische und -wirtschaftliche Stellung einzelner Gesellschaften an, wobei es in den Gesellschaften des globalen Nordens auch sehr arme und politisch einflusslose Regionen gibt und in denen des globalen Südens sehr wohlhabende und mächtige (die Dependenztheorie prägte für Letztere den Begriff der „Brückenköpfe“). Zudem manifestiert sich soziale Ungleichheit im Norden wie im Süden in kleinräumigeren Maßstäben bis hinunter zur Stadtteilebene. Schließlich hat sich der globale Süden durch den ökonomischen und politischen Aufstieg der Schwellenländer selbst erheblich ausdifferenziert.

Dazu führen wir einen Begriff ein, der uns aus (gegen-)hegemonietheoretischer Sicht wichtig erscheint, nämlich jenen der imperialen Lebensweise. Bei dieser handelt es sich nicht einfach um einen von unterschiedlichen sozialen Milieus praktizierten Lebensstil, sondern um herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. Mit dem Konzept der imperialen Lebensweise, so unsere These, kann erstens der (scheinbare) Widerspruch erklärt werden, dass es einerseits zu einer realen und gesellschaftlich breit anerkannten Zunahme der Krisenphänomene gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt, andererseits die gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krisenphänomene aber unzureichend sind. Anders gesagt: Obwohl die ökologische Krise in jüngerer Zeit durchaus politisiert worden ist und auch im herrschenden Diskurs als Problem wahrgenommen wird, scheinen sich die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster – mit staatlich-politischer Unterstützung – zu verfestigen und global zu verallgemeinern. Diese Verallgemeinerung bedeutet nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass es eine Art breit akzeptierter Entwicklungslogik gibt, die sich wiederum in Strukturzwänge und Handlungsdispositive einschreibt. Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse muss folglich in engem Zusammenhang mit strukturierten sozialen Macht- und Kräfteverhältnissen und der grundlegenden Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften verstanden werden. Zweitens geraten aus einer solchen Analyseperspektive einige der in kritischen Krisendiagnosen weniger beachteten Gründe dafür in den Blick, dass sich in der multiplen Krise in emanzipatorischer Hinsicht „so wenig tut“, dass also die nicht zu leugnende Funktionskrise des finanzgetriebenen Kapitalismus sich bislang nicht in eine Legitimationskrise übersetzt hat.

Unser Beitrag gliedert sich folgendermaßen: Im zweiten Abschnitt beschäftigen wir uns mit dem Begriff der Lebensweise und grenzen diesen vom regulationstheoretischen Konzept der Entwicklungsweise ab. Daran anschließend analysieren wir im dritten Abschnitt den imperialen Charakter der Lebensweise des globalen Nordens. Im vierten Abschnitt schlagen wir eine hegemonietheoretische Erklärung für die Gleichzeitigkeit von Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse vor, deren Kern das Konzept der imperialen Lebensweise bildet. Zuletzt setzen wir uns im fünften Abschnitt kritisch mit einigen derzeit diskutierten Alternativen zur (bzw. im Rahmen der) imperialen Lebensweise auseinander.

2. Lebensweise und Entwicklungsweise

Eine zentrale regulationstheoretische Kategorie ist die der „Entwicklungsweise“. Sie bezeichnet die temporäre Kohärenz zwischen der historischen Entwicklung der Produktions- und

Distributionsmuster einerseits und der Konsummuster andererseits, die ein Akkumulationsregime konstituieren. Kapitalistische Dynamik und Hegemoniefähigkeit sind besonders – nicht ausschließlich – dann gegeben, wenn sich ein „stabiles“ Akkumulationsregime herausbildet. Akkumulationstheoretisch gesprochen müssen die unterschiedlichen Abteilungen des Produktionsprozesses (Produktionsgüterindustrie, Konsumgüterindustrie) und die dort vorherrschenden Normen mit den Bedingungen des Endverbrauchs mehr oder weniger kompatibel bzw. müssen „kleine Krisen“ bearbeitbar sein. Um ein Beispiel zu nennen: Die global in einem brutalen Konkurrenzkampf stehende Automobilindustrie muss sich in Forschung und Entwicklung sowie in der Absatzplanung in etwa auf eine globale Nachfrage einstellen, die erst im Moment des Verkaufs relevant wird. Es kommt zu Überkapazitäten, die wir gegenwärtig beobachten können, und zu Kapitalvernichtung.

Der regulationstheoretische Begriff des Konsummusters und der Konsumnorm verweist also nicht lediglich auf den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen (bei Fortdauer von Subsistenzproduktion, die – mit erheblichen räumlichen Unterschieden – einen wichtigen Beitrag auch zur Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften leistet), sondern auf eine dynamische Entwicklungsweise, deren materielle Dimension soziales Dasein und soziale Verhältnisse wie Ernährung, Wohnen und Mobilität, Lohnarbeit und andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten, Freizeit, das Öffentliche im weiteren und das Politische im engeren Sinn sowie Kollektivität, Familiarität und Individualität strukturiert. Der konkreten Ausgestaltung der Entwicklungsweise liegen historische Erfahrungen sowie soziale Auseinandersetzungen und Kompromisse zugrunde, die sich in technologischen Entwicklungen und institutionell verfestigen.

Unser Konzept der Lebensweise übernimmt die regulationstheoretischen Begriffe des Produktions- und Konsummusters. Es lehnt sich ferner an das Konzept der Entwicklungsweise an. Allerdings unterscheidet es sich von letzterem insofern, als es der Mikroebene der Alltagspraktiken und des Alltagsverstands mehr Gewicht beimisst. Diese sind zwar auch im Begriff der Entwicklungsweise enthalten, allerdings werden sie von den Regulationstheoretikern selbst selten explizit gemacht. Das heißt, sie werden kaum als eigenständige Größe der Verallgemeinerung bestimmter Konsummuster und der Schaffung der Bedingungen bestimmter Produktionsmuster thematisiert, sondern primär in ihrer Funktionalität bzw. Dysfunktionalität für die Herstellung makroökonomischer Kohärenz wahrgenommen.³ Wichtig für unser Argument ist die Annahme, dass sich in bestimmten historischen Phasen und aufbauend auf einer Kohärenz zwischen Produktions- und Konsummustern eine *hegemoniale*, das heißt breit akzeptierte,

³ Vgl. die Kritik des Regulationsansatzes bei Thomas Barfuss (2002: 30): „Der Regulationsbegriff setzt als Zugriffsort eine Abstraktionshöhe voraus, die singuläre Phänomene aus Film, Werbung, Literatur oder Alltagskultur nicht ins Bild kommen lässt, ohne sie in allzu pauschalisierender Weise auf ein spezifisches Akkumulationsregime zu beziehen.“

institutionell abgesicherte und in den Alltagspraktiken der Menschen tief verankerte Lebensweise herausbilden kann, die mit bestimmten Vorstellungen von Fortschritt einhergeht: Computer müssen immer leistungsfähiger, Nahrungsmittel sollen billiger werden – ganz ungeachtet der sozialen und ökologischen Bedingungen, unter denen sie produziert werden.

Produktions- und Konsummuster, die in bestimmten Regionen oder Ländern hegemonial werden, können sich „kapillar“ und gebrochen sowie mit erheblichen raum-zeitlichen Unterschieden global verallgemeinern. Das hängt mit konkreten Unternehmensstrategien, Handels-, Investitions- und Geopolitiken, aber auch mit Kaufkraft und Vorstellungen einer attraktiven Lebensweise in den Gesellschaften zusammen, in die die Produktions- und Konsummuster über den Weltmarkt diffundieren. Die imperiale Lebensweise verallgemeinert sich vermittelt über räumlich spezifische Klassen und Geschlechterverhältnisse sowie entlang von ethnischen bzw. ethniserten Linien. Sie prägt sich deshalb räumlich unterschiedlich aus. Mit „Verallgemeinerung“ meinen wir nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte Vorstellungen von „gutem Leben“ und gesellschaftlicher Entwicklung existieren, die tief verankert sind. Neben räumlichen Unterschieden in der Ausprägung der imperialen Lebensweise (etwa zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden) existieren folglich auch erhebliche soziale Unterschiede. Zwar wird, wie wir weiter unten noch zeigen werden, die Bearbeitung sozialer Widersprüche im globalen Norden durch die Externalisierung der ökologischen Kosten, die bei der Reproduktion der Arbeitskraft anfallen, erleichtert. Gleichzeitig weisen die der imperialen Lebensweise zugrunde liegenden Konsummuster aber eine deutliche Klassenspezifität auf.

3. Der imperiale Charakter der Lebensweise des globalen Nordens

Die imperiale Lebensweise war bereits Teil der Kolonialisierung ab dem 16. Jahrhundert und des liberal-kapitalistischen Weltsystems des 19. Jahrhunderts, beschränkte sich in diesen Perioden jedoch auf die oberen Klassen, d.h., sie war nicht in dem Sinne hegemonial, dass sie die Reproduktion der Bevölkerungsmehrheit und damit deren Alltagspraktiken prägte. Erst mit der Entwicklung des Fordismus werden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und damit die Lebensweise breitenwirksam im oben skizzierten Sinn verändert. Die kapitalistischen Naturverhältnisse verankern sich über die imperiale Lebensweise gleichsam in den Alltagspraktiken einer Bevölkerungsmehrheit im globalen Norden.

Die tayloristische Umwälzung der Arbeitsorganisation und die damit einhergehenden Produktivitätssteigerungen in den kapitalistischen Zentren waren eine Grundlage der fordistischen Entwicklungsweise, die andere war, dass die Reproduktion der Lohnabhängigen selbst immer stärker durch Waren gewährleistet wurde, etwa die Mobilität durch das Automobil, die Ernährung durch industriell gefertigte Produkte oder das Wohnen im Einfamilienhaus. Durch

die wachsende Produktivität verringerten sich die Kosten für Konsumgüter und damit für die Reproduktion der Arbeitskraft. An der steigenden Mehrwertmasse partizipierten die Lohnabhängigen durch Reallohnsteigerungen, die über den fordistischen Klassenkompromiss vermittelt waren. Technologische Innovationen in den Bereichen Chemie, Landwirtschaft, Telekommunikation, Maschinenbau, Elektronik und Transport waren grundlegende Elemente der fordistischen Dynamik mit jeweils spezifischen Implikationen für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Das Automobil und das mit industriell gefertigten Gütern ausgestattete Eigenheim, samt ihrer Absicherung durch staatliche (Infrastruktur- und Sozial-)Politiken oder durch das Kreditsystem, waren die hegemonialen Orientierungen fordistischer Produktion und fordistischen Konsums.

„Imperial“ ist die Lebensweise des globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt. Die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen basierte auf einer für diese sehr vorteilhaften Welt-Ressourcenordnung (Altvater 1992). Das immense Wachstum während des Fordismus setzte die starke Vernutzung fossiler Rohstoffvorkommen (Kohle und zunehmend Erdöl) und der globalen Schadstoffsenken⁴ voraus. Wichtig war ein ständiger relativer Überfluss an preisgünstigen natürlichen Ressourcen auf den Weltrohstoff- und Weltagarmärkten. Die militärische und politische Dominanz der USA bewirkte eine relative Stabilisierung der weltpolitischen Verhältnisse, die sich auch in dem geregelten Zugriff auf billige Ressourcen wie Erdöl niederschlug.

In der Folge der Krise des Fordismus bildete sich in einem umkämpften Restrukturierungsprozess seit den 1980er Jahren eine postfordistische Entwicklungsweise heraus. Wenn der Fordismus zuvorderst als eine Form der intensiven Akkumulation verstanden werden kann, die über die permanente Intensivierung des Arbeitsprozesses eine Steigerung des relativen Mehrwert ermöglichte, wurden seit den 1980er und dann insbesondere seit den 1990er Jahren extensive Akkumulationsweisen in Form der Ausweitung der Arbeitszeit, vor allem aber durch die weltweite Vergrößerung der Anzahl der Lohnabhängigen in Ländern wie China, wieder wichtiger (Sablowski 2009). Neue Produktionsmodelle und eine sich verändernde internationale Arbeitsteilung, eine Transformation des Staates zum internationalisierten Wettbewerbsstaat, ein von vielen Gewerkschaften akzeptierter Wettbewerbskorporatismus und sich verändernde gesellschaftliche Sozialstrukturen und Subjektivitäten sind weitere Stichworte dieser Umbauprozesse, deren strategischer Kern als Neoliberalisierung der Gesellschaft – konservativ und sozialdemokratisch flankiert – bezeichnet werden kann (Candeias/Deppe 2001).

⁴Als Senken werden Ökosysteme bezeichnet, die in der Lage sind Emissionen zu absorbieren, also z.B. Wälder und Ozeane im Falle von CO₂.

Entscheidend für unser Thema ist, dass es zu einer Vertiefung der imperialen Lebensweise in zweifacher Richtung kam: Zum einen wurde der Zugriff auf die globalen Ressourcen und Arbeitskräfte über den Weltmarkt restrukturiert und intensiviert. Das hängt zum einen damit zusammen, dass die für den Fordismus prägenden fossilistischen Konsummuster die Fordismuskrise nicht nur unbeschadet überstanden, sondern sogar noch intensiviert wurden. Der in den 1990er Jahren verbreiteten Rede von der „Virtualisierung“ der Ökonomie zum Trotz sind etwa die modernen Kommunikationstechnologien außerordentlich ressourcenintensiv – nicht nur im Hinblick auf den Stromverbrauch, sondern auch im Hinblick auf die Materialien, die für ihre Herstellung verwendet werden und zum großen Teil aus dem globalen Süden stammen. Zum anderen kommt es in einigen Ländern wie China oder Indien selbst zur Herausbildung von großen Ober- und Mittelklassen, die sich an der „westlichen“ Lebensweise orientieren (in einigen Ländern Lateinamerikas war das bereits ein Phänomen während des Fordismus).

Wenn wir die fordistische und postfordistische Lebensweise als „imperial“ bezeichnen, dann wollen wir nicht die machtvollen, auf offener oder struktureller Gewalt aufruhenden Strategien leugnen oder gering schätzen, die spätestens im Anschluss an den 11. September 2001 wieder an Bedeutung gewonnen haben. Wir wollen auch nicht abstrakt und mit moralischer Geste den Lohnabhängigen in den kapitalistischen Metropolen und den Mittel- und Oberklassen in den so genannten (semi-)peripheren Ländern ihre Konsumgewohnheiten bzw. ihren Lebensstil vorhalten. Die Spaltungslinien bleiben erhalten und werden bewusst oder unbewusst reproduziert. Allerdings halten wir den Begriff „imperiale Lebensweise“ für geeignet, um eine Verbindung zwischen hegemonialen Alltagspraktiken, ökologischer Krise und zunehmenden imperialen Spannungen in der internationalen Politik deutlich zu machen. „Imperiale Lebensweise“ ist ein hegemonietheoretisch zu verstehender Strukturbegriff – wobei natürlich Strategien eine wichtige Rolle spielen. Mit ihm wird es möglich, die hegemoniale Verfasstheit im Sinne aktiver oder zumindest passiver Konsense bzw. die in vielen Bereichen geringe Brüchigkeit auch in Zeiten „großer Krisen“ herauszuarbeiten, um emanzipatorische Strategien zu entwickeln. Er geht über den klassischen oder neueren Imperialismusbegriff hinaus, in dem die Lebensweise in der Regel nicht berücksichtigt wird.

Der zentrale Widerspruch, der mit dem Aufstieg der Schwellenländer, vor allem Indiens und Chinas, manifest wird, ist, dass sich mit den Konsum- und Produktionsmustern des globalen Nordens eine Lebensweise tendenziell verallgemeinert, die aus einer ökologischen Perspektive nicht verallgemeinerbar ist. Die imperiale Lebensweise des globalen Nordens beruht, ökologisch gesehen, auf Exklusivität. Sie setzt voraus, dass nicht alle Menschen gleichermaßen auf die Ressourcen und Senken der Erde zugreifen. Nur dann lassen sich ihre Kosten in Raum und Zeit externalisieren. In Anlehnung an die klassische Imperialismustheorie ließe sich sagen, dass der entwickelte Kapitalismus eines nicht-

kapitalistischen oder zumindest eines weniger entwickelten Außen bedarf, damit er nicht an seinen ökologischen Widersprüchen zugrunde geht. In dem Maße, wie dieses Außen schrumpft, schwindet die Möglichkeit einer räumlichen und verkürzt sich der Horizont einer zeitlichen Externalisierung seiner ökologischen Kosten.

Das zeigt sich vor allem bei der Nutzung fossiler Energie, die der globale Norden zum großen Teil aus dem globalen Süden importiert und deren Nutzung die zentrale Triebkraft des Klimawandels ist (von dem die Menschen im globalen Süden stärker betroffen sind). Der imperiale Charakter der Lebensweise des globalen Nordens zeigt sich aber auch bei den Ressourcen des „Informationszeitalters“, z.B. den Metallen der seltenen Erden, wie sie etwa in China unter hochgradig gesundheits- und umweltgefährdenden Bedingungen gewonnen werden,⁵ sowie beim Umgang mit dem Müll der postfordistischen Entwicklungsweise, wenn etwa afrikanische Kinder aus europäischem Elektronikschrott unter Einsatz ihrer Gesundheit die wieder verwertbaren Teile herausklauben.

Die imperiale Lebensweise beinhaltet die Möglichkeit zunehmend konflikträchtiger und gewaltförmiger internationaler Beziehungen, die dann aktualisiert wird, wenn die exklusive Inanspruchnahme menschlicher und natürlicher Ressourcen sowie von Senken durch den globalen Norden aufgrund von geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen infragegestellt wird. Genau dies ist derzeit der Fall. Der Aufstieg von Ländern wie Indien und China geht einher mit einer raschen Ausbreitung fossilistischer Produktions- und Konsummuster, die den Ressourcenbedarf dieser Länder ebenso steigern wie ihren Anspruch auf die Nutzung von Senken. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen zwischen den Mächten des globalen Nordens und den aufstrebenden Ländern des globalen Südens an. Sie entladen sich in Ressourcenkonflikten und – siehe die Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 – in der Blockade internationaler umweltpolitischer Terrains, auf denen um die – über die Zuteilung von „Verschmutzungsrechten“ vermittelte – Ermöglichung bzw. Beschränkung fossilistischer Entwicklung gerungen wird (Wissen 2010).

4. Imperiale Lebensweise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse

In der imperialen Lebensweise liegt unseres Erachtens der Schlüssel zur Erklärung der Gleichzeitigkeit von Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. Einige Aspekte erscheinen uns hier wichtig, die im Folgenden eher skizzenhaft ausgeführt werden.

Die gesellschaftliche Orientierung an materiellem Wachstum, die Basis des Steuerstaates, die institutionalisierten Kompromisse zwischen Lohnarbeit und Kapital wie auch die Konkurrenzverhältnisse zwischen Kapitalen und zwischen einzelnen Gesellschaften basieren tendenziell auf der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das begründet die

⁵ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 06./07. November 2010, S. 24 f.

strukturelle Krisenhaftigkeit der herrschenden Formen der Naturaneignung. Gleichzeitig verleihen diese aber den kapitalistischen Dynamiken und Kompromissen eine gewisse Dauerhaftigkeit und tragen zur Bearbeitung anderer Krisenphänomene bei. Das gilt zum einen für die Überakkumulation von Kapital, die auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise kennzeichnet. Dieses Krisenphänomen scheint auch dadurch bearbeitet zu werden, dass überschüssiges Kapital in „Natur“ (das heißt in Land, in den Anbau von Nahrungsmitteln und Agrartreibstoffen oder etwa auch in Emissionszertifikate) investiert wird (Zeller 2010). Die Ausbreitung (und selektive ökologische Modernisierung) der Produktions- und Konsummuster, wie sie der imperialen Lebensweise zugrunde liegen, wird auf diese Weise zum Medium der Bearbeitung von Akkumulationsproblemen.

Ein zweiter Aspekt ist die Reproduktion der Arbeitskraft und die damit verbundene Frage der Legitimation. Über eine Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung als Kern der „Globalisierung“ konnte der imperiale Zugriff auf das Arbeitsvermögen in Ländern des globalen Südens und auf die dortigen Ressourcen intensiviert werden. Liberale Investitions- und Handelspolitiken und eine Deregulierung von Rohstoff- und Produktmärkten mittels des Auslaufens von Preisstabilisierungsmaßnahmen oder der Errichtung der Welthandelsorganisation trugen dazu bei. Heute spielen staatliche Rohstoffpolitiken unter dem Vorzeichen der Energiesicherheit eine immer wichtigere Rolle.

Obwohl der gesamte Ressourcenaufwand etwa der Europäischen Union seit Mitte der 1980er Jahre auf hohem Niveau stagniert, hat sich nicht nur der Importanteil an Ressourcen erhöht, sondern auch der „ökologische Rucksack“⁶ der Importe, der in den exportierenden Ländern des globalen Südens anfällt. Der „ungleiche ökologische“ Tausch,⁷ der sich darin ausdrückt, versorgt die Ökonomien des globalen Nordens mit billigem Rohmaterial und trägt dazu bei, die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft vergleichsweise niedrig zu halten.

Der Hinweis auf den hegemonialen Charakter der imperialen Lebensweise übersieht nicht, dass es zu einer Ausdifferenzierung der Sozialstruktur kam, wobei hinsichtlich der Lebensweise verschiedene Milieus identifiziert werden können. Gerade für die alternativen „postmateriellen“ Milieus, die vielfach aus der Umweltbewegung entstanden sind oder ihr politisch und kulturell zumindest nahe stehen, aber auch für die konservativen Milieus sind Umweltfragen wichtig geworden. Allerdings zeigen Studien, dass Bewusstsein und Handeln in sozial-ökologischen Fragen nicht unbedingt Hand in Hand gehen. Gerade die Menschen mit hoher Bildung, relativ hohem Einkommen und hohem Umweltbewusstsein haben den höchsten Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch, während Klassen oder Milieus mit geringem Umweltbewusstsein, aber

⁶ Der „ökologische Rucksack“ bezeichnet das Gesamtvolumen an Ressourcen, die in ein Produkt eingehen, abzüglich des Eigenvolumens des Produkts.

⁷ Von „ungleichem ökologischen Tausch“ spricht man, wenn ein Land „auf Dauer ein höheres Volumen an Energien, Stoffen und – indirekt – Flächen importiert als es selber exportiert“ (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2005:71)

auch geringem Einkommen objektiv weniger Ressourcen verbrauchen (Wuppertal Institut 2008: 144-154).

Die ausdifferenzierten, gleichwohl in sozial-ökologischer Hinsicht allesamt mehr oder weniger problematischen Leitbilder eines guten Lebens, die – an Unternehmensstrategien gekoppelt und staatlich abgesichert – angestrebt und verinnerlicht werden, bilden einen Kern hegemonietheoretischer Erklärungen dafür, warum sich in der Krise „so wenig tut“.

Die Normalität der imperialen Lebensweise wirkt als Filter der Krisenwahrnehmung und Korridor der Krisenbearbeitung. Zumindest im globalen Norden wird die ökologische Krise primär als *Umwelt*problem und nicht als umfassende *gesellschaftliche* Krise wahrgenommen. Das leistet einer bestimmten Form der öffentlichen, tendenziell katastrophischen Politisierung und einer allenfalls inkrementellen Bearbeitung Vorschub: Bei der ökologischen Krise handelt es sich um eine Katastrophe, die darauf zurückzuführen ist, dass „der Mensch“ oder „die menschliche Zivilisation“ seine bzw. ihre „natürlichen Grenzen“ missachtet hat; menschliche „Eingriffe“ haben das natürliche Gleichgewicht gestört. Ausgeblendet wird, dass menschliche Eingriffe in die Natur immer schon sozial vermittelt sind. Dieser Kunstgriff ermöglicht es dann, die vorherrschenden sozialen Vermittlungen gleichsam zu naturalisieren, so dass Alternativen gar nicht oder nur in ihrem Rahmen denkbar werden. Das Resultat ist die Dominanz marktförmiger Muster der Krisenbearbeitung (wie etwa des Emissionshandels in der Klimapolitik), die auch von den BefürworterInnen einer weiterreichenden ökologischen Modernisierung bzw. eines Green New Deal nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Der im globalen Norden vorherrschende Krisendiskurs erkennt also die Existenz einer ökologischen Krise an, politisiert und bearbeitet sie aber auf eine Weise, dass die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster gerade nicht zur Disposition gestellt, sondern – nicht zuletzt durch ihre selektive ökologische Modernisierung – verstetigt werden.

Erleichtert wird dies durch die relative Mittelbarkeit vieler Aspekte der ökologischen Krise. Der Klimawandel äußert sich nicht direkt wie verdreckte Luft oder schmutzige Flüsse. Er ist allenfalls punktuell und mittelbar im Alltag erfahrbar – also etwa in Form von Stürmen und Starkregen, die von KlimatologInnen auf den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zurückgeführt werden. Außerdem scheint er alle – unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position – gleichermaßen zu betreffen. Schließlich wird er in erster Linie als künftige und globale Katastrophe imaginiert. Die Tatsache, dass die ökologische Krise zumindest im globalen Norden oft nur vermittelt über wissenschaftliche Beschreibungen erfahrbar ist, die zudem notwendigerweise bis zu einem gewissen Grad unsicher sind, öffnet ein Feld der Deutungskämpfe, in dem Krisenwahrnehmungen mit grundlegenden sozialen Verhältnissen in Übereinstimmung zu bringen versucht werden.

VertreterInnen der Subalternen, die angesichts der Wirtschaftskrise in arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen durchaus radikaler argumentieren und weiterführende Ideen entwickeln (vgl. Candeias/Röttger 2009), spielen hierbei eine wichtige Rolle. Wenn deutsche Gewerkschaften zur Einführung der Abwrackprämie geraten und mit der deutschen Regierung darüber verhandelt haben, oder wenn der Porschefahrer und Vorsitzende der deutschen Linken, Klaus Ernst, in einem programmatischen Beitrag für den „Freitag“ darüber nachdenkt, wie die Opposition aus der Defensive rauskommen kann, und dabei die ökologische Frage mit keinem Wort erwähnt,⁸ dann sind das Strategien bzw. Auslassungen, die nahtlos an die vorherrschende Krisendefinition anknüpfen. Der Zusammenhang zwischen ökologischer Krise und fossilistischen Produktions- und Konsummustern und damit auch der Charakter der ökologischen Krise als globale und soziale Verteilungsfrage wird also auch von führenden RepräsentantInnen der Lohnabhängigen und VerfechterInnen einer Umverteilungspolitik dethematisiert.⁹

Die imperiale Lebensweise impliziert, dass die ökologische Krise entweder als gegenüber sozialen Fragen nachrangiges Phänomen oder unter katastrophischen Vorzeichen thematisiert wird. In beiden Fällen wird ihr sozialer Charakter – ihre konstitutive Verbindung mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie ihre sozial und global ungleichen Auswirkungen – unsichtbar gemacht. Dadurch wird technokratischen, marktförmigen und technikbasierten Lösungsstrategien Vorschub geleistet, die vom Emissionshandel über die Herstellung energieeffizienterer Autos bis hin zum Geoengineering¹⁰ reichen. Im Kern geht es darum, kapitalistische Naturverhältnisse, die eben nicht als solche, sondern als alternativlose Zwangsgesetzlichkeiten menschlicher Naturaneignung erscheinen, durch ihre Transformation auf Dauer zu stellen.

5. Schlussfolgerungen

Die tiefe Verankerung der imperialen Lebensweise beinhaltet die alltägliche Reproduktion von Strukturen, die zur Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse beitragen, ohne dass diese Krise – und hier liegt der Unterschied zur ökonomischen Krise – bislang die Rede von einem „Bruch“ rechtfertigen würde. Anders gesagt begründet die imperiale Lebensweise die

⁸ Siehe „Klingt das wirklich so verrückt? Schwarz-Gelb wird von der Unfähigkeit der Opposition im Amt gehalten. Das muss sich ändern. Ein Vorschlag“ (Beitrag von Klaus Ernst in „Der Freitag“ vom 20.08.2010, <http://www.freitag.de/politik/1033-klings-das-wirklich-so-verr-ckt>).

⁹ In anderen Kontexten kann allerdings von einer emanzipatorischen Politisierung der ökologischen Krise gesprochen werden. Dies gilt für die entstehende Bewegung für Klimagerechtigkeit, die explizit eine Verbindung zwischen ökologischen und sozialen Fragen herstellt. In Bezug auf den globalen Süden konstatiert Bettina Köhler (2008), dass sich „zentrale soziale Konflikte zunehmend als Auseinandersetzungen um die Kontrolle und Bedingungen des Zugangs zu natürlichen Ressourcen bzw. allgemeiner um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ artikulieren.

¹⁰ Hierbei handelt es sich um (derzeit noch kaum praktizierte) technische Eingriffe in geochemische Prozesse wie die Düngung von Ozeanen, um deren CO₂-Absorptionskapazität zu erhöhen, oder die Beförderung von Schwefeldioxid in die Stratosphäre, um Sonnenstrahlen ins All zu reflektieren.

Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Krise kapitalistischer Naturverhältnisse. *Imperial* ist sie deshalb, weil sie die prinzipiell unbegrenzte Aneignung von Ressourcen und Arbeitsvermögen des globalen Nordens *und* Südens sowie die überproportionale Inanspruchnahme der globalen Senken voraussetzt. Ihre tiefe Verankerung lässt sich mit der Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft erklären; ferner wird sie nicht nur durch gesellschaftliche Institutionen, sondern auch in den Mikrostrukturen des Alltags hegemonial reproduziert wird; die imperiale Lebensweise begünstigt eine Politisierung des Klimawandels (oder auch des Biodiversitätsverlusts) auf eine Weise, die dessen spezifische soziale Vermittlung unsichtbar macht und deshalb die Strukturprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise nicht länger als Krisenursache, sondern als alternativlose Lösungsmechanismen erscheinen lässt.¹¹

Der politische und wissenschaftliche Mehrwert des Konzepts „imperiale Lebensweise“ liegt unseres Erachtens in folgenden Punkten: Erstens kann zeitdiagnostisch mit ihm erklärt werden, dass der oft als notwendig angesehene „ökologische Umbau“ nicht nur von mächtigen ökonomischen und politischen Interessengruppen gebremst oder verhindert wird, sondern auch, weil die Bestimmungsfaktoren der ökologischen Krise in den politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen verankert sind (der Weltmarkt ist ein die tägliche Lebensweise organisierendes Verhältnis). Das Konzept der imperialen Lebensweise bewahrt deshalb vor zu hohen Erwartungen an staatliche und intergouvernementale Politiken im Hinblick auf eine grundlegende Transformation der Naturverhältnisse, denn es sind die herrschaftlichen gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse und dominanten Orientierungen, die den Naturverhältnissen zugrunde liegen und von staatlichen Politiken allein nicht überwunden werden können. Das zeigt sich etwa bei den progressiven Regierungen in Lateinamerika, die bislang kaum Alternativen zum weltmarktorientierten „Extraktivismus“, also zur unbedingten Förderung von Rohstoffen und zum Anbau landwirtschaftlicher Produkte und ihrem Verkauf auf dem Weltmarkt (Gudynas 2009; www.otrodesarollo.org), entwickelt haben. Sie wollen, als Ergebnis sozialer Kämpfe um bessere Verteilung, mehr vom Weltmarktkuchen abhaben, stellen aber den Kuchen selbst sowie die Bedingungen seiner Herstellung nicht infrage.

Zweitens relativiert das Konzept der imperialen Lebensweise die hohen Erwartungen an gute Argumente, rationale öffentliche Diskurse oder aufgeklärte Eigeninteressen „der Menschheit“ oder gar der herrschenden Kräfte. Denn diese fallen oft entweder durch das Wahrnehmungsraster tief verankerter Orientierungen oder werden von diesen selektiv integriert, mit dem Ergebnis einer Festigung statt Infragestellung bestimmter Konsum- und

¹¹ Siehe hierzu auch Erik Swyngedouw (2010: 223): "die dominante politische Architektur im Bereich der Klimapolitik nimmt an, dass der maßlose Zustand nicht ein Teil des Funktionierens des Systems selbst ist, sondern eine Abweichung, die dadurch 'geheilt' werden kann, dass ausgerechnet die inneren Dynamiken und Logiken des Systems mobilisiert werden (Privatisierung von CO₂, Kommodifizierung und freies Marktgeschehen via Kohlenstoffhandel oder Emissionsausgleich" (Übersetzung U.B./M.W.).

Produktionsmuster gerade durch ihre partielle Modernisierung. Ähnliches gilt für viele (vermeintlich) alternative Ansätze, in denen Hegemonieprobleme zumindest stark unterbelichtet bleiben, wie das Projekt eines Green New Deal. Noch in den 1990er Jahren wurde hierunter eine gesellschaftliche Bündnisstrategie verstanden, in dessen Rahmen sich die soziale und die ökologische Frage sowie ihre gesellschaftlichen Protagonisten – Gewerkschaften und Sozialdemokratie einerseits, grüne Parteien und neue soziale Bewegungen andererseits – zusammenführen ließen (Brüggen 2001). Heute fehlt es dem Projekt an einer solchen bündnispolitischen Orientierung bzw. beschränkt diese sich auf neoliberal eingefärbte Grüne und ökobewusste Unternehmen mit dem Ziel einer Modernisierung statt Überwindung der Produktions- und Konsummuster, wie sie der imperialen Lebensweise zugrunde liegen (vgl. Brand 2009; Candeias/Kuhn 2008).

Drittens wirft das Konzept der imperialen Lebensweise Licht auf die Voraussetzungen, Ansatzpunkte und Formen einer emanzipatorischen Politisierung der ökologischen Krise. Zunächst erscheint es uns wichtig, sich dem ökologischen Katastrophismus zu widersetzen, der, wie gesehen, selbst ein Instrument der Verstetigung jener Verhältnisse ist, die für die imaginierte Katastrophe ursächlich sind. Das bedeutet nicht, die Augen vor den wohl begründeten Szenarien etwa des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu verschließen. Aber selbst wenn die Zeit drängt, nicht zuletzt wegen des möglichen Erreichens klimatischer Umschlagpunkte (wie des Auftauens von Permafrostböden, durch das gewaltige Mengen des aggressiven Treibhausgases Methan freigesetzt würden), gilt es, am komplizierten und widersprüchlichen Projekt der Emanzipation festzuhalten und sich autoritären und technokratischen Formen der Krisenbearbeitung zu widersetzen, weil diese die Probleme überhaupt nicht lösen würden.

Zentral ist es in diesem Zusammenhang, die auch in der Linken weit verbreitete Dichotomisierung von Gesellschaft und Natur zu überwinden, die sich politisch unter anderem darin niederschlägt, dass die ökologische gegen die soziale Frage ausgespielt wird. Die Tendenz, Ökologie zum Nebenwiderspruch zu erklären, besteht gerade in der aktuellen ökonomischen Krise, in denen ökologischer Katastrophismus („Wir haben nur noch wenig Zeit“) und Ignoranz gegenüber ökologischen Fragen („Für so was ist jetzt keine Zeit“) eine unheilige Allianz eingehen. Gleichzeitig gibt es aber auch deutliche Anzeichen, dass die ökologische Frage als soziale Frage politisiert wird (und umgekehrt). Dazu gehört das vor und während der Klimakonferenz von Kopenhagen von sozialen Bewegungen propagierte Konzept der Klimagerechtigkeit, in dem der Klimawandel nicht als sozial neutrale künftige Katastrophe, sondern als soziale und globale Verteilungsfrage gedacht wird.

Auf einer analytischen Ebene geht es dabei darum, die strukturellen Selektivitäten staatlicher Politik, die bestimmte Interessen sowie Formen des Wissens über die ökologische Krise gegenüber anderen privilegieren, zu identifizieren, zu erklären und im Hinblick auf ihre

Politisierbarkeit einzuschätzen (das konnte in diesem Beitrag nicht ausgeführt werden; vgl. Wissen 2010). Politisch sehen wir eine zentrale Herausforderung darin, Ziele und Forderungen so zu formulieren, dass sie eine konkrete Intervention ermöglichen und gleichzeitig die bestehenden Spielregeln – mit anderen Worten: die Formbestimmtheit staatlich regulierter Konflikte – infrage stellen. Dies gelingt dann am besten, wenn soziale Konflikte an Alltagspraktiken rückgekoppelt sind, wofür es bei ökologischen Fragen eine ganze Reihe von Ansatzpunkten gibt – etwa in den Bereichen Mobilität, Ernährung oder Energiekonsum. Gerade hierfür sensibilisiert das Konzept der imperialen Lebensweise: Wenn die zentralen Bestimmungsfaktoren der ökologischen Krise und ihre macht- und herrschaftsförmigen Bearbeitungsmuster in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Alltagspraktiken verankert sind, dann ist dies auch ein wichtiger Ort gegenhegemonialer Kämpfe.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands - oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.
- Barfuss, Thomas (2002): Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts. Hamburg.
- Brand, Ulrich (2009): Schillernd und technokratisch: Grüner New Deal als *magic bullet* in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus? In: PROKLA 39(3).
- Brüggen, Willi (2001): Grüner New Deal. In: Wolfgang-Fritz Haug (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus 5, Hamburg.
- Candeias, Mario/Frank Deppe (Hg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.
- Candeias, Mario/Armin Kuhn (2008): Grüner New Deal - kapitalistischer Weg aus der Krise? In: Das Argument 50(6).
- Candeias, Mario/Bernd Röttger (2009): Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise. In: Das Argument 51(6).
- Conca, Ken (1993): Environmental Change and the Deep Structure of World Politics. - In: Lipschutz, Ronnie/Conca, Ken (Hg.): The State and Social Power in Global Environmental Politics. New York.
- Goldman, Michael (2004): Eco-governmentality and other transnational practices of a "green" World Bank. In: Richard Peet/Michael Watts (Hg.): Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements. London.

- Gudynas, Eduardo (2009): Estado y mercado en América Latina: una pareja despareja. Cuando el mercado es plural y el Estado es heterogéneo. In: Nueva Sociedad 221, Mai/Juni.
- Haug, Frigga (2010): Krise. In: Wolfgang Fritz Haug/Frigga Haug/Peter Jehle (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/II. Hamburg.
- Köhler, Bettina (2008). Das Ökologische ist (wieder) politisch. Malmö: 18.
- Luke, Timothy W. (1999): Environmentality as Green Governmentality. In: Eric Darier (Hg.): Discourses of the Environment. Oxford.
- Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz(2).
- Swyngedouw, Erik (2010). Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: Theory, Culture & Society 27(2–3): 213–232.
- Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel(2).
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München.
- Zeller, Christian (2010): Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals. In: Falko Schmieder (Hg.): Zur Kritik der Politischen Ökologie heute. Bern.



ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 579 / 18.1.2013

Raus aus der Defensive

Aktion Berliner Energietisch kämpft für Demokratisierung der städtischen Stromversorgung

Von Florian Frey und Hendrik Sander

Seit die Energieversorgung in Berlin in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre privatisiert wurde, kontrolliert der Energiegigant Vattenfall Produktion, Verteilung und Vertrieb des Stroms. Doch das könnte sich bald ändern. Die Konzessionsverträge für die Nutzung der örtlichen Stromnetze wurden neu ausgeschrieben. Der daraufhin gegründete Berliner Energietisch versuchte deshalb, durch ein Volksbegehren die Netze wieder in öffentliche Hand zu bringen und ein kommunales Stadtwerk zu gründen. Seitdem ist die energiepolitische Landschaft in der Hauptstadt mächtig in Bewegung geraten.

Der Energietisch wurde von verschiedenen Akteuren im Sommer 2011 gegründet. Gegenwärtig beteiligten sich mehr als 40 Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen u.a. Umweltverbände wie BUND, Grüne Liga, Rettet den Regenwald und Naturfreunde, kleine progressive NGOs wie BürgerBegehren Klimaschutz, Mehr Demokratie und Powershift, Attac und Noya, Einzelpersonen zum Beispiel von der Partei DIE LINKE bis hin zu aktivistischen linken Gruppen wie Gegenstrom Berlin. Wir von der Gruppe Für eine linke Strömung (FeLS) beteiligen uns seit den Anfängen des Energietisches an dieser Kampagne. Das könnte durchaus überraschen: Wieso sucht sich eine linksradikale Gruppe ausgerechnet ein Volksbegehren zur Schaffung von Staatsunternehmen als Hauptkampffeld im Energiebereich?

Energie ohne Warencharakter

Hintergrund unseres Engagements ist die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Vergesellschaftung, das auf folgende Grundprinzipien zielt: Der Zugang zu Gütern wird nicht marktförmig und profitorientiert organisiert, sondern Verteilung und Produktion werden demokratisch ausgehandelt und richten sich nach den Bedürfnissen der Menschen. Der Begriff Vergesellschaftung als Richtungsforderung macht grundlegende Alternativen jenseits reiner Abwehrkämpfe gegen einzelne Schweinereien vorstellbar. Im Energiesektor gibt es beispielsweise bereits ein weitverbreitetes Bewusstsein in der Bevölkerung, dass eine demokratische, soziale und ökologische Energieversorgung mit den großen Stromkonzernen nicht zu haben

ist. Zahlreiche Energiekämpfe setzen an den verschiedenen Machenschaften von E.ON, RWE, ENBW und Vattenfall an.

Die Forderungen nach Enteignung der Energiekonzerne und Vergesellschaftung des Energiesystems könnten den Kämpfen eine gemeinsame Idee und Perspektive geben, die über das Bestehende hinausweist. Das heißt, die Möglichkeit zu eröffnen, alle interessierten Menschen unmittelbar über die Produktion und Verteilung von Energie mitentscheiden zu lassen. Auf diesem Wege könnte der Umstieg auf eine erneuerbare und sparsame Energieversorgung viel schneller und gerechter organisiert werden. Außerdem muss es darum gehen, Energie ihren Warencharakter zu nehmen, damit allen Menschen Energie als soziales Grundrecht zur Verfügung steht.

Brüche organisieren

Für eine solche Energiewende, die ihren Namen verdient, müssen die bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse überwunden werden. Das kann jedoch nicht gelingen, indem Vergesellschaftung nur als abstrakte Forderung aufgestellt wird, die dann im richtigen Moment die Verhältnisse en bloc umstürzt. Stattdessen sind diese radikalen Veränderungen nur als langfristiger Transformationsprozess vorstellbar, der von kollektiven Suchprozessen und Rückschlägen, vielen kleinen Schritten, aber auch effektiven Brüchen geprägt ist.

Uns erscheint der Energiebereich als geeignetes Interventionsfeld, um einen solchen Prozess beispielhaft anzustoßen. Im Berliner Energietisch versuchen wir deshalb, die allgemeine Vergesellschaftungsforderung in einen konkreten Kampf zu übersetzen, der auch gewonnen werden kann. In dieser praktischen Kampagne wollen wir Erfahrungen mit der Umsetzung des Konzepts Vergesellschaftung sammeln, seine Möglichkeiten und Grenzen ausloten.

In seiner Anfangsphase entschied sich der Energietisch dazu, für das Volksbegehren ein eigenes Gesetz zu formulieren, das bei Erfolg verpflichtend vom Berliner Senat umgesetzt werden muss. In einem langwierigen, aber konstruktiven Diskussionsprozess wurden die drei Säulen (demokratisch, ökologisch, sozial) für die zu gründende Netzgesellschaft und die Stadtwerke mit Leben gefüllt und in Gesetzesform gebracht. Die beiden zu gründenden städtischen Unternehmen sollen als »Anstalten öffentlichen Rechts« ausschließlich dezentral und erneuerbar erzeugten Strom verkaufen, die Anschaffung von energiesparenden Haushaltsgeräten unterstützen und Energiearmut entgegenwirken, d.h. dem Umstand, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage keinen oder nur beschränkten Zugang zu Energie haben.

Energie-Kiezversammlungen

Vor allem wurden ganz neue Mechanismen der unmittelbaren Mitgestaltung für die Bevölkerung entwickelt, die über die repräsentative Demokratie hinausweisen: Neben weitgehenden Transparenzbestimmungen und Initiativrechten sollen alle BewohnerInnen Berlins über 16 Jahren unabhängig von ihrem Pass fünf Mitglieder des Verwaltungsrates direkt wählen dürfen. Sechs VertreterInnen sollen von den

Beschäftigten und nur zwei vom Senat bestimmt werden. Nicht zuletzt sollen einmal im Jahr öffentliche Versammlungen in den Bezirken stattfinden, bei denen die BewohnerInnen über die Geschäftspolitik informiert werden müssen und wo sie selbst Initiativen starten können.

Zwar haben wir als FelS in einigen Punkten noch deutlich weitergehendere Positionen vertreten. So sollten unserer Meinung nach die Urabstimmungen und Kiezversammlungen verbindlichen Charakter haben. Trotzdem ist ein gutes Modell entstanden, das erste Schritte in Richtung einer Vergesellschaftung ermöglicht und zugleich die Bedingungen für zukünftige Energiekämpfe verbessern könnte.

Von Anfang an stand der Energietisch unter einem guten Stern, sodass er im Jahr 2012 vor allem Erfolgsmeldungen produzierte. Viele starke PartnerInnen schlossen sich dem Bündnis an, das Presseecho ist - von den üblichen Ausnahmen abgesehen - wohlwollend. Bei den BerlinerInnen stößt unser Vorhaben auf viel Sympathie. Die erste Stufe des Volksbegehrens wurde im Frühjahr 2012 mit Bravour geschafft.

Grenzen von Volksbegehren

Aufgrund unserer kontinuierlichen Mitarbeit wurde FelS im Energietisch als Partner anerkannt, was ermöglichte, das Bündnis trotz seiner Breite in wichtigen Fragen weit links auszurichten. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass weitgehendere Vorschläge dann überzeugten, wenn wir diese direkt in Gesetzesform konkretisieren konnten. Neben der praktischen Mitarbeit beim Volksbegehren setzen wir vor allem eigene Akzente. Gegen die aktuelle Debatte um die Kosten der Energiewende bemühen wir uns, in der Berliner Öffentlichkeit die sozialen Alternativen des Energietisches starkzumachen. Und wir treiben die Vernetzung der verschiedenen »Tische« in Berlin voran, die alle - ob bei der Wasserversorgung oder der S-Bahn - für eine Demokratisierung gesellschaftlicher Grundgüter streiten.

Aber natürlich stößt der Energietisch auch schnell an die Grenzen dessen, was mit einem Volksbegehren umgesetzt werden kann. So kann das Stadtwerk nur ein weiterer Konkurrent auf dem Strommarkt sein, der sich dort gegen die kapitalistische Konkurrenz behaupten muss. Außerdem existieren rechtliche Restriktionen, die uns verbieten, soziale Stromtarife in das Volksbegehren aufzunehmen und dem Senat vorschreiben, die Netzkonzessionen öffentlich auszuschreiben, anstatt sie einfach per Regierungsbeschluss wieder in die öffentliche Hand zu übernehmen. Allerdings tritt das Bündnis in der politischen Debatte jenseits des Gesetzestextes weiterhin für soziale Stromtarife und die Anhebung der Hartz-IV-Sätze für Energie ein.

Dem Energietisch ist es gelungen, die Zukunft der Energieversorgung zu einem zentralen Konflikt in der Stadt Berlin zu machen. So solidarisieren sich nicht nur alle Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus (DIE LINKE, Grüne, Piraten) mit dem Energietisch. Auch der letzte Parteitag der Berliner SPD hat sich für eine Rekommunalisierung ausgesprochen und setzt damit die eigene SPD/CDU-Regierung unter Druck. Um einen möglichen politischen Dauerkonflikt zu verhindern, sahen sich die Koalitionsspitzen genötigt, ein eigenes Rekommunalisierungskonzept vorzulegen und persönlich beim Energietischplenum dafür zu werben - ohne Erfolg.

Vorbildcharakter Berlin

Weil der Gesetzesentwurf der Koalition - gerade im Hinblick auf die direktdemokratische Kontrolle - weit hinter den Forderungen des Energietisches zurückblieb, hat das Bündnis sich inzwischen einstimmig für den Start der zweiten Stufe des Volksbegehrens entschieden. Dafür müssen im Frühjahr 2013 mindestens 200.000 Unterschriften gesammelt werden - eine gute Gelegenheit, mit vielen Menschen in der Stadt über Themen wie Demokratisierung der Stromversorgung oder Energie als Grundrecht ins Gespräch zu kommen. Meistert der Energietisch auch diese Herausforderung, könnten die BerlinerInnen parallel zur Bundestagswahl im September 2013 in einem Volksentscheid, dessen Ergebnis für die Berliner Regierungsfractionen verbindlich ist, über ihre zukünftige Energieversorgung abstimmen.

Energiekämpfe werden in Berlin auch nach einem erfolgreichen Volksbegehren in jedem Fall weitergehen. Die Hoffnung besteht, dass das massenhafte Sammeln von Unterschriften zu einer Politisierung und Mobilisierung vieler Menschen führt, die nach 2013 ihre Energiepolitik nicht mehr aus der Hand geben wollen. Allerdings zeigt die Erfahrung mit erfolgreichen Volksbegehren auch, dass die Umsetzung der in Referenden zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Stimmung in konkrete Organisation schwierig ist. Trotzdem könnte das Berliner Beispiel im Erfolgsfall als neue Form direktdemokratischer Stadtwerke einen bundesweiten Vorbildcharakter bekommen, zumal in Hamburg gleichzeitig mit der Bundestagswahl ein ähnlicher Volksentscheid stattfinden wird. Die Möglichkeiten von Volksbegehren bzw. von (Re-)Kommunalisierungen unter progressiven Vorzeichen könnten auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen erprobt werden, um insgesamt eine Demokratisierung voranzutreiben. Damit könnte Vergesellschaftung von einem politischen Konzept zu einem manifesten Kampf um eine neue Form kollektiv ausgehandelter Bedürfnisbefriedigung werden.

Florian Frey und **Hendrik Sander** sind organisiert bei Für eine linke Strömung (FelS)/Interventionistische Linke (IL).

Anmerkung:

Dieser Artikel basiert auf gemeinsamen Diskussionen in der Klima-AG von FelS. Eine Broschüre der Interventionistischen Linken zum Thema Vergesellschaftung steht unter dazwischengehen.org zum Download bereit.



a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
 Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.
 Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich **AutorInnen und ak-Redaktion**
www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de

Soziale Bewegungen, ein Sprung in die Logik des Gemeinwohls ?

Dieses Diskussionspapier enthält theoretische wie praktische Reflexionen und hat deshalb 2 recht unterschiedliche Teile. Ich möchte damit eine in meinen Augen längst überfällige Debatte anstoßen.

1. Alle reden von Krise, ich lieber nicht

Mein Interesse an einer Analyse unserer derzeitigen Gesellschaft geht von der nach ihrer Veränderbarkeit, nach Möglichkeiten für ein praktisches Tun aus. Deshalb versuche ich den Kapitalismus von seiner Brüchigkeit her zu verstehen anstatt ihn als monolythischen Moloch zu sehen, der uns erdrückt, uns zu Objekten zu degenerieren versucht anstatt als handelnden Subjekten wahrzunehmen.

Wer nach anderen Wegen sucht, muss auch die eigene Sprache und Begrifflichkeit überdenken. Wenn wir davon ausgehen, dass die gängige, neoliberale Denkweise und Ebene nicht die unsrige ist, auch wenn wir durch sie täglich geprägt werden und sie häufig anwenden und reproduzieren, so sollten wir – die auf der Suche nach einer anderen Welt sind, einer Welt, in die viele Welten passen – zumindest zentrale Begriffe hinterfragen und ggf. nicht mehr verwenden.

Ich denke dabei an Einzelbegriffe wie z.B. „Effizienz“¹ oder auch „Zivilgesellschaft“². **Zentral scheint mir aber der Begriff „Krise“.**

Viele, auch kritische Geister, sprechen heute von verschiedenen Krisen: Finanz- Wirtschafts- oder Klimakrise, ökologische Krise, soziale, politische u.v.m. Das möchte

ich an dieser Stelle hinterfragen und zur Diskussion stellen.

Der gängige Gebrauch des Begriffs „Krise“ impliziert die Suche nach Wegen aus der Krise und vermittelt damit die Illusion als handle es sich um einen vorübergehenden Missetand, der durch geeignete Mittel überwunden werden könnte. „Und dann“, frage ich? Ist dann alles in Ordnung? Die Antwort heißt „Nein“, das wissen wir.

Darüber hinwegtäuschen können auch nicht diejenigen, die den unübersehbaren Zusammenhang zwischen den vielen Einzelkrisen herstellen. Denn es bleibt die Hoffnung auf eine krisenfreie, heile Welt im Kapitalismus.

„Die Krise“ wird immer mehr zum Subjekt, gemeinsam mit „den Märkten“ macht sie uns zu ihren Objekten, denen wir hilflos ausgesetzt scheinen. Durch die Umkehrung von Subjekt und Objekt unterwerfen wir uns ihren angeblich alternativlosen Zwangsmaßnahmen, auch wenn wir sehen, dass unsere Gesellschaft damit zusammenbricht, in Griechenland wird das gerade am deutlichsten sichtbar. „Unmenschlich“ würden Außenstehende – Marsmenschen zum Beispiel – diese Selbstzerstörung nennen und sie hätten Recht, denn nicht die Krise, nicht die Märkte sind die handelnden Subjekte, sondern Menschen, die diese Zustände schaffen und davon profitieren und andere, die sie verändern wollen und den Kapitalismus dennoch Tag täglich durch ihre Arbeit und ihren Konsum reproduzieren, wider Willen.

„Der Kapitalismus an sich ist die Krise“ (frei nach Marx), er hat viele Facetten und Erscheinungsformen, die uns als Einzelkrisen beschrieben werden. Handelt es sich hier nicht um eine weitere Form des vom Marx analysierten Fetischcharakters im Kapitalismus? Und wer oder was steckt dann dahinter?

Ich möchte diesen Gedanken – vielleicht besser, diese für mich offene Frage – an einem Beispiel erläutern:

Ersetzen wir den Begriff „ökologische Krise“ durch „Raubbau an der Natur, der zur Zerstörung unseres

Planeten führt“, so landen wir bei der Frage nach den Ursachen und damit unweigerlich bei der sich dahinter verbergenden Logik der Profitmaximierung, die alles zur Ware macht, um dem ökonomischen Wachstum keine Grenzen setzen zu müssen, auch wenn naturwissenschaftlich längst nachgewiesen wurde, dass exponentielles Wachstum – die Basis der Profitmaximierung – ins Absurde bzw. zur (Selbst-)Zerstörung führt.

Eine marxistische Krisentheorie - ich muss hier den von mir kritisierten Begriff doch benutzen³ – führt uns also zu der Frage nach der Brüchigkeit des Kapitalismus, also zu den Angriffspunkten für unser Tun. In der Terminologie von John Holloway⁴ zeigen uns diese krisenhaften Erscheinungen die Zerbrechlichkeit des Kapitalismus und damit Ansatzpunkte für Risse, die wir reißen können. Große Risse und kleine, alltägliche, wo immer wir menschlich statt systemkonform handeln, spontane Erhebungen bis hin zu großen Aufständen.

Die sozialen Bewegungen begreife ich als Risse in diesem Sinn.

2. Bürgerinitiativen, ein reformistischer Ansatz?

Ich wage nun den Sprung von der Theorie in die Praxis einer Mitbegründerin des „Berliner Wassertischs“ und später von „GiB“ (Gemeingut in BürgerInnehand), als Aktivistin für Gemeingüter und gegen den Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Praxis in all ihren Widersprüchen, vor allem aber in einem permanenten Spannungsbogen zwischen Euphorie, Alltag und Resignation. Ich will das kurz an der Geschichte des Berliner Wassertischs aufzeige.

Exkurs zur Geschichte des Berliner Wassertischs

1999 verkaufte der Berliner Senat 49,9% der Berliner Wasserbetriebe (BWB) an Veolia und RWE, damals nannte man das Teilprivatisierung. 10 Jahre später feierten es die Konzerne als das

gelingenste PPP-Projekt in der Republik und tatsächlich war es der bisher größte kommunale Verkauf von öffentlichem Eigentum in der Form von Public Private Partnership (PPP/ÖPP). Dagegen formierte sich Widerstand und 2006 gründeten engagierte Bürger_innen ohne Parteien und große Organisationen oder NGOs den „Berliner Wassertisch“, um die Rückabwicklung und damit Rekommunalisierung der BWB zu erreichen. Voraussetzung für eine mögliche Klage war, dass die Verträge öffentlich zugänglich sein mussten und deshalb startete der Berliner Wassertisch 2006 ein Referendum zur Offenlegung der Verträge. Die Berliner Verfassung erlaubt die Abstimmung über ein eigenes Gesetz (Volksgesetz) in drei Stufen: Antrag auf Volksbegehren (Minimum: 20 000 Unterschriften), Volksbegehren (170 000), Volksentscheid (25% aller Wahlberechtigten). Am 13.2.2011 schafften wir den ersten erfolgreichen Volksentscheid in Berlin: 666 235 (27,8%) gingen zur Wahl, davon stimmten 98,2% mit Ja.

Der Jubel war groß und wir hatten nach 6 Jahren intensiver Arbeit gegen den geballten Widerstand fast aller Parteien, des Berliner Senats im Besonderen und einer Blockade der öffentlichen Medien eine große Hürde genommen. Und doch fragen wir uns nach 2 Jahren: „Hat sich der riesige Einsatz gelohnt?“ Es würde zu lange gehen, die mühsamen folgenden 2 Jahre und die permanenten Vertuschungs- und Ablenkungsmanöver der Regierungspolitiker_innen im Detail darzustellen. Dazu findet sich mehr unter:

Details dazu siehe www.berliner-wassertisch.net. Deshalb hier nur ein kurzes Fazit:

Unser eigentliches Ziel, eine kostengünstige Rückabwicklung der Verträge mit RWE und Veolia und eine Rekommunalisierung der BWB unter Beteiligung der Bürger_innen, das haben wir bis heute nicht erreicht. Stattdessen kaufte der Senat die RWE-Anteil zu einem überhöhten Preis zurück (Gewinn bis 2028) und ging eine privatrechtliche Beutegemeinschaft mit Veolia ein, die diesen weiterhin die Geschäftsführung überlässt, eine scheinbare Rekommunalisierung also. Besser gesagt, eine betrügerische, denn die Form des Rückkaufs steht eindeutig im Widerspruch zu den Stimmen der 666 000 Berliner_innen und die SPD verkauft dies dennoch als Rekommunalisierung.

Was bedeutet das für unser Thema? Hätten wir Aktiven im Berliner Wassertisch in diesen nunmehr 8 Jahren nicht Sinnvolleres tun können, um diese Welt zu verändern? Ist das, einer veralteten Terminologie folgend, nicht als

reformistisch zu bezeichnen? Ich denke Nein und dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Akzeptiert man das Rissereißern in den Kapitalismus als eine Form der gesellschaftlichen Veränderung aus dem Inneren des Systems heraus, hat hierarchisches Denken keinen Platz. Denn wer, bitte schön, sollte von außen bestimmen, was für mich subjektiv gerade das „Richtige“ zu tun sei?

Ist es nicht gerade die Vielzahl der Risse, ein von außen betrachtetes Chaos, was uns so unberechenbar und damit auch gefährlich macht?

2. Aber fast wichtiger erscheint mir die Frage, „haben wir wirklich nichts verändert“? „Doch“, würde ich sagen, „sogar eine ganze Menge“.

Wir selbst, die Aktiven, haben uns verändert. Wir haben uns ein großes Wissen über Wasser und Wasserwirtschaft angeeignet, das uns in die Lage versetzt gegen die Propaganda der Privatisierenden anzutreten.

Wir sind als Gruppe zusammengewachsen, ein Fakt, der in Zeiten der zunehmenden Vereinzelung nicht unterschätzt werden sollte. Wir wissen doch, „allein machen sie dich ein“.

Wir haben eine Diskussion begonnen, wie eine Wasserversorgung in Bürger_innenhand in einer Großstadt aussehen könnte und haben Kontakte geknüpft zu anderen Kommunen, wie z.B. Paris, die Veolia schon rausgeschmissen haben.

Aber nicht nur das, einige sind über die Grenzen hinweg in der globalen Wasserfriedensbewegung aktiv und haben das Europäische Wassernetzwerk mit gegründet. Es sind sicher nicht nur wir aus Berlin, aber wir haben durch unseren Volksentscheid auch dazu beigetragen in der Bundesrepublik eine politische Kultur zu entwickeln, die dazu führte, dass wir im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, innerhalb kurzer Zeit es geschafft haben für das Europäische Bürgerbegehren „Menschenrecht Wasser“ eine Million Unterschriften zu

sammeln und damit haben wir das Thema Wasser in die öffentliche Debatte gebracht.

Last not least, wir haben die politische Landschaft in Berlin verändert. Durch unseren gewonnenen Volksentscheid, den ersten in der Geschichte dieser Stadt, haben wir anderen Mut gemacht. Weitere Tische sind entstanden, auch wenn mit uns nicht identisch, es gibt einen S-Bahn-Tisch und einen Energietisch und beide haben binnen kürzester Zeit die notwendigen Unterschriften gesammelt. Wir haben sozusagen eine Bresche ins politische Geflecht geschlagen, jede neue Initiative schafft es noch schneller, für jede Hürde die notwendigen Unterschriften zu sammeln.

3. In der Auseinandersetzung mit Politiker_innen, die unser gemeinschaftliches Eigentum an private, profitorientierte Konzerne verschleudern, ist ein kritisches Bewusstsein enorm gewachsen, auch oder gerade unter denjenigen, die sich zuvor nicht oder wenig politisch eingemischt hatten. Ein Bewusstsein, dass wir so wichtige Dinge, wie das Lebenselixier Wasser, nicht Politiker_innen alleine und schon gar nicht privaten Konzernen überlassen dürfen, dass die Logik der Profitmaximierung in Bereichen der elementaren Daseinsvorsorge, der Grundlage unseres Lebens also, nichts zu suchen haben dürfte.

Parallel zudem konkreten Kampf gegen den Berliner Senat und die Konzerne, den wir noch nicht gewonnen haben und der uns viel Energie gekostet hat und noch kostet, versuchen wir auch Möglichkeiten einer kostengünstigen, ökologischen, sozialen, nachhaltigen und partizipativen Wasserversorgung in öffentlicher Hand zu entwickeln.

Wir diskutieren, wie eine am Gemeinwohl orientierte Daseinsvorsorge aussehen könnte. Auf dem alternativen Wasserforum in Marseille im März 2012 formulierten die Teilnehmer_innen aus vielen europäischen Ländern das folgendermaßen: „Um unsere Gemeingüter zu erhalten und zurückzuerobern, müssen wir einen Sprung wagen aus der neoliberalen Logik des Kapitalismus, die alles in Waren verwandelt. Wir müssen hin zu einer neuen Logik des Gemeinwohls.“

Wie, das weiß ich nicht, das können wir in dieser und vielen anderen sozialen Bewegungen nur gemeinsam Stück für Stück entwickeln, jede und jeder an seinem Platz, beim Wasser, der Energie, dem Wohnen, der Gesundheit oder wo auch immer. Packen wir's an.

Anmerkungen:

1. Effizient für wen? Diese Frage würde schnell den rein betriebswirtschaftlichen, am Profit orientierten Charakter des Begriffs verdeutlichen, eine Effizienz auf Kosten der Beschäftigten in der Regel. Nach einer am Gemeinwohl orientierten Betrachtung würde es z.B. durchaus Sinn machen, möglichst vielen Menschen Arbeit unter guten Bedingungen anzubieten, den Profit würde das allerdings schmälern. Dies gilt auch für viele staatliche Betriebe.
2. Zivilgesellschaft, wer ist damit gemeint? Und wer sind dann die anderen? Warum gibt es in der öffentlichen Debatte keinen Begriff für die Gegenseite? Wenn es richtig ist, dass der Begriff ursprünglich aus dem Militärbereich stammt, warum akzeptieren wir ihn dann? Sollten diejenigen, welche den Begriff benutzen, was ich ablehne, die politische, wirtschaftliche und militärische Machtelite als Gegenpol zur Zivilgesellschaft nicht klarer benennen? Dann würde schnell deutlich, warum bei zunehmendem Versagen von Politik und Wirtschaft gerade von Parteivertreter_innen immer mehr an die sog. Zivilgesellschaft appelliert wird.
3. Es stellt sich für mich die Frage, in wieweit der marx'sche Krisenbegriff sich grundsätzlich von dem derzeit benutzten unterscheidet.
4. John Holloway, Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2006

John Holloway, Kapitalismus aufbrechen, Münster 2010

Berlin, 26.2.2013, Dorothea Härlin
(dorotheaerlin@gmx.de)

Mitglied bei www.berliner.wassertisch.net und
www.gemeingut.org

Crisis?

What Crisis?

Die Linke und die Biokrise

Das Gespenst der Biokrise geht um, auch in Europa. Aber bei der Linken in Deutschland scheint sie bisher nur als rhetorische Figur und Nebenwiderspruch angekommen zu sein. Die Frage, was genau wir ändern müssten, damit es bei endlichen Ressourcen und übernutzten Naturräumen Klimagerechtigkeit geben kann, diese Frage hat sich die Linke in Deutschland noch nicht wirklich gestellt. Denn dann landen wir bei der Erkenntnis, dass es ohne Negativwachstum, ohne eine schrumpfende Ökonomie im globalen Norden nicht geht. Nur so haben die Länder des globalen Südens eine Chance, ihre Infrastruktur und ihre Ressourcennutzung bis zur sogenannten «dignity line» auszubauen, ohne dass der Totalkollaps der Ökosphäre unvermeidlich wird. Wie genau hält es die Linke mit dem kapitalistischen Wachstumsimperativ und was haben wir jenseits der Forderung »Alles für Alle« dem herrschenden Diskurs entgegensetzen?

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bemühen sich die Regierungen, den Rückgang der Wirtschaftsleistung zu begrenzen und mit Hilfe von Konjunkturpaketen

und der Rettung von Banken möglichst schnell wieder positive Wachstumsraten herbeizuführen. Selbst der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, scheint seinen Glauben in die Selbstheilungskräfte der Märkte verloren zu haben und befürwortet staatliche Interventionen. Vergessen scheinen die Zeiten, in denen allorts von Kürzungen der Staatsausgaben die Rede war, die vor allem zu Lasten derjenigen gingen, die auf die öffentliche Infrastruktur und sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund ist es

nur folgerichtig, dass die Linke die Verteilungswirkungen der Krisenbearbeitung ins Zentrum ihrer Kritik rückt. Die radikale Linke verweist darüber hinaus auf den systemischen Charakter der Krise, die Instabilität kapitalistischer Vergesellschaftung im Allgemeinen und die des Neoliberalismus im Besonderen. Eine Kritik jedoch, die lediglich die Art und Weise, wie die kapitalistische Wachstumsökonomie wieder auf einen dynamischen Pfad geführt werden soll, zum Gegenstand hat, ignoriert die voranschreitende Zerstörung der »natürlichen« Lebensgrundlagen in Folge der Produktivkraftentwicklung und der Krisenhaftigkeit der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Diese Leerstelle der Linken in der Bearbeitung der Wirtschaftskrise ist keineswegs eine Ausnahmeerscheinung, sondern Ausdruck der Weigerung, kapitalismuskritische Positionen von einem sozialökologischen Standpunkt aus zu entwickeln. Doch auf welchen Fundamenten könnte eine linke Wachstumskritik stehen?

arranca!

48/49

Die Frage nach den Grenzen des Wachstums

Der Begriff Wachstum als Vergleichsmaßstab des volkswirtschaftlichen Outputs wurde im 20. Jahrhundert, in der Phase des Fordismus, populär. Fließbandproduktion, Standardisierung der Produkte, technische Weiterentwicklungen und die Er kämpfung relativ hoher Löhne in Folge gewerkschaftlicher Organisation sorgten für ein stetiges Anwachsen der Wirtschaftsleistung. Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien waren Teil der den Fordismus tragenden Kräftekonstellation, die Gesellschaften wurden darauf getrimmt durch einen stetigen Zuwachs der Wirtschaftsleistung den Systemwettbewerb zu gewinnen und Verteilungskonflikte klein zu halten. So hatten auch die ArbeiterInnen an den Früchten des Wirtschaftswachstums teil, die Monotonisierung der Arbeitsabläufe wurde durch das Versprechen auf ein ständig steigendes Konsumniveau, welches die Eintönigkeit kompensieren sollte, mit ermöglicht. Der Sinn und Zweck des Arbeitens verlagerte sich von der produktiven Tätigkeit an sich, hin zur Erzielung eines möglichst hohen Einkommens. »Mehr ist besser« lautete die Devise.

Dieses imperativische »Mehr«, welches auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens basiert, hat neben der gesellschaftlichen Dimension tief greifende Auswirkungen auf die Naturverhältnisse. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wurde zwar in den 1970er und 1980er Jahren von der Umweltbewegung thematisiert, die Frage nach den Grenzen des Wachstums

aufgeworfen und in Folge dessen »Umweltthemen« in den Fokus des politischen Establishments gerückt. Allerdings wurden die ökologischen Fragen aus Sicht der Herrschenden erfolgreich »entschärft«, die Grenzen des Wachstums wurden in das Wachstum der Grenzen transformiert: mit der fortschreitenden technischen Entwicklung – so die bis heute dominante Vorstellung – lässt sich der wirtschaftliche Output immer weiter steigern. Wachstumsgrenzen wachsen mit der kapitalistischen Innovationsgeschwindigkeit. Einige umweltpolitische Regelwerke, die einem fortgesetzten Wirtschaftswachstum nicht im Wege standen, wurden eingeführt, während sich die Umweltbewegung nach und nach institutionalisierte. Die hegemoniale Stellung des »Mehr ist besser« wurde erfolgreich verteidigt.

Ökonomisches Schrumpfen und Verzichtsrhetorik

Seit dem Jahr 2006 wird verstärkt über ein altbekanntes, bis dahin jedoch eher stiefmütterlich behandeltes Thema diskutiert, den Klimawandel. Eine immer wieder in die öffentliche Debatte eingeworfene Strategie, wie dem Klimawandel begegnet werden sollte, ist die Begrenzung des individuellen CO₂ Budgets auf zwei Tonnen pro Kopf und Jahr. In Deutschland sind wir gegenwärtig etwa beim Fünffachen dieses Wertes angelangt. Abgesehen davon, dass die Umsetzung dieses Vorschlags nicht ohne zusätzliche Überwachungsmechanismen durchsetzbar wäre, zielt dieser Ansatz auf eine individualisierte, rein auf das Kon-

sumverhalten ausgerichtete Problembearbeitung ab. Nicht die auf Grenzenlosigkeit ausgerichtete kapitalistische Produktionsweise wird als Ursache des Klimawandels ausgemacht, die anzugehen ist, sondern das Konsumverhalten der Einzelnen. So ist es nur folgerichtig, dass beispielsweise der weltweit wohl meistbeachtete Klimareport von Nicolas Stern Investitionen in die Erforschung »kohlenstoffarmer Produkte« und eine von oben induzierte Änderung der Konsumnormen als zentrale Pfeiler im Kampf gegen den Klimawandel ansieht. Solche Ideen stoßen bei Teilen der Klimabewegung durchaus auf offene Ohren.

Diese, auf das individuelle Konsumniveau abzielende, Debatte erinnert daran, mit welchen Argumenten unter neoliberalen Vorzeichen massiver Sozialabbau durchgesetzt wird: »Wir leben über unsere Verhältnisse, wir müssen privat für das Alter vorsorgen, wir müssen alle den Gürtel enger schnallen.«

Die Forderung nach Minuswachstum, die gleichbedeutend mit einem Rückgang des gesamtgesellschaftlichen Konsumniveaus ist, ist also durchaus problematisch. Schließlich wollen wir ganz sicher nicht in das gleiche Horn blasen wie diejenigen, die ausgerechnet denjenigen Verzicht predigen, die ohnehin zunehmend in Armut gedrängt werden.

Am heikelsten ist die Forderung nach wirtschaftlicher Schrumpfung jedoch, weil diese zunächst relativ abstrakt erscheinende Forderung auf die individuelle Ebene herunter gebrochen, zu unangenehmen Fragen führt. Wie würde sich mein/unser Lebensstil verändern müssen, wenn wir in einer klimagerechten Welt leben würden? Selbst bei der konsequenten Nutzung erneuerbarer Energieträger, die durchweg weder CO₂-neutral sind, noch eine grenzenlose Energiegewinnung versprechen, ist nicht davon auszugehen, dass sich das Konsumniveau der Mehrheit der Gesellschaften des Nordens und einiger Eliten des Südens, also der globalen HochverbraucherInnen, aufrechterhalten ließe. Dies ist kein angenehmes Szenario. Kann es sein, dass auch wir Linken im globalen Norden uns recht bequem eingerichtet haben und das Credo »Mehr ist besser« erst bei sehr hohen Einkommen ablehnen?

Sollten wir, angesichts der Gefahr, wir könnten uns der »Verzichtsrhetorik« schuldig machen, die Finger von Wachstumskritik und der Beleuchtung gesellschaftlicher Naturverhältnisse lassen und weiterhin getreu des Mottos »Alles für alle« Politik machen? Ganz sicher nicht. Der Klimawandel, das Artensterben, die Ausbreitung von Wüsten, Wasserknappheiten und viele andere Krisensymptome sind Ausdruck der voranschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und des Ökosystems, auf das wir alle angewiesen sind. Diese destruktiven Entwicklungen sind in erster Linie auf den Wachstumsimperativ, den in den kapitalistischen Verhältnissen angelegten Zwang zur Akkumulation von Kapital, zurückzuführen. Die ökologisch vermittelten Krisensymptome sind auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, besitzen jedoch eine eigene Dynamik, die von der kapitalistischen Logik negiert wird. Die »Natur« wird den kapitalistischen Interessen gemäß zugerichtet, die Umweltpolitik bewegt sich bis heute immer im Rahmen des ökonomisch »vertretbaren«; daran ändert der Einwand, dass »Natur« gesellschaftlich konstruiert ist, gar nichts. Im Gegenteil, oft genug handelt es sich bei diesem Einwand um den Versuch, gerade von Linken, sich den Fragen nach einem sorgsam Umgang mit der Biosphäre, von der wir ein Teil sind, nicht zu stellen.

Die Politik des Klimawandels

Der Klimawandel sorgt bereits heute für eine Zuspitzung sozialer Auseinandersetzungen.

eine Zuspitzung sozialer Auseinandersetzungen. Im globalen Süden werden die Lebensbedingungen breiter Massen immer prekärer. Die politische Bearbeitung des Klimawandels, beispielsweise durch die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls und im besonderen des *Clean Development Mechanism* verschlimmern die »natürlichen« Auswirkungen des Klimawandels. Unter dem Deckmantel einer sauberen Entwicklung werden Indigene von ihrem Land vertrieben, um Platz für Windparks zu schaffen oder Staudammprojekte zu realisieren. Eine linke, internationalistische Perspektive kann nicht einfach die katastrophalen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums und die Krisenhaftigkeit der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ignorieren.

Wie also könnte eine Perspektive aussehen, die weder eindimensionaler individualistischer Verzichtsrhetorik, wie sie viele konsumkritische Ansätze vertreten, das Wort redet, noch die Naturgebundenheit unseres Daseins außer acht lässt? Während Marx die ungebremste Produktivkraftentwicklung begrüßte, weil sie seiner Einschätzung nach die Möglichkeiten einer revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse erhöhte, hat der Lauf der Geschichte diese Hoffnung widerlegt. Die Linke hat weder ein Transformationsprojekt, noch eine Utopie, wie eine postkapitalistische Gesellschaft aussehen könnte.

Um dies zu ändern, müssen wir anfangen über gesellschaftlicher Alternativen im Hier und Jetzt nachzudenken. Das muss auf zwei Ebenen geschehen: Einmal müs-

sen wir radikal unsere Vorstellungen von Arbeit und Produktion in Frage stellen, etwa in der Autoindustrie. Dafür müssten neue Verkehrskonzepte jenseits des Autos als individuellem Fortbewegungsmittel erarbeitet und umgesetzt werden. Gleichzeitig ginge kein Weg vorbei an radikaler Arbeitszeitverkürzung, bedingungslosem Grundeinkommen und einer Umwertung und Umverteilung von Lohnarbeit und anderen Formen von Arbeit; eine Diskussion, die Feministinnen schon in den 1980ern forcierten, und die jetzt wieder an Aktualität gewinnt. Schon an diesem einen Beispiel ist zu sehen, dass Klimagerechtigkeit ohne den völligen gesellschaftlichen Umbau nicht zu haben ist. Dieser Umbau kann aber nur funktionieren, wenn sich auch auf der Mikroebene etwas ändert: Food-Coops, Formen des kollektiven Wohnens und Arbeitens, Kämpfe gegen Autobahnbau und für autofreie Städte, Kollektivierung und Dezentralisierung von Produktionsprozessen und die Aneignung und Dezentralisierung der Energieproduktion, was einen Kampf gegen die großen Energieproduzenten einschließt. Diese Initiativen erproben Alternativen zu individualisierten Lebensentwürfen und Konsumzwang und fordern die bestehenden Verhältnisse heraus. Um ein ganz anderes Ganzes zu erkämpfen, muss die Linke in den Industrieländern die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen angehen und sich offensiv und kreativ mit progressiven wachstums- und konsumkritischen Ansätzen beschäftigen.

Fels-Klima-AG

arranca!

50/51

Driving

Who's driving the problem

When you begin to look into the drivers of climate change who are participating in COP-15, they seem to merge into one another – a greyness of purpose; a doggedness that results from an absolute faith in the capacity of capitalism to solve any problem. They certainly don't believe, as Albert Einstein said, that "We cannot solve our problems with the same thinking we used when we created them." It is in fact this same thinking that defines their world. If they get their way at Copenhagen, the only change we can be sure of is runaway climate change.

Here's a quick look at these players on an individual basis (You might of course keep them in mind when you're thinking about actions):

DEFENDING BUSINESS (or It's all about the money!)

From the horse's mouth: "Companies lobby on matters affecting the bottom line. Ultimately, every piece of legislation that could hurt is scrutinised, and positions formed accordingly." [www.climatechange.org.com]
Corporate lobbying on climate change is big business. US companies have spent over \$90 million in the past year to influence climate change policy.

Corporate lobbyists act with massive backing to defend the primacy of the 'free' market. If climate change is acknowledged at all it becomes a piece to be positioned in this Great Game. PR companies like Edelman will be hovering in the background, watching closely, eager to jump in with spin. Lobbyists for the burgeoning carbon trading industry, like the International Emissions Trading Association, will be there too – pushing for versions of carbon trading that best serve the markets (and change nothing). Other names to

look out for include the International Chamber of Commerce, the International Air Transport Association and the World Business Council for Sustainable Development.

DEFENDING THE PLANET (or It's all about the money?)

Non-Governmental Organisations (NGOs) often play a similar role to the lobbyists, working on the basis that the system is not to be messed with. The blurring of divides can be seen when for example Kate Hampton, formerly of Friends of the Earth International, move across to 'Climate Change Capital' – a company that spells out its purpose clearly.

As Northern NGOs have created and sustained the disastrous development industry, which claims to 'aid' poverty but instead facilitates corporate colonialism, so they will go on to do the same with climate change. For many NGOs such as the World Resources Institute and the Environmental Defence Foundation its all about market-based 'solutions.'



Resistance

How people have resisted

"There's no 'environmental catastrophe.'
Our environment itself is the catastrophe."
L'insurrection qui vient

Climate change is not only an environmental crisis. It is a crisis of how we organize our social relationships - relationships which ensure our mutual survival. Every species evolves under particular environmental conditions, and for humans, our main evolutionary advantage is the social relationships that organise our production of food, clothing, and shelter. Until the financial crisis, it was fashionable to believe that a combination of representative democracy and global industrial capitalism was 'the end of history'. Yet, as the world follows the same trajectory as Europe and North America and carbon emissions skyrocket, it has become stunningly apparent that this carbon-based growth cannot go on forever without leaving our children to inherit a wasteland. History needs to be remade: but how?

that carbon-intensive industrial capitalism didn't just drop out of the sky, but came about in the course of a series of often violent revolts, from the English Civil War to the American and French revolutions. Less than two hundred years ago, these revolutions propelled the bourgeoisie – who had lived a marginalized way of life at the fringes of feudal society – to global domination. But, let us not forget that as feudalism transitioned to capitalism, there were vast movements of resistance: from the Diggers to the resistance to the Clearances, the vast majority of the ancestors of Europeans fought to keep their communal farm lands and fought not to be driven into factories.

Even when they congregated together in factories, instead of being obedient slaves, revolts like the Paris Commune nearly overthrew the newly established bourgeoisie governments. This resistance to the early incarnation of capitalism created powerful workers unions, and a new way of life, a proud tradition that gave us today much that we take for granted. Think of

universal health care and the eight-hour working day.

While resistance these days is weak in Europe, networks of resistance reach far outside Europe; globally, people from all walks of life are defending themselves and their traditions, and sharing a vision of a better world. Such resistance is as varied as the ways of life to be defended: from armed struggle of the nomadic Tuareg (faced with extinction when Europeans discovered uranium under the Sahara) to the allotments movement in Britain. While the exact forms vary wildly, the message is the same: our way of life must not be subsumed into global industrial capitalism.

Increasingly, a movement for an end to catastrophic climate change and for a just transition is emerging. One could argue that these movements never change anything. What is the point of going to protest about carbon trading at the UN's December Copenhagen Summit or shutting down construction of the third runway at Heathrow? Why not just petition the government or personally reduce your carbon consumption? Governments of course regularly

Ways of life change all the time. Remember

Reader BUKO Gesnat Seminar 5. bis 7. April 2013 in Meuchefitz, Wendland

DEFENDING THE 'CIVILISED' WORLD

(or It's all about the money)

Northern industrialised countries are constantly pointing the finger at China and India in the debate (he went that way!!). Failure to act is seen across the board. Grand claims, like the UK's Climate Change Bill, are meaningless in the face of continued fossil fuel expansion. Maybe with carbon trading there'll be cuts in emissions on paper, but that just won't cut it with the real world. These countries are all governed by the fossil fuel industries that fuel their economies.

So let's be clear, COP is an exclusive process weighted towards the countries with most power, refusing entry to indigenous delegations, overpowering the Small Island States and failing democracy the world over.

ignore petitions, and a group of people changing their consumption habits has little effect while the gigantic industries continue to belch out CO2.

Yet an alternative view of history shows that social movements committed to direct action have been incredibly successful in invoking social change.

In the UK in the 1980s the non-violent civil disobedience of the anti-nuclear movement stopped the construction of new nuclear power plants, while in the 1990s the anti-roads movements halted the destruction of the countryside and small villages. More recently, the anti-globalisation movement has reduced the power of global institutions like the International Monetary Fund, which disciplines developing countries for the benefit of the developed countries' elites, to broken shadows of their former selves. Far from being a waste of time, the one thing that is almost guaranteed to prevent catastrophic climate change is a massive social movement committed to direct action against the root causes of climate change. Within such movements, there are a multitude of roles to play, and everyone - not just those

A BEACON OF HOPE

(or It's all about the money)

The warmth with which President Obama was welcomed was in no small part fuelled by the relief felt at the departure of climate-change-denier Dubble-Yer. But Obama is an open disciple of the Market, and climate change will just have to fit in. Recent concessions made to the US coal industry foreshadow the US's stance at Copenhagen.

DEFENDING CAPITALISM

(or It's all about the money. Period.)

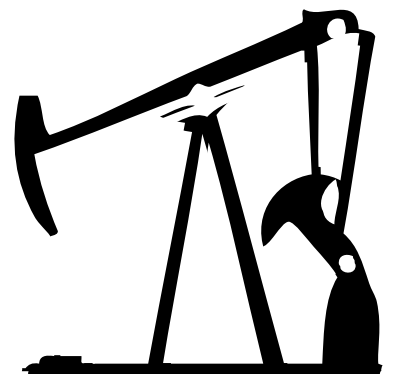
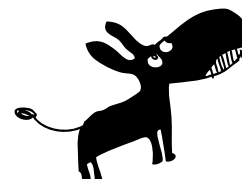
International Financial Institutions exist to oil the wheels of the global economy and to help make sure the money stays in the North. At Copenhagen, the World Bank, International Monetary Fund and the World Trade Organisation will continue to defend these interests. They'll key into the lucrative business of carbon trading and ensure that Southern countries continue to be locked into cycles of dependency. Plus ça change.

people who can risk arrest - is needed to fulfill all sorts of creative roles.

Objectively, science is telling us that the very environment we all depend on is being destroyed. What holds us in line are our own deep-set assumptions about how social change occurs, and a way of life based on hyper-production to fuel endless consumption (a consumption that leaves many of us strangely empty at the end of the day). Yet, ideology can change in the blink of an eye. If people organise themselves to resist, humanity has a chance of survival and collective prosperity. Resistance to climate change is not just an issue of a few drop-out anarchist hippies and well-meaning middle-class green campaigners - it's the latest incarnation of a long tradition, ranging from union struggles to protecting indigenous ways of life to the women's movement. A newly re-emergent global giant that has just begun to awaken. Despite the rhetoric of Margaret Thatcher that "There is No Alternative," there has always been an alternative. In the face of catastrophic climate change, alternatives to business-as-usual are the only way out.



THE NODDING
DONKEY!
WHAT A DISGRACE
TO OUR NAME





COP 6 – The Hague 1999

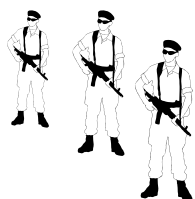
The Rising Tide coalition forms to oppose the use of carbon trading in the climate talks, and stages a series of direct actions over the course of the summit, including a mass conference invasion. The head of the US delegation gets a pie in his face during a live press conference.

COP 6 bis – Bonn 2000

Eight activists lock on to each other and block the road during a climate demonstration, and demand to speak of climate justice principles to the delegates inside the conference centre. The police end up forcibly removing the hundreds of people who spontaneously surround and protect the

COP 9 – Milan 2003

Greenpeace activists paint an enormous "Quit Coal" slogan on an Italian coal fired power station while the talks are in session. GenderCC - an international network of women for climate justice is formed during the COP.



Quelle dieses Auszugs:

deal or no deal?

The Copenhagen UN climate talks



Protesters from the Indonesian Civil Society Forum at the UN Climate Talks in Bali.

COP 11 – Montreal 2005

The Climate Justice Centre operates for the duration of the talks, acting as a meeting space, platform and action planning space for Southern groups, Indigenous Peoples' Organisations and the Durban Group for Climate Justice.

COP 13 – Bali 2007

Indigenous people wear symbolic gags in protest against their exclusion from key meetings at the talks. A coalition of NGOs, social movements and Indigenous Peoples' Organisations storm a press conference to launch the World Bank's Forest Carbon Partnership Facility.

COP 14 – Poznan 2008

Groups gather outside the International Emissions Trading Association (IETA) building to protest against the World Bank's role in the climate talks.

"The central problem, it is becoming increasingly clear, is a mode of production whose main dynamic is the transformation of living nature into dead commodities creating tremendous waste in the process. The driver of this process is consumption - or more appropriately over-consumption - and the motivation is profit or capital accumulation: Capitalism, in short."

– Walden Bello on climate change, Focus on the Global South

Englischsprachige Fassung des Textes erschienen in: EYFA (2012): EYFA Youth Gathering at the Energy Democracy and Anti-Nuclear Camp, Lubiatowo, Poland July 23-29, 2012. Online verfügbar unter: http://eyfa.org/activities/projects2/anti_nuclear_camp

Atomkraft als Klimaschutz?

Zu Krise, Herrschaft und Perspektiven sozialen Wandels

Philip Bedall

Die *Katastrophe von Fukushima* führte 2011 vor Augen, wie desaströs Atomenergie wirken kann. Zugleich offenbarte sie, dass derartige Katastrophen nicht mit einer grundsätzlichen Veränderung von Politik einhergehen müssen. Dementsprechend lässt sich weltweit ein Ausstieg aus der Nutzung der Atom-Energie momentan nicht ausmachen. Japan reaktivierte gar seine temporär stillgelegten AKWs und Polen plant ein Atomprogramm, dass den Neubau mehrerer Atomkraftwerke vorsieht. Oftmals wird dabei gerade die Atomenergie als ein Argument aufgeführt, wenn es darum geht dem Klimawandel zu begegnen. Die nukleare Energie sei klimafreundlich, da sie geringe Emissionen von Treibhausgasen aufweisen würde (ein Argument, dass zumal – wird der gesamte Stoffkreislauf der Energiegewinnung betrachtet – selbst stark umstritten ist). Das globale Menschheitsproblem „Klimawandel“ könne, so die grundlegende These, technologisch gelöst werden. Eine solche Perspektive auf Atomkraft als Klimaschutzmaßnahme verkürzt jedoch die Überwindung der *Klimakrise* auf die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

Klimawandel als umfassende Gesellschaftskrise

Die Klimakrise ist jedoch nicht nur ein Problem des globalen Kohlenstoffhaushalts. Es gibt keine gemeinsame Bedrohungslage oder ein kollektives Interesse an einer Problemlösung. Hingegen müssen die Ursachen wie auch Auswirkungen der Krise zeitlich, räumlich und sozial differenziert betrachtet werden. Gefragt werden muss, von wem, an welchem Ort und zu welcher Zeit bzw. unter welchen Bedingungen ein Emissionsanstieg zu verantwortet ist bzw. wo und wer unter welchen Bedingungen von Klimaveränderungen betroffen ist. So haben alleine die G8-Staaten die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen zu verantworten und längst ist eine spezifische Produktions- und Konsumptionsweise als wesentliche Ursache von Klimaveränderungen identifiziert. Gerade die Menschen und Regionen, die besonders von Armut betroffen sind, die ohnehin über wenig Zugang zu Ressourcen und politische Macht verfügen, sind den Folgen der Klimaveränderungen in erhöhtem Maße ausgesetzt.

Der Klimawandel ist Ausdruck einer fundamentalen Gesellschaftskrise – einer umfassenden Krise gesellschaftlicher Entwicklung und der sie tragenden Naturverhältnisse. Diese Krise ist geprägt durch soziale Herrschaftsverhältnisse: zwischen den Geschlechtern, zwischen globalem Norden und globalem Süden, zwischen Arm und Reich, usw.

Herrschaft in der Klima- und Energiepolitik

Die gegenwärtig vorherrschende Klima- und Energiepolitik stellt Herrschaftsverhältnisse jedoch nicht in Frage. Dies zeigt sich bspw. dann, wenn die Energieversorgung in die Hände von Großkonzernen gelegt wird, die auf die Risikotechnologie Atomkraft setzen (aktuelles Beispiel: Polen) anstatt eine dezentrale Versorgung durch solare Energien in öffentlicher Hand zu forcieren. Deutlich wird dies darüber hinaus, wenn auf Agrotreibstoffe gesetzt wird, um eine bislang fossil angetriebene Mobilitätsflotte und am Leben zu erhalten. Großzügig hinweggesehen wird dabei darüber, dass die hierfür notwendigen, großflächigen Monokulturen die Regenwälder und die Biodiversität vernichten und kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Beides hat massive Auswirkungen auf das Klima und die globale Gerechtigkeit. Die Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen zeigt sich im Weiteren im Clean-Development-Mechanism des Kyoto-Protokolls der den Industrieländern unliebsame Maßnahmen zur Emissions-Reduktion anhand von kostengünstigeren Projekten im globalen Süden, wie dem Bau von Staudämmen, abzuschreiben ermöglicht – Projekte, deren Treibhausgas-reduzierender Effekt jedoch oftmals höchst zweifelhaft ist und die zugleich neue lokale bis regionale sozial-ökologische Konflikte erzeugen. Im dominanten diskursiven und praktischen Umgang mit dem Klimawandel zeigt sich die Reproduktion sozialer und ökologischer Ungerechtigkeiten. Öko-koloniale Strukturen werden etabliert und aufrechterhalten.

Deutlich wird: Ein emanzipatorischer Umgang mit der Krise macht eine gesellschaftliche Transformation erforderlich. Herrschaftsverhältnisse müssen zur Disposition gestellt werden. Darin unterscheidet sich eine radikal-demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse von dem, was mit dem inflationär gebrauchten Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ in Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen versucht wird zu erreichen.

Glokale Bewegungen für Transformation

Herrschaftsverhältnisse und Akteur_innen in spezifischen sozialen Auseinandersetzungen zu kritisieren und anzugreifen, die zu materieller Not und Repression beitragen, die die Lebenssituation von Menschen auch an anderen Orten der Welt bestimmen ist ein wichtiger Teil *internationalistischer* Politik. Denn: Unterdrückung resultiert aus einer Vielzahl an

Machtverhältnissen in verschiedenen Kontexten (seien es rassistische, sexistische oder klassistische Verhältnisse), die soziale Bewegungen auf lokaler, regionaler, nationaler oder internationaler Ebene zum Ort sozialer Auseinandersetzungen machen können. Internationalistische Politik bedeutet dabei, die Lebensrealitäten und politischen Forderungen von Menschen in anderen Teilen der Welt in den eigenen Kämpfen systematisch mitzudenken und sich in den spezifischen sozialen Auseinandersetzungen solidarisch aufeinander zu beziehen, mit dem Ziel der Schaffung einer anderen, gerechteren Welt. Es geht insofern nicht um Solidarität mit „unterdrückten Anderen“, sondern darum die Eigenständigkeit der „Anderen“ als politische Subjekte anzuerkennen und uns zugleich als Teil der „Unterdrückten“.

In Klima- und Energiekämpfen spiegelt sich ein derartiges Verständnis von Internationalismus in den Forderungen nach Climate Justice oder Just Transition wieder. Beide Forderungen zielen nicht auf einseitige Solidarität, sondern auf Lösungswege aus einem global verwobenen Krisenkonglomerat, das Menschen weltweit direkt betrifft – als Verursacher, Betroffene oder eben beides zugleich. Eine gerechte Bearbeitung dieser sozialen und ökologischen Krise erfordert es, Widersprüche aufzulösen, die sich aus Betroffenheit und gleichzeitiger Verursachung ergeben. Widersprüche die sich beispielsweise zeigen, wenn Gewerkschaften des Automobilsektors in einer Zeit des sich verschärfenden Klimawandels mehr Wachstum fordern oder wenn eine Abkehr vom Atomstrom mit der Zuwendung zu fossilen Energien einhergeht. Es bedarf strategischer Bündnisse in denen partikuläre Forderungen miteinander in Bezug gesetzt werden und in denen ausgehandelt wird, was soziale und ökologische Gerechtigkeit eigentlich bedeutet. Für eine klima- und energiepolitische Praxis bedeutet dies: Klimagerechtigkeit und sozial-ökologischer Umbau können nur global vereint unter lokalen Gegebenheiten erkämpft werden.

Es geht nicht um Eisbären - Soziale und ökologische Kämpfe zusammen führen!

*Aufruf zu den Protesten in Frankfurt vom
16. - 19. Mai 2012*

Vom 16.-19. Mai 2012 werden Tausende Menschen die Straßen von Frankfurt übernehmen. Das Spar-diktat der „Troika“ aus EZB, IWF und EU-Kommission, welches federführend von der deutschen Regierung durchgesetzt wurde, bleibt endlich auch in Deutschland nicht länger ohne Widerspruch.

Die Krise ist nicht nur als Euro-, Schulden- oder Bankenkrise greifbar, sie ist vielmehr eine grundlegende Krise unserer gesamten Lebensverhältnisse:

Das herrschende **Wirtschaftssystem** beinhaltet einen strukturell bedingten Zwang zu **Konkurrenz** und permanenter **Expansion** (verharmlosend „Wachstum“ genannt) und **zerstört** so in umfassender und schnell fortschreitender Weise die **natürlichen Grundlagen des Lebens**;

Hunger breitet sich immer weiter aus, u.a. weil das Kapital auf der Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten

mit Nahrungsmitteln spekuliert;

lebenswichtige Bereiche wie z.B. die Versorgung mit sauberem Wasser werden **rücksichtsloser Profitlogik** untergeordnet;

unter dem Vorwand, Staatsschulden zu reduzieren, werden Stück für Stück **demokratische Errungenschaften abgebaut**.

Dies sind nur einige der zahlreichen Krisenmomente eines Wirtschaftssystems, das nicht einmal angesichts von **Klimawandel** und anderen **ökologischen Katastrophen** in der Lage ist, die Richtung zu ändern, während es ungebremst weiter auf den Abgrund zu rast.

Die Krise mit all ihren Dimensionen ist der Ort, an dem es zu intervenieren gilt und an vielen Stellen greifen wir bereits in den Normalbetrieb dieses Systems ein. Nicht nur am **Flughafen Frankfurt** protestieren wir gegen Fluglärm und





die CO2-intensivste Art zu reisen. Wir engagieren uns in **Hamburg-Moorburg, Datteln, Jänschwalde, Staudinger** und vielen anderen Orten gegen die klimaschädlichen Kohlekraftwerke. In der **Lausitz** und im **Rheinischen Braunkohl-**

lerevier kämpfen wir gegen das Abbaggern ganzer Dörfer und gegen die „Endlagerung“ von CO2 (CCS).

In **Gronau** fordern wir die Schließung der Uranfabrik. In **Gorleben, Morsleben, Ahaus, Lubmin**, an der Asse und am **Schacht Konrad** wehren wir uns gegen Atommüllkippen.

An tausenden Orten greifen wir die großen Energiekonzerne an. Initiativen kämpfen für die **Rekommunalisierung** oder gleich für die **Vergesellschaftung** der **Energieversorgung**. Gemeinsam stellen wir uns gegen die Abklemmung von Strom.

In den Protesten gegen die perspektivlosen **Klimaverhandlungen** und auf Gegengipfeln wie in **Cochabamba** wird unsere internationale Solidarität praktisch. Im Bündnis mit Kleinbäuer_Innen kämpfen wir weltweit für eine **solidarische Landwirtschaft** und **Nahrungssouveränität**.

Gleichzeitig sind alle unsere partiellen Kämpfe Ausdruck des Widerstands gegen die fundamentale globale ökologische Krise, die eine umfassende gemeinsame Antwort erfordert. Damit sind wir Teil einer übergreifenden Bewegung gegen

die herrschende Wirtschaftsordnung, gegen den Kapitalismus.

Frankfurt ist der Ort, an dem wir diese Verbindung spürbar und sichtbar machen werden. Wir – als Aktivist_Innen ökologischer Bewegungen und Kämpfe – werden uns an den Protesten beteiligen.

Kommt zahlreich nach Frankfurt und beteiligt euch ebenso !

Schafft Zeichen der ökologischen Krise am **17.05** auf die **Plätze** und **Grünanlagen** rund um die Bankentürme.

Macht mit im Ökologie-Finger bei der **Blockade** der **EZB** am **18.5.** ! Mit Fässern, weißen Schutzanzügen und Mundschutz bringen wir die unzähligen ökologischen Katastrophen zum Ausdruck. Bringt Taucherbrillen und Schnorchel mit als Symbol gegen steigende Meeresspiegel.

Beteiligt euch an den Aktionen „**Frankfurt fluten**“ und tragt euren Protest in die Zentralen der Banken und Konzerne, deren Profite auf Naturzerstörung basieren.

Nehmt an der **internationalen Demonstration** am Samstag, den **19.5.** teil und macht eure lokalen Kämpfe sowie eure globale Solidarität sichtbar.

**Gegen Kapitalismus –
für die Selbstbestimmung unseres Lebens,
für die Erhaltung der Lebensgrundlagen!**

www.blockupy-frankfurt.org/

Reader BUKO Gesnat Seminar 5. bis 7. April 2013 in Meuchefitz, Wendland





Krise, Grenze, transnationale Kämpfe: Noborder goes Blockupy

Beitrag von NoTroika am/um Do, 19/04/2012 - 11:20

Aufruf antirassistischer Netzwerke zu den Aktionstagen im Mai in Frankfurt

Vom 16. bis 19. Mai 2012 soll das Frankfurter Bankenviertel in eine vielfältige Protestzone verwandelt werden. Zu den Besetzungen, Blockaden und Demonstrationen kommen wir mit Schlauchbooten und Leitern, den Symbolen des Widerstandes gegen das militarisierte EU-Grenzregime. Wir bringen Großpuppen mit, um die prekären Arbeitsverhältnisse zu thematisieren, in denen nicht nur MigrantInnen ausgebeutet werden. Und wir wiederholen den Slogan der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, wie er unter anderem gegen den G-8-Gipfel in Rostock 2007 formuliert wurde: wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.

Fluchtursachen und Globale Krise

Nicht nur innerhalb Europas verschärfen sich die Ungleichheiten, indem die Regierungen der reicheren Länder die Menschen in Griechenland, Spanien oder Portugal massenhaft in die Armut treiben. Vor allem für die Länder des globalen Südens ist die Krise ein sich verschärfender Dauerzustand: Klimawandel, Ressourcenausbeutung, Rohstoffraub, Landgrabbing, Hungerkatastrophen, Verteilungskriege - die Ausbeutung von Mensch und Natur im Interesse der Länder des Nordens nimmt zunehmend katastrophale Ausmaße an.

Beispielsweise gleicht der seit 2007 explosionsartig angewachsene Ausverkauf fruchtbarer (Acker-)Böden an Banken, Investmentfonds und Konzerne mittlerweile einer riesigen Enteignungswelle, die im Süden des Globus für mehrere Hundert Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehhirtInnen den Verlust ihrer Existenzgrundlagen bedeutet. Da kann es kaum verwundern, dass auch die Deutsche Bank als einer der ganz großen Akteure im globalen Landgrabbing-Geschäft agiert – mit (anteiligem) Landbesitz vor allem in Lateinamerika und Asien. Hinzu kommt, dass die Deutsche Bank mit Investitionen von knapp 5 Milliarden US-Dollar die Nummer 1 unter den Nahrungsmittelspekulanten auf den Weltfinanzmärkten ist. Das Geldhaus trägt somit seit einigen Jahren wesentlich zur Explosion der Lebensmittelpreise bei – vor allem, nachdem zahlreiche Finanzmarkt-Akteure im Zuge der Finanzkrise nach neuen Möglichkeiten gesucht haben, ihr Geld gewinnbringend anzulegen. Der spekulative Handel mit Land und Lebensmitteln gehört angesichts einer Milliarde Hungernder prinzipiell abgeschafft – ganz gleich, ob es um die Deutsche Bank oder irgendwelche anderen Banken, Investmentfonds oder Unternehmen geht.

„Das aktuelle Krisenmanagement mit seinen verheerenden Konsequenzen auf unsere Gesellschaft, auf die Arbeitsverhältnisse, auf die sozialen und politischen Rechte folgen einem Schema, das wir bereits von den IWF-Programmen im globalen Süden während der letzten Jahrzehnte kennen.“ So formulierte unlängst ein griechischer Aktivist den historischen Kontext dessen, was wir jetzt in Südeuropa an sozialen Angriffen erleben. Neben dem IWF gehören die Europäische Kommission sowie die Europäische Zentralbank (EZB) zur Troika, die die sogenannten Sparprogramme diktieren.

Alltagskämpfe ins Bankenviertel tragen

Als antirassistische Gruppen sowie flucht- und migrationsbezogene Netzwerke wollen wir uns an der Mobilisierung

nach Frankfurt beteiligen und die Forderungen und Ziele der alltäglichen Kämpfe gegen Ausgrenzung und Prekarisierung sichtbar machen. Denn quer durch Europa sind MigrantInnen in doppelter Weise von der herrschenden Krisenpolitik betroffen. Sie werden als erstes entlassen und zudem droht vielen – z.B. in Italien – bei Arbeitslosigkeit die Abschiebung. Gleichzeitig werden sie zu Sündenböcken für die soziale Krise gemacht. In Athen führt diese rassistische Hetze und Spaltung in den letzten Monaten zu wiederholten Pogromen.

Frontex, die europäische Grenzschutzagentur, rüstet beständig die EU-Außengrenzen auf. Der Tod von tausenden Boatpeople wird bewusst in Kauf genommen. Das brutale Grenzregime fungiert als Filter, allenfalls die "Fittesten" sollen durchkommen. Die Herrschenden sprechen von "Migrationsmanagement", wenn sie Formen der Ausgrenzung mit der Rekrutierung billiger Arbeitskräfte kombinieren. Aufenthaltsrechte werden an den Arbeitsplatz gekoppelt, Illegalisierung und Abschiebung von MigrantInnen dienen als Mittel der Erpressung. Weltweit findet ein Prozess rassistischer Hierarchisierung statt, indem verschiedenen MigrantInnengruppen jeweils abgestuft soziale und politische Rechte verweigert werden. Diese moderne Apartheid ist auf die Bedürfnisse der nördlichen Arbeitsmärkte ausgerichtet, nicht zuletzt auch in Deutschland. Wer putzt in den Bankentürmen? Wer spült das Geschirr in den teuren Restaurants? Wer schuftet auf den Großbaustellen? Wer sticht den Spargel auf den Feldern? Doch MigrantInnen wehren sich in unterschiedlichen Formen gegen willkürliche Entlassungen oder Niedrigstlöhne, und zur Unterstützung gegen Lohnraub und Entrechtung sind in mehreren Städten gewerkschaftliche Anlaufstellen entstanden .

Transnationale Bewegung und „Verbindungen im Prekären“

Migrantische und Flüchtlingskämpfe durchkreuzen und bekämpfen das System einer neuen globalen Apartheid, indem sie direkt oder indirekt die Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und gleichen sozialen Rechten stellen. Im täglichen Widerstand gegen das hiesige Lagersystem oder gegen rassistische Polizeigewalt, in Protesten gegen die Abschiebekollaboration der Botschaften ihrer Herkunftsländer oder gegen die neokoloniale Politik der EU: gerade in den Kämpfen der Flüchtlinge und MigrantInnen steckt das Potential einer transnationalen Perspektive, die sich gleichermaßen gegen die Ausbeutung und Unterdrückungen im Süden wie im Norden richten muss. Unbestritten gibt es gravierende Unterschiede in den Realitäten und Kämpfen in den jeweiligen Regionen, Ländern und Kontinenten. Und Interessensunterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen hier, sei es zwischen den temporären und den dauerhaften MigrantInnen, oder zwischen prekär beschäftigten, neuen EU-BürgerInnen und illegalisierten Sans Papiers. Eine zentrale Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, diese Differenzen zu überbrücken und nach den „Verbindungen im Prekären“ zu suchen.

Am 15. Oktober 2011 fanden in über 900 Städten in rund 90 Ländern der Erde Proteste und Aktionen statt. Mit der Gleichzeitigkeit, in der sich – inspiriert insbesondere durch den arabischen Frühling - in vielen Regionen aufeinander bezogene soziale Massenbewegungen neu entwickelt haben und den Krisen- und Sparregime die Stirn bieten, blitzt das Potential eines transnationalen Aufbruchs auf. Tunis ist nicht Madrid, Athen ist nicht Frankfurt. Nicht in der Betroffenheit, nicht in den Widerstandsformen. Doch in den unterschiedlichen Kämpfen gegen die weltweite Prekarisierung pulsiert eine Verbundenheit, mit der sich neue Brücken schlagen lassen im und gegen das globale Ressourcen- und Ausbeutungsgefälle.

Die Zeiten sind bewegter denn je und rund um den 12. Mai 2012, dem nächsten globalen Aktionstag, wird sich zeigen, ob eine neue Welle von Mobilisierungen gelingt und sich der Zyklus von aufeinander bezogenen Kämpfen weiter verdichtet. Zeitlich unmittelbar anknüpfend zielen die Blockupy-Tage in Frankfurt darauf ab, die Verantwortlichen für die globale Krisen- und Verarmungspolitik direkt vor den Türen ihrer Entscheidungszentralen mit phantasievollen Blockaden und kreativen Widerstandsformen zu konfrontieren. Als antirassistische Netzwerke werden wir am 18.5. einen Blockadefinger organisieren und in der Demonstration am 19.5. einen eigenen Block bilden.

Freiheit statt Frontex

Gleiche Rechte statt Grenzregime

kein mensch ist illegal

Dieser Aufruf wird bisher unterstützt von: Netzwerke Welcome to Europe und Afrique Europe Interact, Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main, kein mensch ist illegal Hanau, kein mensch ist illegal Darmstadt ...

Kontakt: blockupy@antira.info

(Kasten)

Weitere Mobilisierungen der antirassistischen Bewegung in den nächsten Wochen und Monaten:

Vom 9. bis 11. Mai in Berlin

Aktionstage gegen die Abschiebe-Kollaboration verschiedener Botschaften mit Schwerpunkt auf Nigeria und die Frontex-koordinierten Charterabschiebungen in dieses Land.

Webseite: <http://thevoiceforum.org> (<http://thevoiceforum.org>)

Kontakt: thevoice_bd@vahoo.de

Vom 1. bis 22. Juli zwischen Sizilien und Tunesien

Boats4People – euro-afrikanisches Projekt mit Protestaktionen in mehreren (Hafen-)Städten, von Palermo in Sizilien, über Tunis, Monastir und Sfax in Tunesien bis nach Lampedusa...

Webseiten: www.boats4people.org (<http://www.boats4people.org>) und

http://www.afrique-europe-interact.net/?article_id=544&clang=0 (http://www.afrique-europe-interact.net/?article_id=544&clang=0)

Kontakt in Deutschland: choucha-appell@antira.info

Vom 13. bis 22. Juli in Köln/Düsseldorf

Nobordercamp 2012 mit einem Aktionsschwerpunkt zum Abschiebeflughafen Düsseldorf

Webseite: <http://noborder.antira.info/de> (<http://noborder.antira.info/de>)

Kontakt: noborder-cologne2012@riseup.net

Ab 23. August in Thüringen

Break-Isolation-Camp gegen Lager und Residenzpflicht

Webseiten: <http://breakisolation.blogspot.de/> (<http://breakisolation.blogspot.de/>) ; <http://thevoiceforum.org> (<http://thevoiceforum.org>)

Kontakt: thevoiceforum@emdash.org

12951 Aufrufe

SHORT URL

www.is.gd/KUJVBA



Powered by [Drupal](http://drupal.org/) (<http://drupal.org/>) . Hosted on an [Uberspace](http://www.uberspace.de/) (<http://www.uberspace.de/>) server. Gefördert durch:



Veröffentlicht auf *Linksnavigator Rhein-Main* (<http://www.linksnavigator.de>)

[Startseite](#) > Bloccupy Bankfurt (Swing 173)

Bloccupy Bankfurt (Swing 173)

29. März 2012 - 17:04 — red.hanau

- [Zeitungen](#) ^[1] |
- [Swing](#) ^[2] |
- [Frankfurt](#) ^[3] |
- [Bloccupy](#) ^[4] |
- [bankenblockade](#) ^[5] |
- [Weltwirtschaft](#) ^[6] |
- [Zeitungen](#) ^[7]

Platzbesetzungen, Blockaden und Großdemo vom 16. bis 19. Mai

" Für mich wäre die Mobilisierung gelungen, wenn im Tagesschau-Bericht am 18. Mai Luftaufnahmen vom Frankfurter Bankenviertel gezeigt werden, wo viele Tausende rund um die Europäische Zentralbank protestieren und diese komplett dichtmachen." Was so ein Occupy-Aktivist sinngemäß auf der Aktionskonferenz Ende Februar in Frankfurt als Wunschbild formulierte, könnte durchaus Realität werden während der Bloccupy-Aktionstagen. Jedenfalls steht Frankfurt im Mai eine außerordentliche bundes- bis europaweite Mobilisierung ins Haus, die auch längerfristig eine Stärkung der regionalen linken Strukturen mit sich bringen könnte ...

Neue Protestwelle ab 12. Mai?

Die Entscheidung auf dem Plenum der Aktionskonferenz war sehr viel eindeutiger als erwartet: auf einem sonnigen Campus Bockenheim stimmte eine ganz überwiegende Mehrzahl der bis zu 400 TeilnehmerInnen für den Termin im unmittelbaren Anschluss an den globalen Aktionstag am 12. Mai. An diesem Tag soll weltweit auch in Deutschland dezentral in vielen Städten an die erfolgreiche transnationale Protestwelle vom 15. Oktober 2011 angeknüpft werden, mit Bezug zu den massenhaften Platzbesetzungen im Mai letzten Jahres in Spanien. In besagtem Plenum bestand weitgehende Einigkeit, auf die Dynamik und zu erwartende Öffentlichkeit dieser globalen Mobilisierung zu setzen, zumal der Feiertag am 17. Mai die Anreise für die geplanten Massenproteste erleichtert.

Dass Frankfurt zwischen dem 16. und 19. Mai mit dem dreiteiligen Aktionskonzept von Platzbesetzungen, Blockaden und Großdemo eines der größten und spannendsten Protestszenarios der letzten Jahre bevorsteht, dürfte nach weiteren gut besuchten Vorbereitungstreffen als gesichert gelten. Das Bündnis reicht von

Attac bis zur Interventionistischen Linken, von Occupy bis zu linksgewerkschaftlichen Gruppen, von Erwerbslosenspektrum bis zu antirassistischen Initiativen, von Teilen der Linkspartei bis zur Grünen Jugend. Diese Vielfältigkeit steht zunächst dafür, dass ein breites linkes Spektrum mitmobilisiert. Doch ob und wie weit es gelingt, darüber hinaus Dynamiken in Gang zu bringen und eine ähnliche öffentliche Stimmung zu schaffen wie im Oktober 2011, wird sich erst sehr kurzfristig einschätzen lassen. Sicher kann auch mit 2000 Beteiligten einiges besetzt und blockiert und mit 10.000 stimmungsvoll demonstriert werden. Doch die Pläne – vom Zuzelten der Grünanlagen über die Blockade der EZB bis zum Fluten des Bankenviertels – sind ziemlich ambitioniert, und die für eine Umsetzung nötige Dynamik wird daran hängen, wer sich über das klassisch linke Spektrum hinaus angesprochen fühlt und gegebenenfalls recht spontan mitwirkt.

Globale Fragen

Wird es zum Krieg gegen den Iran kommen? Und damit zu neuen militarisierten Polarisierungen? Hat die EZB mit ihrem Billionengeschenk an die Banken das Finanzkrisenfeuer erst mal gelöscht oder geradezu neues Öl hineingeschüttet? Wie geht es in Griechenland weiter zwischen Verzweiflung und Verweigerung, zwischen Armut und Selbstorganisation? Welche neuen Impulse bringen die Generalstreiks in Portugal, Spanien, Italien? Steht – nachdem die Occupy-Camps vielerorts erlahmt bis aufgerieben erscheinen – dennoch eine neue globale Protestwelle vor der Tür? Und für Germoney: Welche Dynamik bekommen die mit Warnstreiks recht machtvoll angelaufenen Tarifikämpfe? Gibt es darin vermehrte Brückenschläge zur allgemeinen Krisensituation und den Protesten dagegen? Oder für die Region: Gelingen zumindest einzelne Verbindungen zu den Fluglärm- bis FlugbahngegnerInnen? Global bis lokal gibt es eine Unmenge von Faktoren, Bedingungen und Möglichkeiten, die – sich gegenseitig beeinflussend – auch auf die "Maifestspiele" Auswirkungen haben und die zum großen Teil jenseits dessen liegen, was eine wie auch immer aufgestellte linke Bewegung herbei organisieren könnte.

No Troika als regionale Struktur

Seit November 2011 schon gibt es regionale Treffen, in denen die Idee einer großen Mobilisierung inklusive Massenblockade für Frankfurt diskutiert wurde. Seitdem hat sich mit No Troika Rhein-Main ein lebendiger Vorbereitungskreis entwickelt, mit dem nicht nur kurzfristig logistisch die Aktionskonferenz gestemmt wurde, sondern von dem aus auch wichtige inhaltliche wie praktische Impulse für die Gesamtmobilisierung ausgehen. Insbesondere zu den Vorstellungen bezüglich der Platzbesetzungen und Blockaden gab und gibt es ein produktives Wechselspiel von regionalen und überregionalen Debatten und Vorschlägen, die schließlich in das aktuelle Bloccupy-Konzept mündeten. Nach den Osterferien startet eine Reihe von Veranstaltungen (siehe Rückseite), die gleichermaßen auf inhaltliche Vertiefungen wie auch auf eine weitere regionale Verankerung der Mobilisierung abzielen. Mit der (ersten) Vollversammlung am 17. April im Cafe Exzess soll – dann noch vier Wochen vor den Bloccupy-Tagen – ein konkreter Überblick über die Planungen gegeben, diese zur kritischen Diskussion gestellt und nicht zuletzt zur verstärkten und breiteren Mitarbeit in dieser Endphase eingeladen werden. Allein auf praktischer

Ebene wird einerseits dringend weitere Unterstützung benötigt, um die Innenstadt in den Mai-Tagen mit dem nötigen Netz infrastruktureller Stützpunkte zu überziehen. Zum anderen hängt der Erfolg der Besetzungen und Blockaden an der "kritischen Masse", die nicht nur aber auch von der regionalen Beteiligung und Verankerung getragen wird. Am 9. Mai folgt dann eine (zweite) Vollversammlung, in der kurz vor globalem Aktionstag und eine gute Woche vor den Bloccupy-Tagen eine aktuellere Einschätzung möglich und sicherlich etliche Last-Minute-Unterstützungen und Verstärkungen angesagt sind. Schließlich bleibt zu hoffen, dass sich mit und rund um No Troika Rhein-Main aus diesem ambitionierten Mobilisierungsprozess eine (wieder) gestärkte regionale linke Bewegung herausbildet, die über den Mai hinaus von Bedeutung ist.

Das Protestszenario der "Maifestspiele"

Auch weil am Mittwoch den 16.5., der EZB-Rat tagt, wurde der Beginn von Bloccupy Frankfurt auf diesen Tag vorgezogen. Hier sollen erste Proteste vor dem Eingang des Eurotowers stattfinden, zudem wird der Aufbau der Infrastruktur sowie ein erstes Kulturprogramm beginnen. Quer durch die Innenstadt und das Bankenviertel sind vom 16. bis 19.5. auf allen möglichen Plätzen und Grünanlagen Dauermahnwachen, Kundgebungen und Kulturprogramm angemeldet. Das Occupy-Camp wird nach überstandem Winter hoffentlich weiter durchgesetzt, zumal mit der Nichtwahl von Boris Rhein nun nicht mehr unbedingt mit einem verschärften Konfrontationskurs der Stadt zu rechnen ist. Doch wenn spätestens zum 17.5. Tausende anreisen und bei der Besetzung und beim Zu-Campen der Plätze mitwirken, braucht es weitere infrastrukturelle Stützpunkte, von Wasseranschlüssen und Toiletten, über Voküs und Sanitätszelten bis zu Bühnen und Lautsprecheranlagen für Kultur- und Redeprogramm. Für den Abend des 16.5. ist bereits ein Rave angesagt, und spätestens am frühen Nachmittag des 17.5. wird "Take the squares" zum zentralen Motto werden.

Donnerstag, der 17.5., ist ein Feiertag, die Anreise ab dem Vorabend wird vielen umso besser möglich sein, und die Aneignung und Besetzung zentraler Plätze im und nahe des Bankenviertels – mit und ohne Anmeldungen – ist das Aktionsziel dieses Tages. Ein umfangreiches Kulturprogramm von Konstantin Wecker bis zu Punk-Bands soll den Auflauf in der Innenstadt verstärken, am Abend ist ein zentraler "Platz der transnationalen Kämpfe" vorgesehen. Nicht nur quer durch Europa und insbesondere aus Griechenland, Spanien und Italien werden AktivistInnen erwartet, auch aus Tunesien wird eine Delegation an diesem Nachmittag in Frankfurt eintreffen.

Freitag, 18. Mai, ist Werktag und der zentrale Blockadetag. Ab 6 Uhr morgens wird von den besetzten Plätzen aus zunächst die EZB zum Ziel einer Massenblockade werden. Aus verschiedenen Richtungen sollen die Zugänge zum Eurotower komplett dichtgemacht werden. Und wenn sich hier wie erwartet und erhofft Tausende beteiligen, wird das gleich im gesamten Bankenviertel Auswirkungen haben. Wie massiv und wie weit vorgelagert die Polizei Absperrungen aufbaut, lässt sich erst kurzfristiger einschätzen. Doch der Blockadering soll so nahe wie möglich um die EZB geschnürt, im Fingersystem soll flexibel auf das Polizeikonzept reagiert werden. Als Symbole für die Alltagskämpfe und auch als Hilfs- und Schutzmittel für die Blockaden sollen Einkaufswägen und Kochtöpfe (Stichwort Hartz IV), Krankenhausbetten (Stichwort Gesundheitspolitik), Leitern und Boote (Stichwort

Flucht und Migration) oder auch Papp-Panzer (Stichwort Krieg und Krise) mitgeführt werden, zudem sieht der Aktionskonsens der Blockaden, der sich auf Erfahrungen im Wendland wie gegen Nazi-Aufmärsche bezieht, die Benutzung körperschützender Materialien vor, um das Recht auf körperliche Unversehrtheit gegen die absehbaren Polizeieinsätze mit Wasser, Reizgas und Knüppeln geltend zu machen. Das Aktionsbild sieht insofern ein Szenario vor, mit dem mittels Blockaden, Belagerungen und Besetzungen vor und rund um einige der zentralen Entscheidungszentralen für die autoritäre Krisenpolitik und gegen deren Verarmungs- und Verwüstungsprogramme ein entschiedenes Zeichen des transnationalen Widerstandes gesetzt wird. Entscheidend für die Umsetzung dieses Konzeptes dürfte sein, ob die Mobilisierung einer Mischung aus gut vorbereiteten AktivistInnen wie auch spontanem Swarming gelingt, einer "kritisch-kreativen Masse" also, die trotz und gegen den zu erwartenden massiven Polizeieinsatz den Banken- und Geschäftsalltags an diesem Tag lahmlegt.

Samstag, 19. Mai ist abschließender Demonstrationstag, voraussichtlich zwei Demozüge werden sich aus Richtung Hauptbahnhof sowie aus Richtung Ostbahnhof/EZB-Baustelle durch das Bankenviertel schlängeln. Wenn es an den beiden Vortagen gelungen war, Besetzungen und Blockaden weitgehend durchzusetzen, und wenn sich dann mehrere Zehntausend Menschen in den Manifestationen und Kundgebungen der Großdemo inhaltlich und praktisch darauf so beziehen, wie es in den gemeinsamen Aufrufen formuliert ist, könnte Bloccupy Frankfurt – mit nur 4 monatiger Vorbereitungszeit! – zum Meilenstein einer verstärkten Handlungsfähigkeit der Bewegungslinken werden. Dass dieses Potential mehr denn je mit globalen Protest- und Widerstandsdynamiken verknüpft ist, war einleitend kurz skizziert. Dass es Sinn hat und Laune machen kann, auf regionaler Ebene so gut als möglich mitzumischen, hat sich aus diesem Text hoffentlich ebenso ergeben.

In diesem Sinne: see you at Bloccupy!

LINKSNAVIGATOR RHEIN-MAIN - hostet by Libertad!

Quellen-URL: <http://www.linksnavigator.de/node/2807>

Verweise:

- [1] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/579>
- [2] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/185>
- [3] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/889>
- [4] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/1319>
- [5] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/1025>
- [6] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/66>
- [7] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/16>



Veröffentlicht auf *Linksnavigator Rhein-Main* (<http://www.linksnavigator.de>)

[Startseite](#) > Jetzt erst recht! - Blockupy Bankfurt vom 16. bis 19. Mai (Swing 174)

Jetzt erst recht! - Blockupy Bankfurt vom 16. bis 19. Mai (Swing 174)

12. Mai 2012 - 16:45 — red.hanau

- [Swing](#) ^[1] |
- [Zeitungen](#) ^[2] |
- [BLOCKUPY](#) ^[3] |
- [Occupy](#) ^[4] |
- [Frankfurt](#) ^[5] |
- [Weltwirtschaft](#) ^[6] |
- [Zeitungen](#) ^[7]

Am Freitag, 4. Mai, gibt die Stadt Frankfurt bekannt, dass sie alle angemeldeten Aktivitäten von Blockupy verbieten will. "Wenn 40.000 Demonstranten über vier Tage lang das Stadtleben gezielt lahmlegen wollen und damit bewusst in die Freiheitsrechte anderer Menschen eingreifen, so liegt es auf der Hand, dass eine Stadtregierung dies nicht zulassen kann..." So tönt der Ordnungsdezernent Markus Frank in einer gemeinsam mit Noch-OB Petra Roth herausgegebenen offiziellen Pressemitteilung.

Während die Stadt sich in der Vergangenheit immer wieder weigerte, Nazi-Demos in Frankfurt zu verbieten, wird jetzt bei den angekündigten Aktionen gegen die Europäische Zentralbank (EZB) und die privaten Großbanken die große Keule gezückt. Doch die stümperhafte Verbotsverfügung wird aller Voraussicht nach schon juristisch keinen Bestand haben. Platzbesetzungen und Blockaden waren sowieso kein Teil der Anmeldung, und einfach alles, vom Kulturprogramm über Kundgebungen bis zur Demonstration verbieten zu wollen, dürfte kein Gericht mittragen.

Was aber für die Mobilisierung entscheidender ist: Noch am gleichen Wochenende zeigt sich, dass das Totalverbot zum Bumerang wird. Blockupy ist nun in allen Medien und in aller Munde, Protestbriefe kursieren und alles sieht danach aus, dass das Verbot dazu beitragen wird, dass sich noch einige Tausend Menschen mehr auf den Weg machen werden, um sich an den Aktionstagen zu beteiligen, in denen es jetzt auch um die Demonstrationsfreiheit geht. Zitat: "Alle Demokratinnen und Demokraten können über dieses rechtswidrige und undemokratische Vorgehen nur aufs Äußerste entsetzt sein und eine sofortige Rücknahme dieses Totalverbots fordern. Was auf dem Tahrirplatz in Kairo, an der Puerta del Sol in Madrid oder im

Zuccotti Park von New York möglich war, muss auch in Frankfurt am Main möglich sein!" (siehe <http://blockupy-frankfurt.org/de/protestnote> ^[8])

Ein Bullenaufmarsch wie beim Castor Transport?

Der Verbotsversuch macht jedenfalls deutlich, wie ernst die Behörden die Blockupy-Mobilisierung nehmen und es gab bereits zuvor Gerüchte, dass die Polizei einen 5-stelligen Großeinsatz plant. Wenn für Blockupy wirklich 10 bis 15.000 Bullen zusammengezogen werden, dann käme dies Castor-Verhältnissen nahe, nun allerdings nicht auf eine große Wendland-Region verteilt sondern auf eine Stadt und ihr relativ kleines überschaubares Bankenviertel. Insofern ist ein regelrechter Ausnahmezustand nicht unwahrscheinlich, wenn spätestens ab 17. Mai zu den angekündigten Platz- und Zeltbesetzungen Tausende DemonstrantInnen und Tausende PolizistInnen rund um die Taunusanlage zusammentreffen werden. Und auch wenn die Gegenseite versucht, mit einem martialischen Großaufgebot alle geplanten Proteste repressiv abzuwürgen, dürfte das Finanzzentrum mit seinen "Akteuren globaler Ausbeutung" damit die Bilder bekommen, die es verdient: die polizeiliche Totalabspernung der Bankenzone inklusive eines damit einhergehenden Verkehrschaos rund um die Bankentürme.

Mobilisierung auf Hochtouren

Die Mobilisierung für Blockupy läuft auf Hochtouren, aus allen möglichen Spektren zirkulieren mittlerweile eigene Aufrufe zur Beteiligung an den Besetzungen, Blockaden und Demonstrationen. Auch aus dem europäischen Ausland sind mehr als nur Delegationen zu erwarten, zumindest aus Italien, Frankreich, Belgien und Österreich sind bereits Busse angekündigt. Das Totalverbot gibt dem Ganzen weiteren Auftrieb und 10 Tage vor dem Start der Aktionen erscheinen auch die internationalen Rahmenbedingungen eher günstig: Nicht nur dass in Frankreich der Möchtegern Napoleon seinen Hut nehmen musste und damit das Gespann "Merkozy" Geschichte ist, sondern vor allem die Entwicklung der Wahlen in Griechenland dürfte Finanzmärkte und Eurozone in eine neue Krise stürzen. "Bricht nach dem 6. Mai der Euro zusammen?" lautete die Frage auf der Titelseite von Focus Money in der vergangenen Woche im Hinblick auf die Wahlen in Frankreich und Griechenland. Das mag der übliche Sensationsjournalismus sein, aber dass die beiden tragenden "Memorandum-Parteien" derart abgestraft wurden und die linke Partei Syriza, die ausdrücklich die Einstellung der Schuldendienstes fordert, zur zweitstärksten Kraft wurde, dürfte kaum folgenlos bleiben. Auf einer Veranstaltung im Occupy-Camp am 28.4. hatte ein Aktivist aus Athen vom anhaltenden sozialen Widerstand und der weit verankerten Verweigerung in Griechenland berichtet. Und er hatte sehr treffend eingeschätzt und vorausgesagt, dass und wie die Protestwahlen verlaufen werden. Dazu gehörte auch, dass in der gesellschaftlichen Polarisierung die Faschisten mit ihrer rassistischen Hetze enormen Zulauf haben, aber dass es jetzt maßgeblich darauf ankommt, inwieweit der Auf- und Ausbau solidarischer Gegenstrukturen gelingt. AktivistInnen aus Griechenland werden auch bei Blockupy wieder dabei sein, die Kundgebungen und Veranstaltungen während der Aktionstage werden durchgehend einen transnationalen Charakter haben.

Regionale Stärkung der Linken?

Es gab und gibt in Rhein-Main zahllose regionale Veranstaltungen, Treffen und Arbeitsgruppen rund um Blockupy. Dass diese durchweg eher mäßig besucht sind und dass die verbindliche Arbeit für die Aktionstage an wenigen kleinen Gruppen hängt, spiegelt die lang bekannte Schwäche der regionalen Strukturen wieder. Doch die Debatten haben bisweilen durchaus Tiefe und unterschiedliche Spektren kamen und kommen in neue Berührung. Ob (insofern) die Blockupy-Mobilisierung zum Katalysator für eine verbesserte Zusammenarbeit und Handlungsfähigkeit der radikaleren Rhein-Main-Linken wird, muss sich in den folgenden Wochen und Monaten erweisen. Dass es weitaus mehr inhaltliches und praktisches Potential gibt als es üblicherweise auf regionaler Ebene erscheint, ist auf alle Fälle jetzt schon deutlich geworden. Mit guten gemeinsamen Erfahrungen während der Aktionstage ließe sich womöglich auch darüber hinaus in verstärkte Bewegung kommen ...

Zum Programm - Auszüge aus den Aktionsbildern und Beschreibungen der Aktionstage:

Mittwoch 16.05.: Auftaktkundgebung vor der EZB und Rave against Troika

Auftaktkundgebung ab 14 Uhr zur Sitzung des EZB-Rats – Erste Versammlungen auf den Plätzen- Abends ab 19 Uhr von der Hauptwache: Rave against the Troika

Donnerstag, 17.05.: "Take the Squares! Auf die Plätze!"

Am Donnerstag den 17.05. werden wir uns massenhaft die Gallus- und Taunusanlage sowie weitere zentrale, innenstadtnahe Plätze Frankfurts aneignen. Ab dem Vormittag findet an diversen Orten ein kulturelles und politisches Programm statt. Spätestens von dort aus, oder bereits sobald wir aus den Bussen, aus dem Zug, aus der S- oder U-Bahn ausgestiegen sind, werden wir ausschwärmen, uns Wege auf diese Anlagen suchen, dort unsere Zelte aufschlagen und damit diese Plätze besetzen. Auf diesen angeeigneten Plätzen werden vielfältige Protestveranstaltungen sowie Asambleas und Plena stattfinden, in welchen wir gemeinsam über unser weiteres Vorgehen und unsere Aktionen entscheiden werden. Diese Zeltdörfer dienen uns also als Versammlungs- und Veranstaltungsorte, aber zugleich auch als Schlafplätze und bringen uns darüber hinaus in eine gute Ausgangsposition für die Blockade-Aktion im Bankenviertel am folgenden Tag.

Wir bringen durch diesen Akt der realen Aneignung öffentlicher Plätze zugleich unsere Verbundenheit und Solidarität sowie die Inspiration zum Ausdruck, die wir durch die Kämpfe auf dem Tahrir-Platz in Kairo, der Puerta del Sol in Madrid, dem Syntagma-Platz in Athen und den vielen Occupy-Camps auf der ganzen Welt erfahren haben.

Wie bei allen Besetzungsaktionen wird auch die Aktion "Take the Squares!" ein starkes improvisierendes Moment besitzen. Allerdings wird ein Grundstock an Infrastruktur verfügbar sein. Es werden Volxküchen sowie Dixi-Klos, Wasservorräte usw. vor Ort sein, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar bei der Besetzungsaktion. Wir werden uns alle zusammen im Anschluss an die erfolgreichen Besetzungen darum kümmern müssen, dass die vielen Zeltdörfer "gesichert" und versorgt werden

können. Es sei aber auch nochmal betont: Wir befinden uns in der Frankfurter Innenstadt. Dort ist naturgemäß ein Grundstock an Infrastruktur zugänglich.

Packt euer Zelt ein und was ihr sonst noch braucht, seid am Donnerstag spätestens um 14 Uhr vor Ort und beteiligt euch am "Take the Squares"-Swarming! Um 18 Uhr finden in den Zeltdörfer auf den angeeigneten Plätzen die letzten Informationsveranstaltungen und um 20 Uhr die Delegiertenplena der Bezugsgruppen zur Blockade-Aktionsvorbereitung statt. Seid dort und bringt euch ein! Wir alle sind die Aktion!

Freitag, 18.05.: EZB blockieren und Frankfurt fluten

Am Freitag, dem 18. Mai, beginnen die Blockaden um 6.00 Uhr morgens. Im Fokus dieses Tages steht zunächst die Europäische Zentralbank (EZB). Sie symbolisiert nicht nur das finanzpolitische Krisenmanagement zugunsten der Großbanken – als Teil der Troika ist die EZB auch ein unmittelbarer sozialpolitischer Akteur. Sie diktiert mit, wenn es um Austeritätspolitik und Verarmungsprogramme in Griechenland oder Portugal geht. Grund genug, dieser Institution auf die Pelle zu rücken. Frühmorgens am 18.05. werden sich aus mehreren Richtungen der Innenstadt Demonstrationzüge in Bewegung setzen, um für diesen Tag sämtliche Eingänge des Eurotowers zu blockieren. Dazu werden wir mit beweglichen Blockadefingern flexibel auf mögliche Polizeikonzepte und -einsätze reagieren, und wir werden – wenn nötig – die anliegenden Strassen verpfropfen, um alle Zufahrten zur EZB dicht zu machen.

Kreative Hilfsmittel

Die vorbereitenden Blockadegruppen haben sich in ihrem Konzept auf einen gemeinsamen Aktionskonsens verständigt (siehe <http://blockupy-frankfurt.org/de/blockade/aktionskonsens> [9]). Darin wird bereits erwähnt, dass die jeweiligen Blockadefinger entlang thematischer Schwerpunkte diverse Gegenstände und Symbole mitführen, um in dieser Aktion gegen das autoritäre Krisenregime gleichzeitig die vielfältigen Ansätze unseres Widerstands zu visualisieren. Mit Einkaufswägen, Kochtöpfen und Krankenhausbetten kritisieren wir die Zumutungen und Kürzungen der Sozialpolitik sowie die Privatisierungen im Gesundheitssystem. Papppanzer symbolisieren die Militarisierung der Gesellschaft und stellen den Zusammenhang von Krieg und Krise her. Schlauchboote und Leitern verweisen auf den Widerstand gegen das Grenzregime. Großpuppen thematisieren die prekären Arbeitsverhältnisse von (nicht nur) MigrantInnen. Der Protest gegen die bildungspolitischen Zurichtungen wird in einem Book-Block aus überdimensionalen Büchern präsent sein. Mit Ventilatoren, Stelzen und Yucca-Palmen bringen wir die Kämpfe gegen den globalen Klimawandel zum Ausdruck. Durch Fässer, weiße Schutzanzüge und Mundschutz thematisieren wir die unzähligen verheerenden ökologischen Katastrophen wie Fukushima und Deep Water Horizon. All diese Symbole und Gegenstände – und dazu rot-weiße Absperrbänder bis zu tausendfachen Wollfäden – werden wir benutzen, um gleichermaßen effektive wie inhaltlich aussagekräftige Blockadepunkte zu errichten und diese zu halten.

Bereits im Vorfeld und auch am Blockadetag selbst werden wir die Inhalte und Ziele unserer Aktionen öffentlich kommunizieren: zu den Beschäftigten in den

Bankentürmen, die an diesem Tag nicht zu ihren Arbeitsplätzen kommen; und zu allen, die an diesem Tag die blockierten Straßen bzw. bestimmte U- oder S-Bahn-Stationen nicht benutzen können. Die Frankfurter Verkehrsbetriebe werden vorab informiert, dass und warum die Stationen rund um EZB und im Bankenviertel von einem "Streik von außen" betroffen sind. (...)

Bankenviertel Fluten

Die Blockade der EZB am Freitag, 18.05., ab 6 Uhr morgens wird sich gleich am Vormittag auch auf andere Banken- und Konzernzentralen im engeren Umfeld auswirken. Zudem sollen Aktionen am Nachmittag auf weitere Akteure der globalen Ausbeutung ausgeweitet werden.

In Vorbereitung ist zum Beispiel eine Belagerung der Deutschen Bank. Vor den beiden DB-Türmen wird – in Anlehnung an eine Aktion am 17.4.2012 in Bremen – in Beiträgen u.a. deren besondere Rolle bei der Spekulation mit Nahrungsmitteln und beim Landraub thematisiert. Mit Straßentheater werben wir auf dem Vorplatz für die "Krötenwanderung". Mit Lautsprechern, Sirenen, großen Transparenten und gasgefüllten Ballons wollen wir unseren Protest aber auch oben in den höheren Stockwerken hör- und sichtbar machen.

Mit drei Vorschlägen diskutieren KlimaaktivistInnen, was sie sich unter Frankfurt Fluten vorstellen: In den Frankfurter Wallanlagen wird ein "Bohrturm" zur Erkundung eines "sicheren Endlagers" für Atommüll im Salzstock unter der Finanzplatz City errichtet – der in Metall gegossene Bär vor der Frankfurter Börse mutiert zum "Eisbär", Symbol der Naturzerstörungen, die das Regime kapitalistischer Wachstumslogik anrichtet – der "Urangesellschaft" auf die Pelle rücken, die für den Atomkonzern Areva, der Abbau hochgiftigen Urans u.a. in Niger und Namibia organisiert: Wie viel verdient Ihr an der Vergiftung der afrikanischen Bevölkerung durch den radioaktiven "Yellow Cake"? Vieles ist denkbar, um die ökologische Krise des Kapitalismus und diejenigen, die sie organisieren und die daran profitieren, gerade in der "Global City" Frankfurt sichtbar zu machen.

Sei es ein überraschendes Go-In in einer Bankfiliale oder bei einer Leihfirma, sei es ein schneller Flash-Mob bei einem Finanzinvestor oder bei einem Rüstungsunternehmen, sei es eine freche Plakatierungsaktion am Bankenbauzaun oder an der Glasfassade einer Abschiebefluggesellschaft – wir hoffen und setzen für den 18.5. auf eine Vielzahl und Vielfalt solch kreativer und eigenständiger Aktionsformen, in denen wir – wie bereits am Vormittag durch unsere Symbole – den Widerstand und die Kämpfe in den unterschiedlichen sozialen und politischen Feldern zum Ausdruck bringen. Ob angekündigt oder nicht, ob als erkennbarer Demonstrationzug oder als unauffälliges Zusammenkommen, alle Aktionen sollten dazu beitragen, dass das Finanzzentrum den gesamten Tag über in eine bunte und laute Protestzone verwandelt wird.

Samstag, 19.05: Großdemo durch die Stadt

Die Demonstration am 19. Mai bildet das abschließende Element der europäischen Aktionstage in Frankfurt vom 16. – 19. Mai gegen die Krisendiktate. Gemeinsam wollen wir unseren Widerspruch gegen die Spardiktate zu diesem Akteur tragen.

Mit Tausenden von TeilnehmerInnen aus vielen Ländern Europas werden wir am Finanzplatz Frankfurt ein deutliches und sichtbares Zeichen der internationalen Solidarität setzen, gegen das autoritäre Krisenmanagement und die Verarmungspolitik der Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfond (IWF). Mit der internationalen Demonstration wollen wir die zerstörerische Politik der Troika und die sie antreibende Bundesregierung anprangern. Ihre Politik steht dem Willen und den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegen. (...)

Auf der Demonstration möchten wir die Größe, Stärke und Vielfalt unseres bunten und breiten Protestes, der an Blockupy beteiligten Netzwerke, Initiativen, Parteien und Einzelpersonen unüberhörbar machen. Die Demonstration wird die lautstarke und vielsprachige Menge der Vielen repräsentieren, die in den Tagen zuvor ihren Protest und Widerstand in Assemblies, Sit-Ins und kreativen Aktionen der direkten Demokratie auf Frankfurts Straßen ausdrückten.

Ablauf und Route der Demonstration

Die Demonstration beginnt symbolisch um fünf nach Zwölf (12.05 Uhr MEZ) in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs (Baseler Platz) mit einer Auftaktkundgebung und soll um 17.00 Uhr in einer zentralen Abschlusskundgebung an der Bühne vor der EZB enden. Zuvor wird die Demonstration die Frankfurter Innenstadt in einem Demonstrationszug am Main entlang umrunden. Auf der Höhe der Deutschen Bank wird sich der Zug teilen und symbolisch noch einmal auf zwei Routen das Frankfurter Bankenviertel von zwei Seiten umzingeln, um sich dann auf der Abschlusskundgebung wieder zu vereinigen.

Auf den Kundgebungen und während der Demonstration werden die verschiedenen Spektren und Gäste mit Reden ihre Gründe für den Protest herausstellen. Darunter werden Stimmen aus Griechenland, Italien und Nordafrika sein sowie VertreterInnen von attac, Occupy, Gewerkschaften, der Interventionistischen Linken, der Partei die Linke. Die Demonstration wird mit einem Konzert von Iries Révoltés enden.

LINKSNAVIGATOR RHEIN-MAIN - hostet by Libertad!

Quellen-URL: <http://www.linksnavigator.de/node/2873>

Verweise:

- [1] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/185>
- [2] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/579>
- [3] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/1315>
- [4] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/1217>
- [5] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/889>
- [6] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/66>
- [7] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/16>
- [8] <http://blockupy-frankfurt.org/de/protestnote>
- [9] <http://blockupy-frankfurt.org/de/blockade/aktionskonsens>



Veröffentlicht auf *Linksnavigator Rhein-Main* (<http://www.linksnavigator.de>)

[Startseite](#) > Mit Blockupy Frankfurt zum "Wendland des Antikapitalismus"? - Bilanz und Perspektiven einer außergewöhnlichen Mobilisierung (Swing 175)

Mit Blockupy Frankfurt zum "Wendland des Antikapitalismus"? - Bilanz und Perspektiven einer außergewöhnlichen Mobilisierung (Swing 175)

23. Juli 2012 - 18:06 — red.hanau

- [BLOCKUPY](#) ^[1] |
- [Frankfurt](#) ^[2] |
- [Bilanz](#) ^[3] |
- [Swing](#) ^[4] |
- [Zeitungen](#) ^[5] |
- [Weltwirtschaft](#) ^[6] |
- [Zeitungen](#) ^[7]

Die Effekte waren eigentlich unglaublich, noch vor den ersten Aktionen war der gewöhnliche Geschäftsbetrieb im Bankenviertel weit mehr außer Betrieb gesetzt als sich das selbst die Blockadegruppen vorher im besten Fall ausgemalt hatten. Und die Abschlussdemo mit 25-30.000 Beteiligten setzte einen beeindruckenden Schlusspunkt.

"Ein Sieg für Blockupy" titelt die Frankfurter Rundschau am Abend des 19. Mai auf ihrem Onlineportal, Ausdruck davon, dass nach vorangegangener medialer Hetze und der auf Panikmache abzielenden Verbotsorgie der Stadt Frankfurt spätestens am Samstag die öffentliche Stimmung zugunsten des Protests gekippt war. Doch die Erfolge zum Start wie zum Ende von Blockupy sollten nicht über die Durststrecke der Aktionstage hinwegtäuschen, die dazwischen lagen. Besetzungen und Blockaden waren als praktisches und offensives Herzstück geplant und angekündigt, doch die Mobilisierung für diese direkten Aktionen blieb am untersten Rand der Erwartungen. Die Rollenverteilung im Katz- und Mausspiel war entsprechend deutlich, die Polizeiarmada gewann jeweils zügig die Oberhand, um ihr "Alles bleibt untersagt" durchzusetzen. Im Folgenden ein fragmentarischer Rückblick mit gemischter Bilanz sowie einige perspektivische Anmerkungen zur Frage, ob und wie sich Bankfurt

"wendlandisieren" ließe...

"Frankfurt ist das Reich der Banker. An diesem Wochenende mussten sie es räumen - zum allerersten Mal. Das tut weh."

Diese Überschrift der FAZ am 20.5.12 im Wirtschaftsteil spricht Bände und der Artikel beschreibt ausführlich, wie die "Blockupy-Bewegung die Banker verjagt hat, vorübergehend zumindest. (...) Ganze Abteilungen fliehen in Außenbüros in den Taunus oder bleiben gleich daheim". Klar, es war das Totalverbots- und völlig überdimensionierte Polizeikonzept, das das Frankfurter Finanzviertel weitgehend lahmgelegt hat. Die einfachen Bankangestellten wurden in den Zwangsurlaub entlassen, die höheren mussten an "geheime Orte" umziehen. Aber es war das von Blockupy angekündigte Aktionsbild einer von Tausenden umzingelten Europäischen Zentralbank oder von zeltbelagerten Großbanken, das offensichtlich unbedingt verhindert werden sollte und diese Reaktion ausgelöst hatte. Mindestens 5000 Polizisten wurden aufgefahren, eine Bannmeile errichtet, die den politischen wie materiellen Preis letztlich um ein Vielfaches höher machte als es die Blockadegruppen aus eigener Kraft erwarten konnten. Sicherlich haben Teile der Polizeiführungen ein Interesse, einen Ausnahmezustand in Frankfurt zu testen. Und dass einige Banken gar in ihre nach dem 11. September 2001 eingerichtete Bunkerzentralen auswichen oder auch die Bankautomaten in der Innenstadt stilllegten, mag Momente einer Notstandsübung in sich tragen. Daraus aber - wie einige in der Linken - eine abgekartete Strategie der Gegenseite zu machen, die Blockupy nur dazu nutzte, ein großangelegtes Trainingsszenario aufzuführen, erscheint allerdings wiederum (und fast verschwörungstheoretisch) übertrieben. Natürlich, immer geht es bei Polizeieinsätzen auch um Übung, um Prävention und Abschreckung, aber Blockupy kann es sich in jedem Fall auf die Fahnen schreiben, das Bankenzentrum über mehrere Tage nachhaltig im üblichen Geschäftsbetrieb gestört zu haben, und das genau war im Blockadeaufruf so formuliert.

Zu den Aktionstagen...

Mittwoch, 16. Mai: In der Woche zuvor hatte die Stadt die "Evakuierung" des Occupy-Camps für 5 Tage verfügt, weil es zu nahe an der EZB, bzw. mitten in ihrer Sicherheitszone lag. Das kam zwar insofern überraschend als zunächst die weitere Duldung auch für die Zeit von Blockupy zugesagt war. Doch es blieben durchaus ein paar Tage Zeit, um sich auf diese absehbare Räumung vorzubereiten und zu diesem zunächst für die Anreise vorgesehenen Mittwoch als erstem Aktionstag zu mobilisieren. Ersteres, die Vorbereitung auf die Räumung im Camp, lief auch sehr gut, und es war die super Idee der farbgefüllten Planschbecken, die den Blockupy-Start an diesem Tag erstmals in die bundesweite und sogar in die internationalen Medien brachte. Farbbespritzte Polizeibeamte, die weiße und bunte Sitzstreikende wegtragen mussten, gaben pressewirksame Bilder ab, und signalisierten unmissverständlich, dass für die Tage ein kreativer bunter Widerstand zu erwarten ist. Doch die Zahl von 150 Sitzstreikenden mit einer etwa ebenso großen Zahl von UnterstützerInnen ließ die Vorahnung aufkommen, dass die Beteiligung am zivilen Ungehorsam auch in den kommenden Tagen sehr begrenzt bleibt. Denn offensichtlich kamen weder regionale SympathisantInnen des Occupy-Camps noch

bundesweite Occupy-AktivistInnen in größerer Zahl dazu, und auch die regionale Linke blieb (einmal mehr) zum großen Teil auf Distanz. Es hätten 1000 oder auch 2000 Sitzstreikende sein können oder müssen, um die Polizei in ernsthafte Räumungsprobleme und die bis zu Letzt erhoffte Mobilisierungsdynamik stärker in Gang zu bringen. Der Rave dann am gleichen Abend war zwar von vielen jungen Leuten besucht, aber ebenfalls im überschaubaren Rahmen von einigen Hundert Interessierten, die den Belagerungszustand auf der Hauptwache nicht wirklich in Frage stellen konnten.

Donnerstag, 17. Mai: Am Vorabend war der Hauptbahnhof als Treffpunkt für den Take-the-square-Tag auserkoren worden, denn dort ließe sich – von zumindest 1500 bis 2500 Beteiligten bis zum Mittag ausgehend – die beste Verhandlungsposition einnehmen, um die Polizei doch noch zum Aufgeben der Totalverbote zu zwingen bzw. an diesem öffentlichen Ort und Verkehrskreuz die Anmeldung einer Demonstration durchzusetzen. Doch ein Teil aus dem Bündnis wollte von der Uni in Bockenheim aus losmarschieren, ein anderer wollte sofort in kleinen Gruppen Richtung Paulsplatz weitersickern, um an diesem symbolischen Ort eine Kundgebung zu starten. Durch diese Zersplitterung sowie vor allem angesichts der weitaus geringeren Gesamtbeteiligung als erhofft, kam zumindest am Bahnhof zu keinem Zeitpunkt die nötige kritische Masse zusammen. Polizeiliche Kessel hier wie an der Uni konnten gegenüber jeweils einigen hundert DemonstrantInnen problemlos durchgesetzt werden. Allerdings gelang es zunächst am Paulsplatz und danach noch ausdrucksstärker und mit aufgeschlagenen Zelten auf dem Römer, über einige Stunden sich den Kundgebungs- bzw. Demonstrationsverböten zu widersetzen. Mehrfach konnten Polizeiübergriffe zurückgedrängt oder abgewehrt werden, für den Römer war dann ein martialischer Bullenaufmarsch nötig, um diesen bis zum frühen Abend zu räumen. So beeindruckend die Bilder für Frankfurter Verhältnisse waren, so wenig sollte in der Aufarbeitung vergessen werden, dass auch bis zum Abend dieses Feiertages maximal 3000 Protestierende in die ganzen Aktivitäten verwickelt waren. Und wären es wie erhofft zumindest 5 oder gar 8000 gewesen, hätte das Szenario trotz aller Polizeiübermacht um einiges anders ausgesehen. Die dauerhafte Durchsetzung einer Platzbesetzung, das erklärte Ziel des Tages, konnte jedenfalls mit dieser begrenzten Beteiligung nicht erreicht werden.

Freitag, 18. Mai: Das "Nicht Durchsetzen können" des Vortages prägte den Blockadetag von früh an, alle ursprünglichen Vorbereitungen für die (thematischen) Blockadefinger mussten gecancelt werden. Und hier rächte sich zudem, dass es keinen "Plan C" gab, indem zwar mit dem Verbot einiger aber nicht aller Plätze und Versammlungen gerechnet worden war. Es war absehbar, dass die Polizei überall wo nötig kesseln würde, und hunderte von Leuten hatten bereits Innenstadtverweise erhalten (bei Androhung bzw. Vollzug von Ingewahrsamnahmen). Die Stimmung war insgesamt entsprechend defensiv, es ging eher darum, noch das Beste aus der Position der eindeutigen Unterlegenheit zu machen. Weil die Gegenseite allen Bankenbeschäftigten geraten hatte, am Hauptbahnhof auszusteigen, um dann in Shuttle-Bussen zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen, lag der Treffpunkt am frühen Morgen nahe am Bahnhof. Und immerhin gelang es, innerhalb weniger Minuten – und die Polizei kurzfristig ausspielend – einen Demozug zu formieren, an dem um die 1000 Menschen beteiligt waren, die sich überall in den Seitenstraßen aufhielten.

Diese Demo hatte eine gute, entschlossene Atmosphäre, aber es dauerte nicht allzu lange, bis die Polizei den Zug mit Kesseln an der Messe und im Westend stoppte und über Stunden festhielt bzw. die Beteiligten in Gewahrsam nahm. Zwar gelang später auch nahe der EZB eine Demonstration mit einigen hundert Leuten und am Nachmittag gab es Aktionen u.a. bei Maredo sowie eine inhaltlich gut vorbereitete Kundgebung unter dem Motto "Bankraub statt Landraub" vor der Deutsche Bank-Filiale in Sachsenhausen. Doch diese kurzen Achtungserfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Aktionsziel dieses Tages, nämlich mit vielen tausend Menschen die EZB und Großbanken zu belagern und zu blockieren, nicht auch nur ansatzweise realisiert werden konnte.

Die Kluft zwischen 3.000 und 30.000 ...

Warum kamen weitaus weniger Aktive zu den Besetzungen und Blockaden als erhofft? Denn ein bundesweites Potential, das zu Naziaufmärschen oder Castortransporten zu direkten Aktionen mobilisierbar ist, zählt sicher 10.000 oder mehr Menschen. Die Kluft von 3000 zu dem Zehnfachen auf der Samstagsdemo bleibt erklärungsbedürftig und mindestens vier Gründe lassen sich anführen:

-

Die Repression hat mehr abgeschreckt als erwartet. Denn zunächst bestand die Hoffnung und der Eindruck, dass die Verbote – wie schon zu früheren Ereignissen – eher mobilisierend wirken. Doch offensichtlich hatten die Innenstadtverbote durchaus einen Anteil daran, dass weniger Aktive angereist sind bzw. sich eine offensive Beteiligung zugetraut haben.

-

Mit der Totalverbotssituation verbunden hatte sicherlich das Fehlen eines Camps, eines legalen Rückzugsortes als sozialer Treffpunkt und Ort des Austausch, dazu beigetragen, dass weniger Menschen kamen. Die Vorstellung eines mit den geplanten Besetzungen improvisierten infrastrukturellen Netzes konnte nicht umgesetzt werden, letztlich blieben nur Universität und DGB-Haus als überfüllte und überforderte Anlaufstellen übrig. Und das war offensichtlich zu wenig.

-

Zum dritten gab es keinen konkreten Anlass zu diesem Zeitpunkt für die Aktionen in Frankfurt. Zwar folgte Blockupy unmittelbar auf den globalen Aktionstag am 12. Mai, doch scheint es leider immer noch so zu sein, dass eine selbstbestimmte Mobilisierung weniger angenommen wird als wenn parallel ein Gipfel stattfindet.

-

Schließlich: es fehlt offensichtlich das breitere Verständnis für die Notwendigkeit von gebündelten antikapitalistischen Protesten und Widerstand gegen das Krisenregime. In großen Teilen der radikaleren Linken, die in vielerlei Teilbereichskämpfe involviert ist, hatten die Besetzungen und Blockaden an und gegen die Entscheidungszentralen

der globalen Ausbeutung in Frankfurt zumindest keine Priorität. Von der Kritik an den Banken, die Brücke zu den Alltagskämpfen zu schlagen, scheint schwierig. Die Dimension der Krise ist wohl längst nicht angekommen, bzw. die Entwicklung einer verstärkten praktischen Handlungsfähigkeit dagegen (noch immer) nicht von besonderer Bedeutung...

Zur Demonstration am 19. Mai

Der Demonstrationszug war super bunt, laut und stimmungsvoll – und er schien auch endlos lang zu sein. Mit rund 30.000 Menschen beteiligten sich weitaus mehr an der Abschluss-Aktion als nach den Vortagen zu erwarten gewesen wäre. Das Bündnis, mit den wesentlichen Akteuren von attac und der Partei die Linke über Occupy zur Interventionistischen und anderen radikalen Linken, bewährte sich im gemeinsamen Vorgehen, eine gleichermaßen starke internationalistische wie lokale Beteiligung prägte das starke Bild. Dass die Verbotsorgie der Behörden mit einer wirklich mächtigen Demonstration gekontert wurde, war auch weit mehr als ein Protest für die Verteidigung der Demokratie, wie es einige linke KritikerInnen herunterzuspielen versuchen. Die hohe und vielfältige Beteiligung wie auch die entschlossene Stimmung, die eine Eskalation und damit jede nachträgliche Rechtfertigung des Polizeiaufmarsches verweigerte, hatte einen eindeutig antikapitalistischen Charakter, der sich auch in der medialen Berichterstattung der folgenden Tage widerspiegelte. Antikapitalismus sollte – und konnte aber nicht – verboten werden, war die Botschaft in mehreren Fernsehsendungen. Die Gegenseite hatte letztlich jedenfalls medial verloren, Blockupy war – im positiven Sinne – in aller Munde.

Wie weiter? Blockupy 2.0?!

Die bundesweiten wie regionalen Nachbereitungstreffen waren relativ gut besucht und der Vorschlag, in weiteren größeren Mobilisierungen Bankfurt zum "Wendland des Antikapitalismus" zu machen, findet zunächst auch viele BefürworterInnen. Doch wenn und weil – entsprechend des Konzepts der Vielfalt der Widerstandsformen – eben auch Massenblockaden Teil des Aktionskonzeptes bleiben sollen und müssen, stellen sich zum einen die obengenannten Fragen nach den Grenzen der bisherigen Beteiligung an direkten Aktionen – und wie sie zu überwinden wären?! Die zweite entsprechende zentrale Herausforderung besteht darin, für ein mögliches Blockupy 2.0 eine sehr viel breitere regionale Verankerung zu entwickeln. Ob sich daran genug neue Leute und Gruppen beteiligen, ist allerdings noch offen und entsprechend sollte in weiteren kleinen Treffen in unterschiedlichen Spektren in den nächsten Wochen sondiert werden, ob und wie weit sich ein übergreifendes Interesse herstellen lässt: bei Fluglärm-GegnerInnen wie GewerkschafterInnen, bei Erwerbslosen- und migrantischen Gruppen, bei Recht auf Stadt-Initiativen wie auch in den linken Zentren. Was wären gemeinsam zu formulierende Ziele? Wie kann eine gegenseitige praktische Bezugnahme aussehen? Es gibt nicht die Illusion, dass jetzt gleich ganz viele mitziehen, aber die Frage ist, ob bzw. mit welchen Erwartungen jeweils mehr Aktive aus unterschiedlichen Kampffeldern eine gewisse Zeit dafür aufbringen wollen, an der doch für Frankfurter Verhältnisse ziemlich außergewöhnlichen Blockupy-Mobilisierung anzuknüpfen und eben die Brücken in die unterschiedlichen bestehenden Alltagskämpfe zu schlagen.

Zum 13.10., dem nächsten globalen Aktionstag und Jahrestag des Occupy-Camps in Frankfurt, sollen zumindest einzelne Blockupy-Veranstaltungen in Frankfurt stattfinden, und dann – eventuell auch größer – erneut im November zur Euro Finance Week, zu der sich viele Verantwortliche und "Entscheidungssträger" aus Politik und Wirtschaft in Frankfurt treffen. Ob dann spätestens im Frühjahr 2013 zu einem Blockupy 2.0 aufgerufen wird, steht noch in den Sternen. Das hängt auch an vielen externen Faktoren, so u.a. an der weiteren völlig unberechenbaren Krisenentwicklung bzw. den transnationalen Kämpfen und Widerstandsbewegungen. Die Maitage 2012 waren in weniger als 4 Monaten organisiert worden. Und damit sei – bei allen genannten Schwächen und Grenzen – auf einen letzten Pluspunkt der Blockupy-Mobilisierung verwiesen: ihre recht kurzfristige Handlungsfähigkeit.

LINKSNAVIGATOR RHEIN-MAIN - hostet by Libertad!

Quellen-URL: <http://www.linksnavigator.de/node/2920>

Verweise:

- [1] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/1315>
- [2] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/889>
- [3] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/1384>
- [4] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/185>
- [5] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/579>
- [6] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/66>
- [7] <http://www.linksnavigator.de/taxonomy/term/16>

Drei neue EU-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent

Schutz kritischer Infrastrukturen, Aufstands- und Pirateriebekämpfung

von Christoph Marischka

Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSC) der EU war fleißig am 10. Juli 2012 und in den Wochen davor. Seine wesentliche Funktion besteht darin, die von den militärischen Stäben der EU ausgearbeiteten Einsatzkonzepte politisch zwischen den teilnehmenden Staaten abzustimmen und dann zu beschließen. Im Gegensatz zu den Beschlüssen des Rates, die zunehmend auf Vorrat verabschiedet werden und öffentlich gemacht werden, sind die Einsatzkonzepte nicht einsehbar. Somit ist schwer zu erschließen, was genau der Inhalt der drei neuen Missionen in Niger, dem Südsudan und am Horn von Afrika sein wird, die am 10. Juli vom PSC auf den Weg gebracht wurden, als hätte es gegolten, noch vor der Sommerpause Nägel mit Köpfen zu machen.

„EUAVSEC South Sudan“

Beginnen wir mit dem Südsudan, der vor ziemlich genau einem Jahr mit massiver westlicher Unterstützung seine Unabhängigkeit vom Sudan erklärt hatte und seitdem in eine Reihe interner und Grenzkonflikte mit dem Sudan versinkt, während u.a. aufgrund der Einstellung der Erdölförderung die Hälfte der Bevölkerung vom Hunger bedroht ist.¹ Die Mission „EUAVSEC South Sudan“ soll in der Hauptstadt des neuen Staates, Juba, ihren Sitz haben und v.a. der Flugsicherheit am dortigen Flughafen dienen. Damit will man verhindern, dass der Flughafen ein Ziel von Terroristen werden könnte und zugleich die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Südsudan schaffen. In der Pressemitteilung zum entsprechenden Ratsbeschluss vom 18. Juni 2012 wird die Mission außerdem damit begründet, dass der Südsudan ein Binnenstaat und hochgradig abhängig vom Luftverkehr sei.² Tatsächlich soll mit der Aufwertung des Flughafens auch eine größere Unabhängigkeit vom Restsudan und eine engere Anbindung an die Geburtshelfer des neuen Staates in Europa und Nordamerika gewährleistet werden. Die EU-Mission reiht sich somit ein in andere Infrastrukturprojekte, an denen auch die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit beteiligt ist, die u.a. den Ausbau des Verkehrsnetzes nach Äthiopien, Kenia und Uganda – alles enge Verbündete des Westens und Empfänger deutscher und europäischer Militärhilfe – beinhalten. Für eine „zivile“ GSVP-Mission ist EUAVSEC mit 64 Einsatzkräften relativ umfangreich. Im Grunde kann damit die gesamte Flughafensicherheit bis in die unteren Führungsebenen mit Angehörigen der EU-Mission besetzt werden. Entsprechend groß ist auch das Interesse von Nicht-EU-Staaten, sich an der EU-Mission und damit an der Internationalisierung eines möglichen neuen Verkehrsknotenpunktes für Ost- und Zentralafrika zu beteiligen. So sollen bereits u.a. die Schweiz, Norwegen und die Türkei, die USA und Kanada, Kenia, Uganda und Südafrika, China und Japan ihre Bereitschaft zur Beteiligung signalisiert haben.

„EUCAP Niger“

Auch bei der Mission im Niger handelt es sich offiziell um eine „zivile“ Mission, obwohl in den Ausschreibungen gerade für die leitenden Posten explizit ein militärischer Rang eingefordert wird. Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist auch ein Schreiben des PSC an die Mitgliedsstaaten, wonach das für die Mission abgestellte Personal „seine Uniformen

mitbringen wird. Vor Ort wird der Missionsleiter je nach den lokalen Umständen Kleidungsvorschriften erlassen und bestimmen, ob von den Mitgliedern der Mission zivile Kleidung oder Uniformen getragen werden soll“.³

Der offizielle Name der Mission wird wahrscheinlich „EUCAP Niger“ lauten, obwohl bislang gelegentlich noch von „EUCAP Sahel“ und „EUCAP Sahel Niger“ die Rede ist. Das „CAP“ dabei steht für den „Kapazitätsaufbau“, vornehmlich soll es wohl um den Aufbau von Gendarmeriekräften gehen. Das „Sahel“ verweist darauf, dass entsprechende Missionen ursprünglich im Rahmen der letztes Jahr verabschiedeten EU-Sahel-Strategie auch in Mauretanien und Mali geplant waren oder aber eine Mission, die alle drei Staaten umfasst. Diese Strategie ging aus Erkundungsmissionen der EU in allen drei Staaten hervor. Sie beruhte auf der Bedrohungsanalyse, dass es auf Grund einer mangelnden Präsenz des Staates (und seiner Sicherheitskräfte) in der Fläche, einer zunehmenden Verarmung der Bevölkerung und absehbarer Hungerkatastrophen zu Aufständen kommen könnte, die ein gutes Umfeld für islamistische Terrorgruppen bilden könnten. Bezeichnenderweise gehen selbst Mitarbeiter der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik davon aus, dass gerade die EU-Sahel-Strategie dazu beigetragen haben dürfte, dass sich diese Befürchtungen Anfang des Jahres in Mali bewahrheiteten. So schrieben Denis M. Tull und Wolfram Lacher in ihrer Studie „Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika“ zu den Hintergründen des Aufstandes im Norden Malis: „Im Jahr 2011 begann die malische Regierung überdies, ein maßgeblich von der EU unterstütztes Programm zu verwirklichen, das die staatliche Präsenz im Norden ausweiten sollte. Das brachte die Anführer der Rebellen der 1990er Jahre und von 2006 vollends gegen die malische Führung auf. Nach Ansicht der ehemaligen Rebellen widersprach die Stationierung zusätzlicher Sicherheitskräfte den Friedensabkommen der 1990er Jahre, denn diese sahen vor, die militärische Präsenz im Norden zu verringern.“⁴

Zwar ist von Seiten der EU weiterhin die Rede davon, dass die EUCAP-Mission lediglich ihren Schwerpunkt im Niger haben werde, tatsächlich deutet jedoch alles darauf hin, dass sie sich – neben einigen auszubildenden Gästen und Geheimdienstlern aus den Nachbarstaaten – auf dessen Hauptstadt Niamey beschränken wird. Denn die Bewegungsfreiheit selbst für die „Sicherheitskräfte“ der Anrainerstaaten im Sahel ist gegenwärtig eng begrenzt. Auch in den Niger sind nach dem Krieg in Libyen viele Waffen und Kämpfer eingesickert und manche sprechen bereits davon, dass diese auch im Norden des Niger weitgehend die Kontrolle übernommen hätten – zu einem sichtbaren Aufstand sei es alleine deshalb nicht gekommen, weil der Niger keine Gegenmaßnahmen ergriffen hätte. Die EUCAP-Mission wird sich selbst nicht unmittelbar an der Aufstandsbekämpfung im Norden beteiligen, sondern lediglich die Kräfte hierfür ausbilden und ausrüsten. Die internationale Präsenz könnte allerdings verhindern, dass auch im Niger der Aufstand im Norden und die dadurch gebunde-



Plakat zur Feier der Unabhängigkeit des Südsudans,
Quelle: Al Jazeera English über Wikipedia.

nen Kräfte die Bedingungen für einen Putsch in der Hauptstadt schafft – oder im schlimmsten Fall dafür sorgen, dass ein solcher noch vor der Stationierung der Internationalen Kräfte stattfindet.

„EUCAP Nestor“

Auch die neue Mission am Horn von Afrika trägt den „Kapazitätsaufbau“ in ihrem Namen „EUCAP Nestor“. Diese Mission wird demnächst in Somalia, Djibouti, Kenia und den Seychellen beginnen, Vorausteams sind bereits vor Ort. Später soll die Mission u.a. auf Tanzania und Mosambik ausgeweitet werden können – ursprünglich war auch eine Beteiligung des Jemen vorgesehen. Der Kapazitätsaufbau soll sich hier auf die maritimen Kapazitäten konzentrieren und erfolgt im Rahmen der sog. „Bekämpfung der Piraterie“. Europäische Marinesoldaten sollen in den Küstenstädten der betreffenden Länder stationiert werden und diese u.a. bei der Ausbildung ihrer Marinekräfte unterstützen – auch im Einsatz selbst.⁵ Dazu sollen sie ggf. eine Koordinationsfunktion bei der Ausstattungshilfe einnehmen, was bedeutet, dass den entsprechenden Staaten kostenlos militärische Ausrüstung (keine Waffen und Munition im engeren Sinne) überlassen wird.

Im Falle Kenias, Djibouti und der Seychellen dürfte es sich dabei v.a. auch für Gegenleistungen für deren Unterstützung aller Aktivitäten der EU am Horn von Afrika handeln. Djibouti stellt der EU und der NATO dafür großzügig militärische Infrastruktur und Stützpunkte bereit, Kenia und die Seychellen haben für die EU das dreckige Geschäft übernommen, die von ihr festgesetzten Piraterieverdächtigen zu inhaftieren und auf dünner rechtlicher Grundlage abzuurteilen. Kenia und Äthiopien, die beide zusätzlich in das jüngste Programm für die militärische Ausstattungshilfe durch Deutschland aufgenommen wurden, haben außerdem mittlerweile große Teile des Südens und Zentralsomalias unter ihre Kontrolle gebracht und wurden von der EU dabei mehr oder weniger offen unterstützt. Diese rückt zunehmend von ihrer Unterstützung für die korrupte und aus dem Ausland geführte somalische Übergangsregierung ab und neigt stattdessen dazu, Somalia in Einflussphären aufzuteilen. Während der Süden und der mittlere Westen Somalias den Nachbarn Kenia und Äthiopien überlassen wird, sollen im Norden die lokalen Regierungen Puntlands und Somalilands gestärkt werden. Auch dem soll EUCAP Nestor in völkerrechtlich höchst zweifelhafter Manier dienen, sollen es doch gerade diese Provinzen sein, deren maritime Fähigkeiten ausgebaut werden sollen, obwohl diese



Landung einer Bundeswehr-Orion in Dschibuti, Quelle: Bundeswehr-TV (youtube).

formal über gar keine Küstenwache oder Marine verfügen, weil dies Aufgabe des Gesamtstaates ist.

Generell lassen alle drei Missionen große Gemeinsamkeiten erkennen, welche Aufschluss über die sich herausbildende EU-Strategie liefern und sich in diese gut einpassen. Es handelt sich bei allen drei Missionen formal um zivile Missionen, von denen aber mindestens zwei eine starke militärische Komponente haben. Im Vergleich etwa zu den von der EU aufgestellten Battlegroups handelt es sich zudem um recht kleine Missionen, die nicht auf militärische Konfrontationen ausgerichtet sind, sondern v.a. den Schutz kritischer Infrastrukturen (Regierungsviertel, Flug- und Seehäfen) beinhalten und den Aufbau lokaler Kräfte zur Bekämpfung möglicher Aufstände in der Peripherie (bzw. der Piraterie auf See). Sie sind dabei eingebettet in regionale Strategien des Staatsaufbaus und der bewussten Stärkung und Schwächung lokaler und regionaler Akteure. Sie erinnern damit stark an frühere Strategien des europäischen Kolonialismus. Schockierend auch, dass diese Missionen ohne öffentliche Debatte und parlamentarische Kontrolle in Brüssler Hinterzimmern konzipiert werden.

Anmerkungen

- 1 Max Borowski: „Ausgepumpt“, Financial Times Deutschland vom 9.7.2012.
- 2 „EUAVSEC South Sudan to strengthen aviation security in South Sudan“, Pressemitteilung des Rats der Europäischen Union vom 18.6.2012.
- 3 Brief des Leiters für zivile Operationen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Hansjörg Haber, an die Mitglieder des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees vom 4.7.2012, ggw. Einsehbar u.a. unter: www.mvcr.cz/soubor/letter-psc-04-07-2012-pdf.aspx.
- 4 Denis M. Tull / Wolfram Lacher: Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika. Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2012. Vgl.: Christoph Marischka: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie: Mali – Was Aufstand und Putsch mit der EU-Strategie für den Sahel zu tun haben, IMI-Standpunkt 2012/018 – in: AUSDRUCK (April 2012).
- 5 Drucksache 17/8571.

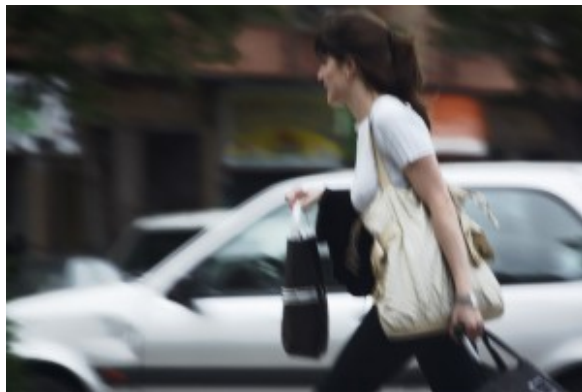
- [Aktuell](#)
- [Über und an uns](#)
- [Gedrucktes](#)
- [Specials](#)
- [English](#)
- [Abo bestellen](#)

« [Mikrokredite und die Entdeckung der Frauen
Arbeitszeitverkürzung. Neue Perspektiven aus den Kämpfen entwickeln](#) »

Erschöpfung des Sozialen

19. Dez 2012 von [Harry Adler](#)

Von Gabriele Winker.



Menschen sind in den vorherrschenden Krisendebatten weitgehend entsorgt. Es geht um Banken, denen es schlecht geht, um Märkte, die nervös reagieren, oder um misswirtschaftende Schuldenstaaten, die den Euro infizieren. In vielen linken Debatten geht es dagegen primär um die Bedeutung des Finanzkapitals. Menschen mit ihren Existenzsorgen und ihrem Zeitstress werden nur am Rande erwähnt. Dies ist erstaunlich, da derzeit immer mehr Menschen trotz des Verkaufs ihrer Arbeitskraft weder ausreichend finanzielle noch zeitliche Ressourcen haben, um ihre grundlegenden Lebensbedürfnisse zu realisieren. Dadurch entsteht vielfältiges soziales Leid, woran linkes politisches Handeln grundlegend ansetzen müsste. Ferner lassen sich gerade aus den Schwierigkeiten der Reproduktion von Arbeitskraft auch Widersprüche bei der Kapitalakkumulation herausarbeiten, da sich im Kapitalismus nur durch den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft als Ware Mehrwert bzw. Profit realisieren lässt. Um diese aktuellen kapitalistischen Verwertungsschwierigkeiten zu benennen und dabei gleichzeitig die schwierigen und teilweise menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen zu politisieren, spreche ich von einer Krise sozialer Reproduktion und verstehe darunter den zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung und der Reproduktion von Arbeitskraft.¹

Zur sozialen Reproduktionskrise

Wir befinden uns derzeit in einer tiefen Überakkumulationskrise (vgl. Candeias/Rilling 2009). Die Gründe für solche Verwertungskrisen des Kapitals sieht Marx in inneren Widersprüchen des Kapitalismus, die er u.a. im Gesetz des tendenziellen Falls der

Profiträte verdeutlicht (MEW 25, 221ff). In solchen Situationen reagiert das Kapital in vielfältiger Weise: Unternehmen schränken die Realinvestitionen ein und legen ihr Kapital auf dem Geldmarkt an. Unterstützt durch Deregulierungen des Finanzsektors fließen in bisher unbekanntem Ausmaß Kapitalströme in Aktien, in den Devisen-, Derivate- oder Anleihenmarkt oder andere Formen fiktiven Kapitals.

Finanzspekulationen haben eine neue Quantität wie Qualität angenommen. Eine weitere Strategie ist das Ausweichen in Niedriglohnländer, wo wegen des niedrigeren technologischen Niveaus mit billigeren Arbeitskräften höhere Profitraten erzielt werden können. Gleichzeitig versuchen Unternehmen und Staat im Verbund in technologisch hoch entwickelten Ländern wie Deutschland, den Lohn für Teile der Beschäftigten unter anderem mit der Drohung von Standortverlagerungen oder dem Druck der Jobcenter unter den Wert der Arbeitskraft zu drücken.

Ferner erleben wir, wie zur Kostensenkung Sozialversicherungssysteme und staatliche Institutionen zurückgefahren werden, die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. So werden Aufgaben im Bereich der Erziehung und Bildung sowie der Gesundheit und Pflege in die Familien verlagert. Sie werden zusätzlicher Teil einer ohnehin schon umfangreichen familiär und zivilgesellschaftlich organisierten Reproduktionsarbeit, die für die Wiederherstellung der eigenen Arbeitskraft wie auch die Kindererziehung sowie die Unterstützung von pflegebedürftigen Personen unabdingbar ist. Dieser Bereich bleibt häufig – auch im Krisendiskurs – unsichtbar, da diese gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht warenförmig, sondern ausschließlich am Gebrauchswert orientiert, primär von Frauen realisiert wird. Reproduktionsarbeit ist in der Bundesrepublik zeitlich um das 1,7-fache größer als die Lohnarbeit (BMFSFJ 2003). Vor allem Beschäftigte, die neben ihrer Lohnarbeit Sorgeverpflichtungen für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernommen haben, kommen bei längeren und flexibilisierten beruflichen Arbeitszeiten, eingeschränkten staatlichen Betreuungsangeboten sowie durchlöchernten Sozialsystemen an die Grenzen ihrer Kräfte. Dies gilt insbesondere für Frauen, deren Erwerbsquote seit den 1970er Jahren kontinuierlich angestiegen ist und die in einer zweiten Arbeitsschicht die zunehmenden Reproduktionsarbeiten leisten müssen.

Mit all diesen Maßnahmen gelingt es zwar, den Ausbeutungsgrad der Lohnabhängigen zu erhöhen, die damit einhergehende Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbesitzenden und Besserverdienenden bewirkt allerdings einen weiter wachsenden Überschuss an Kapital, das Anlagemöglichkeiten sucht. Um die Entwertung von Kapital zu vermeiden, nehmen staatliche Interventionen zur Absicherung des Finanz- und Währungssektors weiter zu. Die durch die Rettungsmaßnahmen verursachte Überschuldung des Staates vergrößert den Druck auf die staatlichen Leistungen, die zur Daseinsvorsorge oder anders ausgedrückt zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind, sich aber aus Kostengründen nicht mehr realisieren lassen. Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung bringen auf diese Weise neue Probleme hervor, verschärfen selbst die Krise.

Während sich viele Krisenanalysen mit den spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten auseinandersetzen, werden die Maßnahmen des Kapitals, die zu großen Schwierigkeiten bei der Reproduktion von Arbeitskraft führen, kaum betrachtet. Das kapitalistische System ist in einem Land wie der BRD, das einen Teil seiner Überakkumulation durch Handelsüberschüsse auf andere Länder überträgt, nicht mehr in der Lage, für alle Menschen die grundlegenden Lebensbedürfnisse zu gewährleisten. Diese Situation

bringt für Menschen mit geringen finanziellen und zeitlichen Ressourcen vielfältiges soziales Leid hervor. Gleichzeitig steht damit ein Teil der Arbeitskräfte nicht mehr mit der notwendigen Qualifikation und Leistungsbereitschaft als Produktivkräfte zur Verfügung. Auch der selektive Zustrom migrantischer Arbeitskräfte konnte dies bislang nicht ausgleichen. Der kapitalistische Widerspruch zwischen Senkung der Lohnkosten zur Profitmaximierung und der Notwendigkeit der Reproduktion von einsatzfähigen, breit ausgebildeten Arbeitskräften hat sich zugespitzt. Aus dem Versuch des Kapitals, mit Reallohnsenkungen und Sozialabbau der Überakkumulationskrise zu begegnen, entwickelt sich eine soziale Reproduktionskrise, die in der Folge die Kapitalverwertungsprobleme verschärft.

Während in den Analysen zur Finanzkrise Menschen kaum mehr vorkommen und Geschlechterverhältnisse allenfalls mit Bezug auf das Geschlecht der Bankiers behandelt werden, ist in der Auseinandersetzung mit der sozialen Reproduktionskrise auch analytisch der Bezug zur Lohn- und Reproduktionsarbeit mitgedacht. So kommen die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse mit der patriarchalen Arbeitsteilung in der Produktions- und Reproduktionssphäre in den Blick.

Zu den Folgen der sozialen Reproduktionskrise

Die von Lohn und Transferzahlungen Abhängigen sind seit Jahren sozialen Angriffen ausgesetzt. In der Krise seit 2007 verschärft sich die Situation noch.

Ausdehnung des Arbeitstags und Sinken der Reallöhne

Laut AOK-Fehlzeiten-Report 2012 ist inzwischen fast jeder zweite Beschäftigte außerhalb der Arbeitszeit für berufliche Aufgaben erreichbar. Mit dieser Verlängerung des Arbeitstags auch in Urlaubszeiten hinein, verbunden mit alltäglichen Leistungsverdichtungen, verbessern Unternehmen die Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals. Gleichzeitig gelang es ihnen, den Familienlohn abzubauen und die Reallöhne zu senken. Mit der sich fortsetzenden Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in Teilzeitbeschäftigung ist es ebenfalls möglich, die Arbeit intensiver zu gestalten und über den vertraglichen Umfang hinaus auszudehnen. Gleichzeitig wird seit dem Wegfall der Systemkonkurrenz verstärkt ein wachsender Teil der Lohnabhängigen unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt. Dies erfolgt seit 2003 mithilfe der Hartz-Gesetze durch den forcierten Ausbau prekärer Arbeitsverhältnisse in Form von Minijobs, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und sozialversicherungsfreien Arbeitsverträgen. Viele prekär Beschäftigte können die Kosten für Nahrung, Wohnung und Kleidung nicht mehr begleichen und erhalten als »Aufstocker« finanzielle Zusatzleistungen vom Staat. Im Jahr 2010 arbeiteten laut Statistischem Bundesamt (10.9.2012) bereits 20,6 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten im Niedriglohnsektor, über 60 Prozent davon sind Frauen. Formen der Überausbeutung gibt es ferner bei unbezahlten Praktika oder Ein-Euro-Jobs, die Erwerbslosen von den Arbeitsagenturen häufig aufgezwungenen werden. Entsprechend ging das reale Bruttoentgelt pro lohnabhängig Beschäftigtem von 1994 bis 2008 um 3,3 Prozent zurück (Demirović/Sablowski 2012, 11). Im Niedriglohnsektor fielen die Löhne zwischen den Jahren 2000 und 2010 um bis zu 30 Prozent (DIW 2011).

Abbau staatlicher Infrastrukturmaßnahmen

Durch Senkung der staatlichen Ausgaben und Erhöhung der Gebühren werden die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben für die Reproduktion der Arbeitskraft auf die lohnabhängigen Menschen abgewälzt. Die Kürzungspolitik ist ein Angriff auf Menschen, die sich unter prekären Bedingungen und sinkenden Reallöhnen um ihre Daseinsvorsorge und die ihrer Kinder kümmern und die wegfallenden staatlichen Dienste in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege in familiären Zusammenhängen auffangen müssen.

Dort, wo staatliche Sozialausgaben für die Reproduktion der Arbeitskraft unabdingbar sind, versucht die Politik dies mit möglichst geringen Kosten zu realisieren. So wird im Bereich der Familienpolitik zwischen Leistungsträgern und Leistungsempfängern unterschieden. Während beispielweise gut verdienende Eltern für 12 bzw. 14 Monate bis zu 1 800 Euro pro Monat Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen können, werden bei Hartz-IV-EmpfängerInnen selbst die ihnen zustehenden 300 Euro mit dem ALG II verrechnet. Der zögerliche Ausbau der Kitas ist primär für die Absicherung der Berufstätigkeit von Eltern gedacht, das Kindeswohl bleibt zweitrangig. Es wird versucht, selbst diese Kinderbetreuungskosten zu drücken: Leiharbeiterinnen sowie un- bzw. schnell ausgebildetes Betreuungspersonal werden bereits eingesetzt – dies soll systematisch ausgeweitet werden.

Bei der Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen ist die staatliche Unterstützung noch deutlich geringer, werden diese ja im Gegensatz zu Kindern nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt. Dort konnte eine bezahlte Freistellung zur Pflege – vergleichbar mit dem Elterngeld – nicht durchgesetzt werden. Nach dem Pflegezeitgesetz können sich pflegende Angehörige zwar bis zu sechs Monate von der Erwerbsarbeit freistellen lassen oder nach dem am 1.1.2012 inkraftgetretenen Familienpflegezeitgesetz ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahren reduzieren, allerdings bei beidem ohne jeglichen Ausgleich für die entfallenen Bezüge. So wird bei der Pflege auf das große Engagement der Angehörigen gesetzt, die mit einem, wenn überhaupt, nur geringen Pflegegeld die Sorge für Eltern und Verwandte übernehmen.

Im Bildungssystem wird mit der zwölfjährigen Schulzeit sowie einer verschulten Bachelorausbildung versucht, die frühzeitige Verwertung junger Arbeitskräfte voranzutreiben und gleichzeitig staatliche Kosten zu senken. Das Problem, dass damit junge Menschen nicht die geforderten innovativen Fähigkeiten für die sich technologisch und organisatorisch schnell wandelnden Produktionsbedingungen entwickeln können, wird mit der Forderung nach lebenslangem Lernen und »Employability« (Beschäftigungsfähigkeit) als individuell zu lösende Aufgabe an sie zurückgegeben. Bildung wird so zum »Investitionsrisiko« (vgl. Federici/Cooper in diesem Heft).

Durchlöcherung der Sozialversicherungssysteme

Das System der Solidargemeinschaft wird immer mehr aufgeweicht mit dem Ziel, Unternehmen zu entlasten und die Kosten den Betroffenen aufzuladen. Erwerbslose erhalten nur noch für einen kurzen Zeitraum ALG I, danach müssen sie am Existenzminimum mit ALG II leben. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung fallen immer mehr Krankheiten aus dem Leistungskatalog, was sich bisher am deutlichsten bei der nur noch geringfügigen Kostenübernahme von notwendigen Zahnersatzbehandlungen zeigt. Die staatliche Rente wird seit Jahren ausgehöhlt, sodass Millionen Rentner mit Altersarmut konfrontiert sind. Viele arbeiten bereits in Minijobs,

um mit ihrer viel zu geringen Rente irgendwie über die Runden zu kommen. Das Rentenniveau soll auf 43 Prozent des Nettoeinkommens sinken. Das heißt, in Zukunft werden Durchschnittsverdiener mit einem monatlichen Lohn von 2 500 Euro nach 35 Arbeitsjahren gerade einmal eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhalten. Niedriglöhner, v.a. Frauen, die aufgrund von Erziehungs- und Pflegeaufgaben diskontinuierlich und/oder in Teilzeit arbeiten müssen, erreichen weder die 35 Jahre Beitragszeiten noch ein entsprechendes Einkommensniveau (vgl. Manske 2012).

Privatisierung profitträchtiger staatlicher Funktionen

Die Privatisierung von Staatsfunktionen, z.B. im Bereich der Übernahme von öffentlichen Krankenhäusern, findet nur dort statt, wo sich das Kapital Profite erwartet. So reduzieren privatisierte Krankenhäuser Liegezeiten und spezialisieren sich bspw. auf Knie- oder Hüftoperationen, da diese wie am Fließband profitabel abzuwickeln sind. Eine Gesamtversorgung ist damit ebenso wenig gewährleistet wie die Pflege nach einem operativen Eingriff. Ferner konzentrieren sich privatwirtschaftliche Konzepte aus Gründen der Profitmaximierung auf gut Verdienende bzw. Privatversicherte, was bei elitären Bildungsstätten, Wellness-Oasen oder De-Luxe-Seniorenresidenzen sichtbar wird. Im Bereich von Wohnen, Energie und Verkehr wurden umfangreiche Privatisierungen durchgeführt. Mangels Alternativen müssen auch Menschen mit niedrigem Einkommen die abgewälzten höheren Kosten in Kauf nehmen, da der sozial geförderte Wohnraum rapide abnimmt und die Mobilitäts- und Energieversorgung aufgrund technologischer Voraussetzungen tendenziell Monopolstrukturen aufweisen.

Zunehmende Reproduktionsarbeit

Es sind die Reproduktionsarbeitenden, primär Frauen, die Reallohnsenkungen, Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen, mangelnde Kinderbetreuung, schlechte Schulbildung, steigende Mieten, Energie- und Gesundheitskosten u.v.m. in Familienstrukturen aufzufangen haben. Auf sie fallen auch die für die Kapitalverwertung unerwünschten Nebeneffekte der Kürzungspolitik zurück: etwa Ausfallzeiten, wenn nach einer Operation ein Familienmitglied zuhause gepflegt werden muss, weil es kaum noch stationäre Nachsorge in den Krankenhäusern gibt. Die Kürzungen vermindern die Aussichten auf ausreichende (Weiter-)Qualifikation, fehlende Perspektive führt zu mangelnder Motivation. Es ist Aufgabe der Erwachsenen, sich als motivierte, gesunde, qualifizierte Arbeitskräfte zu reproduzieren. Bei Kindern und Jugendlichen übernehmen diese schwere und zeitintensive Aufgabe primär die Eltern. Konsequenz dieser hier nur umrissenen Krisenfolgen ist, dass viele Menschen, vor allem Frauen mit Sorgeverpflichtungen, deutlich überlastet sind. Zwar können sich überdurchschnittlich gut verdienende Paare über schlecht bezahlte und nicht abgesicherte Haushaltsarbeiterinnen entlasten. Der wachsenden Zahl der prekär Lohnarbeitenden bleibt nur, die zunehmenden Reproduktionsaufgaben ohne gesellschaftliche Unterstützung am Rande ihrer eigenen Überforderung neben ihrer Berufstätigkeit auszuführen.

Wie schwierig ein Leben unter diesen Bedingungen ist, zeigt sich an der sprunghaften Zunahme von depressiven Erkrankungen und neuen Krankheitsbildern wie Burnout. Laut AOK-Fehlzeiten-Report hat sich seit 1994 die Anzahl der Tage, in denen Beschäftigte aufgrund psychischer Erkrankungen arbeitsunfähig waren, nahezu verdoppelt. Auch ein dauerhaft niedriges Geburtenniveau von unter 1,4 Kindern pro

Frau spricht eine deutliche Sprache. Die Mehrheit der Kinderlosen möchte die hohen finanziellen Belastungen von Eltern und verschlechterten beruflichen Chancen vor allem von Müttern nicht tragen. Hinzu kommen die wenigen Kita-Plätze, unsichere Jobs, hohe Mieten und das abschreckende Beispiel von Alleinerziehenden, von denen über 40 Prozent unter den Bedingungen von Hartz IV leben.

Die Kürzungspolitik wird sich in Zukunft durch die zu erwartende Kapitalentwertung weiter verschärfen. Den Preis für die staatlichen Rettungsaktionen von sogenannten systemrelevanten Finanzhäusern, aber auch von Inflation wird die große Mehrheit der von Lohn und Transferzahlungen abhängigen Menschen zahlen. Sie werden von den massiven sozialen Kürzungen betroffen sein, die mit der Staatsdefizit-Sanierung bereits sichtbar sind und sich weiter fortsetzen werden.

Daseinsvorsorge ins Zentrum politischen Handelns stellen

Was bedeutet die Analyse der sozialen Reproduktionskrise mit ihren Folgen für politisches Handeln? Zunächst einmal gilt es, »laut zu sagen, was ist« (Rosa Luxemburg). Es gilt die Zusammenhänge der Kapitalverwertung klar darzustellen, sodass Menschen erkennen, dass ihre Existenzsorgen und ihr Zeitstress nicht individuellem Verschulden zuzuschreiben sind, sondern den krisenhaften Verwertungsproblemen eines kapitalistischen Systems. Es muss deutlich werden, dass es im Kapitalismus um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur insoweit geht, als mit ihnen ein Profit realisierbar ist. Eine Gesellschaft kann jedoch die Realisierung ihrer Grundbedürfnisse nicht daran ausrichten, ob sie für ein Einzelkapital derzeit profitabel sind.

In dieser Situation plädiere ich für einen grundlegenden Perspektivenwechsel, eine Care Revolution. Es geht um ein Konzept, das nicht Profitmaximierung, sondern konsequent die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen ins Zentrum politischen Handelns stellt. Es geht darum, alle gesellschaftlich für die Daseinsvorsorge notwendigen Arbeiten von der Warenproduktion und damit von den Verwertungsprinzipien auszuschließen. So werden Zeit für Reproduktionsarbeit, Zeit für die Produktion von gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen, Zeit für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement sowie Zeit für Muße – bei gleichzeitiger sozialer Absicherung – zum Ziel gesellschaftlicher Transformation.

Erste Schritte in Richtung einer Care Revolution sind eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die Realisierung des Mindestlohns sowie ein bedingungsloses, die Existenz sicherndes Grundeinkommen. Nur so ist individuelle und generative Sorgearbeit im familiären Umfeld zeitlich und bei Absicherung der Existenz realisierbar. Ferner ist die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Sorgearbeit in den Familien mit einem deutlich ausgebauten Netz staatlich, genossenschaftlich oder gemeinwirtschaftlich angebotener personennaher Dienstleistungen in den Bereichen Kinderbetreuung und Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung und Altenpflege zu verbinden. Gleichzeitig ist eine gesellschaftliche Aufwertung und deutlich höhere Entlohnung dieser Dienstleistungen wichtig. Dies würde für alle professionellen Care Worker, vor allem die vielen Frauen, die in diesem Bereich tätig sind, endlich Existenz sichernde Löhne bedeuten. Verbunden mit humanen Aufenthaltsgesetzen können so auch die Arbeitsbedingungen von migrierten Angestellten in der häuslichen, aber auch in der privatwirtschaftlichen und staatlichen Betreuungs- und Pflegearbeit legalisiert und verbessert werden. Mit diesen politischen Leitlinien ließe sich Arbeit im ganz

umfassenden Sinne auch zwischen den Geschlechtern umverteilen (ausführlich in *LuXemburg* 3/2010, 124ff). Diese ersten Schritte einer Care Revolution benötigen finanzielle Ressourcen, die mit einem konsequenten Schuldenschnitt zu Lasten der großen Gläubiger, einer Streichung eines großen Teils der institutionellen Schulden sowie einer deutlich stärkeren Besteuerung der Reichen und der Unternehmensgewinne zur Verfügung stünden.

Zur Realisierung auch der kleinsten der genannten Maßnahmen bedarf es einer gesellschaftlichen Mobilisierung. Ausgangspunkt für Widersetzungspraxen können kollektive Selbstreflexionsprozesse sein, die an alltäglichen Erfahrungen anknüpfen und die Gestaltung eines selbstbestimmten und menschenwürdigen Lebens ins Zentrum stellen. Und es gibt ja bereits vielfältige Proteste – vom Erzieherinnenstreik 2009 bis zu den oft regional ausgerichteten Warnstreiks von Pflegekräften in den vergangenen Jahren, von den vielfältigen Protesten einer breiten Bewegung »Recht auf Stadt« bis zum Zusammenschluss selbstorganisierter Hausprojekte im Miethäuser-Syndikat, von einer Commons-Bewegung, die auch bereits im Bereich der Daseinsvorsorge alternative Lebensformen erprobt, bis zu den kommunalen Auseinandersetzungen um Angebote für Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Verbindend könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität. Insofern verstärken an der Care Revolution orientierte politische Aktivitäten antikapitalistische Politiken und eröffnen neu gewendete Debatten um sozialistische Visionen.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Statistisches Bundesamt (Hg.), 2003: *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*
- Candeias, Mario, und Rainer Rilling (Hg.), 2009: *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin
- Demirović, Alex, und Thomas Sablowski, 2012: Finanzmarktdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2012/demirovic-sablowski.pdf
- DIW Wochenbericht 45, 2011: Reallöhne 2000–2010. Ein Jahrzehnt ohne Zuwachs, Berlin, www.diw.de
- Institut für Gesellschaftsanalyse (Hg.) (2011): *Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus. Thesen*, Berlin
- Manske, Alexandra, 2012: *Leiharbeit aus gendersensibler Perspektive*, Reihe: Studien der RLS, Berlin

Anmerkung

Reader BUKO Gesnat Seminar 5. bis 7. April 2013 in Meuchefitz, Wendland

1 Das Institut für Gesellschaftsanalyse (2011, 10) spricht vergleichbar von einer »Krise der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft wie der künftiger Generationen«, führt diesen Gedanken allerdings nicht weiter aus.



Tags: [Class and Care](#), [Krise](#), [Reproduktion](#)

Gepostet in [Heft 14 4/2012](#), [News](#)

4 Kommentare auf "Erschöpfung des Sozialen"

1.  *Burkhard Malotke* sagt:
[23. Dezember 2012 um 09:48](#)

In weiten Teilen kann ich der Analyse und z.T. auch den Folgerungen zustimmen. Eines kann ich allerdings so nicht nachvollziehen: das bedingungslose Grundeinkommen. Unter Makroökonomischen Gesichtspunkten ist dieser Vorschlag so alt, wie falsch. Hier sind die Veröffentlichungen von Flassbeck und anderen dringend angeraten, weil solche Vorschläge gerade von "Mutti's schwäbischer Hausfrau" sofort als völlig absurd und unrealistisch charakterisiert werden können.

2.  *Stefan Wehmeier* sagt:
[24. Dezember 2012 um 13:34](#)

Die Lösung der Sozialen Frage

Staatliche Planwirtschaft und Sozialgesetzgebung ... versuchen dem Kapitalismus ein freundliches Lächeln aufzuschminken, ohne indes an der monopolbedingten Ausbeutung etwas zu ändern. So entwickelt sich allmählich eine Art „Sozialkapitalismus“, ein Mittelding zwischen Privat- und Staatskapitalismus, eine Übergangserscheinung von der einen zur anderen Ausbeutungsform. Im „Sozialkapitalismus“ haben die Vertreter des Privatkapitalismus und des Pseudo-Sozialismus ihren Frieden geschlossen. Der Zins wird sozusagen staatlich garantiert und im Übrigen einer wirtschaftlichen Depression, die das ganze Kartenhaus zweifelhafter Kompromisse zusammenstürzen lassen würde, durch das Mittel der dosierten Inflation vorgebeugt.

Die im Zuge dieser Fehlentwicklung fortschreitende Monopolisierung wandelt den „Sozialkapitalismus“ allmählich zum Staatskapitalismus. An die Stelle der lediglich von einigen Monopolen verfälschten Marktwirtschaft tritt immer mehr die auf eine vollständige Monopolisierung hinzielende staatliche Befehlswirtschaft.

Privat- und Staatskapitalismus bilden also, entgegen einer weit verbreiteten Ansicht, keine Gegensätze, sondern sind trotz aller äußerlichen Unterschiede völlig gleichartig, da beide ihrem Wesen nach auf Monopolen beruhen, das heißt auf einer Einschränkung, wenn nicht gar auf dem Ausschluss der Konkurrenz. Das Ausbeutungsprinzip ist bei beiden das gleiche. Privatkapitalismus ist eine

Reader BUKO Gesnat Seminar 5. bis 7. April 2013 in Meuchefitz, Wendland

halbmonopolistische Wirtschaftsform, Staatskapitalismus eine ganzmonopolistische. An die Stelle des individuellen Kapitalisten im Privatmonopolismus tritt im Staatsmonopolismus das „solidarische Korps der Führer der herrschenden Partei“, die ein allgemeines Wirtschaftsmonopol des Staates aufgerichtet haben und mit seiner Hilfe die unterjochte Masse grenzenlos ausbeuten. Der Staat ist zugleich Machtapparat und Ausbeutungsinstrument in den Händen der Führer der herrschenden Einheitspartei.

Im Hinblick auf das Ausbeutungsprinzip besteht also zwischen Privat- und Staatskapitalismus kein Wesens-, sondern nur ein gradueller Unterschied. Hingegen besteht in der Form des wirtschaftlichen Regulierungsprinzips ein sehr wesentlicher Unterschied: Im Privatkapitalismus ist es der – durch Monopole allerdings bis zu einem gewissen Grad verfälschte – Markt, im Staatskapitalismus ist es der „Befehl von oben“. Beide Wirtschaftsformen sind Anfang und Ende ein und derselben Fehlentwicklung, deren letztes Ergebnis der Totalitarismus, die schrankenlose Staatsdespotie bildet.

Den tatsächlichen Gegenpol sowohl zum Privat- als auch zum Staatskapitalismus bildet einzig und allein die – bisher noch niemals und nirgends verwirklichte – freie Marktwirtschaft. Unter einer freien Marktwirtschaft ist eine von Monopolen freie Wirtschaft zu verstehen. Eine solche entmonopolisierte Wirtschaft ist zugleich der Idealtypus einer echten Sozialen Marktwirtschaft.

<http://opium-des-volkes.blogspot.de/2012/12/die-losung-der-sozialen-frage.html>

3.  *Burkhard Malotke* sagt:
[3. Januar 2013 um 13:49](#)

So wird mit vielen Worten gesagt, dass etwas nicht gesagt werden kann. Was ist den die wirklich freie Marktwirtschaft, wo liegen konkret ihre Fesseln, was macht eine freie Marktwirtschaft denn unfrei?

Die sogenannten Wirtschafts"wissenschaftler" neoklassischer Prägung hatten da noch Adam Smith's "unsichtbare Hand".

Sowohl Staats- als auch Privatkapitalismus sind Kapitalismus! Was sind also "Marktwirtschaft", "freie Marktwirtschaft", was also ist denn der "Gegenpol"?

Solche Debatten sind aus meiner Sicht weder analytisch, noch zielführend.

4.  *Stefan Wehmeier* sagt:
[5. Januar 2013 um 19:02](#)

"Sowohl Staats- als auch Privatkapitalismus sind Kapitalismus! Was sind also "Marktwirtschaft", "freie Marktwirtschaft", was also ist denn der "Gegenpol"?"

Für die erschöpfende Beantwortung Ihrer Frage hätten Sie nur der Verlinkung folgen müssen. Warum haben Sie das nicht getan? Möglicherweise wollen Sie es gar nicht wissen.

<http://opium-des-volkes.blogspot.de/2013/01/staatliche-erziehung.html>

Kommentar abgeben

Name (Pflichtangabe)

Email-Adresse (wird nicht veröffentlicht) (Pflichtangabe)

Webseite

Kommentar

- ☐ Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare per E-Mail.
- ☐ Benachrichtige mich über neue Beiträge per E-Mail.

• Jetzt Abo schenken



-
-

Suchen

• [Newsletter abonnieren](#)

Piwik-Statistiken: [aus/ein](#)



• Inhalt

- [Beiträge nach Heften](#) (97)
 - [Heft 01 1/2009](#) (11)
 - [Heft 02 2/2009](#) (21)
 - [Heft 03 1/2010](#) (7)
 - [Heft 04 2/2010](#) (7)
 - [Heft 05 3/2010](#) (6)
 - [Heft 06 4/2010](#) (7)
 - [Heft 07 1/2011](#) (2)
 - [Heft 08 2/2011](#) (1)
 - [Heft 09 3/2011](#) (4)
 - [Heft 10 4/2011](#) (4)
 - [Heft 11 1/2012](#) (4)
 - [Heft 12 2/2012](#) (9)
 - [Heft 13 3/2012](#) (6)
 - [Heft 14 4/2012](#) (7)
 - [Heft 15 1/2013](#) (1)
- [Debatten](#) (13)
 - [10 Jahre nach Seattle](#) (8)
 - [Green New Deal](#) (3)
 - [Vier-in-einem](#) (2)
- [English Articles](#) (16)
 - [Controversy 10 Years after Seattle \(ENG\)](#) (7)
- [Hinweise für Autor/innen](#) (1)
- [Presse](#) (3)
- [Specials](#) (20)

• Neueste Kommentare

- Harry Adler bei [Kämpfe um Uran in Niger](#)
- Solitude bei [Reproduktion in der Krise - LuXemburg 4/12](#)

• Tags

[4in1](#) [10 Jahre nach Seattle](#) [Afrika](#) [arabische Welt](#) [Austeritätspolitik](#) [Auto](#) [buen vivir](#) [Class and Care Commons](#) [Demokratie](#) [Die Linke](#) [Energiedemokratie](#) [Energiekämpfe](#)

[Energiesouveränität](#) [EU](#) [Europa](#) [Gegenhegemonie](#) [Gewerkschaften](#) [Green New Deal](#) [Grüner Sozialismus](#) [Gutes Leben](#) [Just Transition](#) [Kapitalismus](#) [Klima](#) [Klimagerechtigkeit](#) [Kommune](#)
[Kommunismus](#) [Konversion](#) [Krise](#) [Lateinamerika](#) [Linke](#) [Mobilität](#) [Neoliberalismus](#)
[Organisierung](#) [Organizing](#) [Partei](#) [Reproduktion](#) [Revolte](#) [Seattle](#) [soziale Bewegungen](#) [Sozialismus](#) [Sozialökologischer Umbau](#) [Strategien](#)
[Transformation](#) [Wachstum](#)

• Archiv

- [Februar 2013](#)
- [Januar 2013](#)
- [Dezember 2012](#)
- [November 2012](#)
- [Oktober 2012](#)
- [September 2012](#)
- [August 2012](#)
- [Juli 2012](#)
- [Juni 2012](#)
- [Mai 2012](#)
- [April 2012](#)
- [März 2012](#)
- [Februar 2012](#)
- [Januar 2012](#)
- [Dezember 2011](#)
- [November 2011](#)
- [Oktober 2011](#)
- [September 2011](#)
- [Juli 2011](#)
- [Juni 2011](#)
- [Mai 2011](#)
- [April 2011](#)
- [März 2011](#)
- [Februar 2011](#)
- [Januar 2011](#)
- [Dezember 2010](#)
- [November 2010](#)
- [Oktober 2010](#)
- [September 2010](#)
- [Juli 2010](#)
- [Juni 2010](#)
- [Mai 2010](#)
- [April 2010](#)
- [März 2010](#)
- [Februar 2010](#)
- [Januar 2010](#)
- [Dezember 2009](#)

- [November 2009](#)
- [Oktober 2009](#)
- [September 2009](#)
- [August 2009](#)
- [Juli 2009](#)



**Luxemburg -
Gesellschaftsanalyse
und linke Praxis** auf
Facebook

Gefällt mir 834



**Luxembu
rg -
Gesellsch
aftsanaly
se und
linke
Praxis**

Gewerksch
aft außer
Konkurren
z.
Leseprobe
der
LuXembur
g 1-13
Gibt es

834 Personen gefällt
**Luxemburg -
Gesellschaftsanalyse und
linke Praxis.**



[>Luxemburg - Gesellschaftsanalyse und linke Praxis](#) on Facebook

• Sphider-PDF-Suche (beta)

Search PDF via Sphider

Search site for:

Search

Search this WordPress

Search blog for:

Search

- ◦ [Anmelden](#)

Zeitschrift Luxemburg © 2013 Alle Rechte vorbehalten.

[MistyLook WordPress Theme by Sadish Bala](#)

ladend

Why is “investment in agriculture” high on the political agenda?

After failed policies over the last decades, the food price crisis in 2008 has created a shock in many countries where governments realized again that food security was a matter of “national security”. At the same time peasant organizations together with other social organisations have made clear that peasants and small holders, and not industrial production, can resolve the food crises.

The crucial role of peasant based production to solve the food crisis is now broadly recognized thanks to the work of peasant- and social organisations and the analysis of the food crisis for example by the Rapporteur on the Right to Food and by the IAASTD. Governments and institutions, at least in words, have recognized the need to support small scale producers. Some governments acknowledge the central role of peasant based production – as compared with industrial production – in creating employment, strengthening local economies and protecting the environment. Others still see peasant based production still as “back-ward”, incapable of feeding the population, that needs to be “modernized” through a transition to market led industrial agri-food systems where small producers just sell their products for example through contract farming.

As part of the neo liberal ideology the private sector seen as a mayor player and is supposed to play a key role in “developing agricultural productivity to solve the food crisis”. However so far industrial production has played only a minor role in world wide food production as over 70% of the world population consumes food from small holder based production; peasants, fisher folk, pastoralists and indigenous people and most of them are women. Women play a pivotal role in producing much of the food worldwide (see end note 1).

The big national and international corporations and investors have played so far a marginal role in agricultural investment. Most of the “investments” are done by farmers themselves or was public support. These big investors and corporations see in this call for more investment a chance to enter in the sector, increase their grip and destroy peasant based production:

- through land and water grabs where big investors and corporations take land and water away from farmers, destroying communities and the environment mainly with the goal to extracting profits,
- through the promotion of a next “green revolution” (i.e. AGRA), making peasants and other small holders depended on their GMO and hybrid seeds, and imposing fertilizers, pesticides and technologies,
- taking over transport and processing, pushing farmers out of their own markets and degrading them to “producers of raw materials for industry”.

If they do not just grab the resources, these external investors want to transform a peasant or small holder that is an autonomous producer and well integrated in his or her community into a “farmer-entrepreneur” who will totally depend on external capital and industrial inputs and is guided by the market instead of the needs of his family and his community.

These corporate investments have had in general a disastrous impact on food security and local communities, creating more instead of less hunger and poverty. Investment in large-scale agriculture generates few jobs, destroys existing employment, is less efficient in resource use and in many cases destroys local resources.

At the moment all kinds of guidelines, codes of conduct and principles are set up to legitimize this corporate take over. The so called Responsible Agricultural Investment principles of the World Bank are one example. These intend to legitimize large scale investments in land (“land grabbing”). Most of them are set up by actors that have a direct interest in corporate investment. These actors try to push for example the concept of “smallholder sensitive investment” in order to give a “friendly face” to corporate investments and allow them to increase.

What model of production has to be supported?

Small-scale food production is the dominant and most important form of food production world-wide. 85% of the food that is grown is consumed on local- national domestic markets and most of it is grown beyond the reach of multinational food chains (*See Endnote 2*). Peasants have been struggling to maintain their autonomy, improving the soil, the water system, the seeds and the animal breeds. As peasants women and men, they play a central role in a model of food production that is based on local resources and that strengthens local economies. It uses and develops sustainable and agro-ecological production methods and functions in harmony with the environment. It is based on the diversification of production to minimize risks. Peasant based agriculture creates sustainable employment on farm and in the rural area. A first priority is to produce food for the family and the larger community and only part of it is sold on formal local and national domestic markets.

Peasant and other small food producers are dynamic and innovative, combining traditional experiences with new options, building and strengthening their production in an ongoing basis. It includes research done by peasants and an ongoing exchange of experiences.

By far the largest part of the investment in agriculture in terms of labour, knowledge and capital is done by small-scale food producers themselves.

What support is needed to strengthen peasant base production and protect it against corporate take over?

In general, food and agricultural investment policies should be based on food sovereignty that will strengthen local, sustainable food systems, realise the right to food and increase food security.

Policies aiming to strengthen food production have primarily to support and facilitate investment by small-scale food producers themselves.

This means:

- 1) Putting in place adequate price and market policies which will generate revenues for them that can be reinvested in agricultural production, processing and marketing.
- 2) Policies that enable small-scale food producers' access to land, water, grazing, rivers, lakes and coastal waters, seeds, livestock breeds, aquatic resources, agricultural biodiversity, among others - the productive resources they need to produce food.

Public investment and support for peasant based food production is crucial and has to be increased. This should include following:

- peasant led research and strengthen their existing knowledge systems that are essential for innovation,
- strengthen training for peasants and small holders,
- increase local capacity to conserve food producing, ecological and genetic resources on-farm, on the range and in water bodies;
- strengthen basic services,
- support local processing and storage facilities
- improve access to local and national markets,
- implement agrarian reforms,
- implementation of results of the International Conference on Agrarian Reform and Rural Development,
- Setting up credit facilities for small holders and support credit cooperatives, and assure that especially women have access to it,

The share of public investments in agriculture, pastoralism and artisan fisheries that goes to women should be increased. Public services (such as extension and training services) should be tailored to address the particular needs faced by women small-scale food producers.

Peasant based agriculture has to be protected against corporate investments and resource grab through the following measures:

- no foreign direct investment in the agriculture and food sector,

- stop land and water grabbing,
- no public support for corporate investment,
- develop clear rules for any form of corporate investment in order to avoid negative effects on peasant based food production,
- sector Inputs, production, processing-marketing.

Role of organisations of peasants and other small food producers

They should be effectively involved in the formulation, the implementation and the evaluation of governmental policies.

Role of national governments

National Governments have as a first responsibility to eradicate hunger and food insecurity. They should implement effective policies and devote an adequate percentage of their budget to supporting sustainable, small-scale food production, processing and marketing instead of channelling all the support to the export of cash crops.

Role of international institutions, international donors

Within the frame work of the CFS effective criteria should be developed on how to support effectively peasant based and small holder food production. The CFS should coordinate any support from donor countries and make sure that these funds indeed contribute to a strengthening of peasant based, small holder food production and not to support corporate investment.

The World Bank is an inappropriate institution to channel these funds. An autonomous fund has to be set up under guidance of the CFS.

IFAD should focus its programs on its original mandate, search for effective ways to support peasants and small-scale food producers instead of supporting and facilitating private sector, corporate investment.

Role of the private sector

As far as farmers cooperatives and small rural enterprises are meant, their development as part of the local economies has to be supported and we expect their active collaboration in strengthening local food systems. For the corporate sector (national and international) there is no constructive role. Their influence has to be reduced. Corporate investment in the food and agricultural sector has to be limited and rolled back and the corporate sector should not be allowed the control over key productive resources such as land, water, seeds and credits.

- 1) ETC Group, "Who Will Feed Us?", *ETC Group*, 2009: p. 1.
- 2) Pimental, David, "Energy Inputs in Food Crop Production in Developing and Developed Nations," *Energies*, 2(1), 2009, pp. 1-24. <http://www.mdpi.com/1996-1073/2/1>